

Gemeinsam. Zukunft. Schaffen.

*Das Regierungsprogramm
der CDU Baden-Württemberg 2016-2021*

Beschluss des Landesparteitags am 21.11.2015
in Rust



CDU

Lust auf Zukunft.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Gemeinsam schaffen

wir die beste Zukunft für unsere Heimat

Baden-Württemberg ist unsere Heimat. Eine Heimat, auf die wir stolz sind. Über Jahrzehnte hinweg haben der Fleiß und der Ideenreichtum der Menschen ein Land geschaffen, das deutschlandweit Vorbild war: Dank seiner leistungsfähigen und exportstarken Wirtschaft. Dank tatkräftiger Unternehmer, zupackender Handwerker und findiger Tüftler. Dank eines lange Zeit erfolgreichen Schulsystems und exzellenter Hochschulen. Dank einer über Jahre hinweg ausgewogenen Entwicklung von Stadt und Land. Dank unserer Landwirte, die mit ihrer Hände Arbeit eine einzigartige Kulturlandschaft geformt haben. Und Dank engagierter Bürgerinnen und Bürger, die in allen Teilen der Gesellschaft Verantwortung übernommen und ein einmaliges Vereins- und Kulturleben geschaffen haben.

Die Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs war auch eine Geschichte der richtigen Politik für dieses Land. Ministerpräsidenten wie Lothar Späth, Erwin Teufel und Günther Oettinger haben unserem Land gut getan. Sie haben mit dafür gesorgt, dass sich Baden-Württemberg gegenüber anderen Ländern einen Vorsprung erarbeiten konnte. Mit einer Politik, die Balance gehalten hat: zwischen Freiheit und Sicherheit, zwischen Eigenverantwortung und Miteinander, zwischen zukunftssträchtigen Investitionen und solider Sparsamkeit. Sicherlich hat auch die CDU in fast sechs Jahrzehnten Verantwortung für unser Land nicht alles richtig gemacht, aber wir haben die Weichen oftmals richtig gestellt und dabei geholfen, Baden-Württemberg an die Spitze der deutschen Länder zu bringen.

Bundespräsident Theodor Heuss hat unser Land einmal als „Modell deutscher Möglichkeiten“ gepriesen - und das soll es ab 2016 wieder werden: mit sicheren Arbeitsplätzen und einer innovativen Wirtschaft, mit einem begabungsgerechten Bildungssystem, mit einer Forschungslandschaft ohne ideologische Scheuklappen und mit Menschen, die sich sicher fühlen können. Wir sind die einzige Volkspartei im Land und daher für diese Aufgabe bestens gerüstet. Wir machen Politik für die Mitte der Gesellschaft, weil wir aus der Mitte der Gesellschaft kommen.

Wir verbinden die Erfahrungen von Menschen, deren Familien schon seit Generationen in diesem Lande leben, mit den Eindrücken derer, die neu zu uns gekommen sind. Wir fordern ein aktives und gelebtes Bekenntnis

zu unserer christlich-abendländischen Leitkultur, sind aber offen für die Impulse anderer Kulturen. Wir wissen um die große Lebensleistung der älteren Generation genauso wie um die berechtigten Zukunftswünsche der Jüngeren. Wir bekennen uns zu Ehe und Familie, anerkennen und respektieren aber ausdrücklich auch andere Lebensgemeinschaften, in denen Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen.

Wir verstehen, dass Unternehmertum Freiheit zum Erfolg braucht, aber auch, dass leistungsbereite Beschäftigte Verlässlichkeit und Fairness verlangen. Kurz gesagt: wir stellen das Gemeinsame über das Trennende. Und genau deshalb muss ab 2016 Schluss sein mit einer Landesregierung, die die falschen Schwerpunkte setzt. Schluss sein mit einer Regierung, die unsere Schulen ins Chaos stürzt. Mit einer Regierung, die lieber Fahrradwege anstatt moderne Verkehrswege baut. Mit einer Regierung, die verbissen auf Windräder setzt, aber das schnelle Internet vernachlässigt.

Mit einer Regierung, die in wirtschaftlich besten Zeiten neue Schulden macht. Mit einer Regierung, die die Polizei mit unnötigen Reformen beschäftigt, anstatt für Sicherheit im Alltag zu sorgen. Und vor allem Schluss sein mit einer Regierung, die in der Flüchtlingspolitik zu lange auf unkontrollierte Zuwanderung gesetzt hat und bis heute wichtige Maßnahmen zur Zuwanderungsbegrenzung blockiert. Dem wollen wir eine Politik für die Mitte der Gesellschaft entgegensetzen.

Eine Politik, die Mittelschicht und Mittelstand entlastet, die gesellschaftliche Verantwortung stärkt, soziale und innere Sicherheit gewährleistet und durch ein differenziertes und gleichermaßen durchlässiges Bildungssystem jungen Menschen alle Chancen eröffnet. Vor allem aber eine Politik, die wieder gestaltet und unser Land nicht nur verwaltet.

Mit diesem Regierungsprogramm machen wir allen Menschen im Land ein Angebot. Es ist gespeist aus den Erfahrungen unserer Mitglieder, aus den Eindrücken der Bürgerinnen und Bürger. Es basiert auf den alltäglichen Erfahrungen in unserem Land. Wir wissen, es gibt bei uns viel mehr Hoffnungsträger als Bedenkenträger. Mit ihnen zusammen wollen wir Baden-Württembergs Zukunft gestalten und die Chancen unseres Landes nutzen. Wir haben Lust auf Zukunft!

Mit besten Grüßen,


GUIDO WOLF, SPITZENKANDIDAT


THOMAS STROBL, LANDESVORSITZENDER

01

Gesellschaft

Gemeinsam für eine starke Gesellschaft

1. Familien stärken	12
2. Grün-Rot: keine familienpolitischen Erfolge	12
3. Starke Familien: „Familiengeld Baden-Württemberg“	12
4. Mehr Unterstützung für kinderreiche Familien	13
5. Familien ein Zuhause geben	13
6. Weniger Bürokratie – mehr Wohnraum	13
7. Kinderland Baden-Württemberg	14
8. Flexible Betreuungsmodelle gewährleisten	14
9. Starke Frauen braucht das Land	15
10. Für einen familienfreundlichen öffentlichen Dienst	15
11. Der demografische Wandel als Herausforderung	15
12. Der älteren Generation verpflichtet	16
13. Infrastrukturen seniorengerecht weiterentwickeln	16
14. Teilhabe ermöglichen	17
15. Heimat Baden-Württemberg – finden und integrieren	17

02

Engagement

Engagement fördern und anerkennen

16. Beim Ehrenamt ist Baden-Württemberg spitze	20
17. Zusammenhalt der Gesellschaft sichern und stärken	20
18. Nachwuchs für das Ehrenamt gewinnen	21
19. Sportland Baden-Württemberg	21
20. Die Kirchen stehen mitten im Leben	22

03

Bildung

Gute Schulen für unsere Kinder

21. Bildung wird wieder Herzstück der Landespolitik	26
22. Grün-Rot hat unser Schulsystem schwer beschädigt	26
23. Neues Beratungskonzept für eine erfolgreiche Bildungsbiografie	26
24. Grün-Rot: Ideologie steht über dem Wohl der Kinder	27
25. Die grün-rote Gemeinschaftsschule funktioniert nicht	27
26. Differenzieren ist besser als nivellieren	27
27. Frühe Bildung fördern	28
28. Wohnortnahe Grundschulen erhalten – kurze Beine, kurze Wege	28
29. Haupt- und Werkrealschulen flexibel organisieren	29
30. Realschulen als Rückgrat unseres Bildungssystems	29
31. Gymnasium pur	30
32. Die Gemeinschaftsschule ist gescheitert	30
33. Berufliche Schulen – ein wichtiger Pfeiler	31
34. Sonderschulen – Inklusion am Kindeswohl orientieren	32
35. Schulausstattung und Schulbauten	33
36. Privatschulen bereichern die Bildungslandschaft	33
37. Ganztagschulen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf	33
38. Auf die Lehrer kommt es an	34
39. Eltern und Schüler wirken mit	34
40. Freiheit im Glauben	35
41. Gewalt hat keinen Platz in der Schule	35
42. Ganzheitliche Bildung ist gefragt	35
43. MINT-Fächer und Informatik stärken	26
44. Digitalisierung in der Schule	26
45. Außerschulische Bildungsangebote	37

04

Wissenschaft

Wissenschaft schafft Zukunft

46. Wissenschaftsland Baden-Württemberg	40
47. Die Vielfalt in der Hochschullandschaft ist unsere Stärke	40
48. Kooperative Promotion angestrebt	41
49. Internationale Spitzenstellung in der Hochschulmedizin erhalten	41
50. Leitbild der eigenverantwortlich handelnden Hochschule	41
51. Hochschule und Wirtschaft verzahnen	42
52. Forschung ohne ideologische Vorgaben	42
53. Akademisierungswahn beenden – Fachkräftemangel bewältigen	43
54. Verlässliche Hochschulfinanzierung	43
55. Das Studium bleibt gebührenfrei	44
56. Spitzenforschung „made in Baden-Württemberg“	44
57. Mehr Möglichkeiten durch Drittmittel	44
58. Nachsteuern bei Bachelor und Master	45
59. Verfasste Studierendenschaft weiterentwickeln	45
60. Digitalisierung und Hochschulen	46
61. Attraktive Karrieren an unseren Hochschulen	46
62. Familienfreundliche Hochschulen	46

05

Wirtschaft

Wirtschaft: innovativ und digital

63. Baden-Württemberg muss wieder Spitze werden	50
64. Ein eigenes Ministerium für die Wirtschaft	50
65. Soziale Marktwirtschaft: Garant für Wohlstand	50
66. Bürokratie zurückdrängen	51
67. Qualifizierung durch Weiterbildung	51
68. Lust auf Gründung: Start-up erleichtern	51
69. Wirtschaft 4.0	52
70. Vier Säulen der Digitalisierung	52
71. Breitbandpakt für schnelles Internet im ganzen Land	53
72. Innovationsoffensive starten	53
73. Nachhaltige Wirtschafts-, Technologie- und Forschungspolitik	54
74. Keine Trends verpassen	55

06

Arbeit

Gemeinsam für gute Arbeit

75. Partnerschaft für den Standort Baden-Württemberg	58
76. Für eine moderne Arbeitswelt	58
77. Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenserfolg	59
78. Die Erfahrung der Älteren nutzen	59

07

Verwaltung

Bürgernahe Verwaltung

79. Moderne Instrumente für die Verwaltung von morgen	62
80. Gute Verwaltung braucht gutes Personal	62
81. Faire Partnerschaft mit Beamten und Angestellten	63

08

Mobilität

Mobilität der Zukunft

82. Wir wollen Mobilität fördern	66
83. Innovatives Automobilland	66
84. Grün-Rot: Stillstand und verschenktes Geld	67
85. Straßen bleiben die wichtigsten Verkehrswege	67
86. Infrastruktur dauerhaft erhalten	67
87. Mehr Geld für Autobahnen und Bundesstraßen	68
88. Eine Milliarde Euro für die Landesstraßen	68
89. Leistungsfähige kommunale Straßen	69
90. Vernetzte Mobilität und intelligente Verkehre	69
91. Autonomes Fahren „made in Baden-Württemberg“	70
92. Elektromobilität und alternative Antriebsformen	70
93. Mobil mit Bus und Bahn	71
94. Moderne Busse und Bahnen fördern	72
95. Verlässlicher Schienenverkehr	72
96. Wir stehen zu Stuttgart 21	72
97. Moderne Bahnstrecken im ganzen Land	73
98. Logistik von morgen	73
99. Flughäfen im ganzen Land fördern	74
100. Belastung durch den Flughafen Zürich begrenzen	74
101. Attraktiver Radverkehr in Alltag und Freizeit	75
102. Mensch und Umwelt schützen	75

09

Gesundheit

Gesund leben

103. Ärztliche Versorgung sicherstellen	78
104. Krankenhausfinanzierung zukunftsfähig machen	79
105. Gesund bleiben – Prävention fördern	79
106. Wieder fit durch Reha	80
107. Hochwertige und bezahlbare Pflege für alle	80
108. Würdevolles Sterben ermöglichen	81
109. Innovationen der Telemedizin nutzen	81

10

Energie

Die Energiewende schaffen

110. Klares Bekenntnis zur Energiewende	84
111. Sicher, sauber und bezahlbar	84
112. Europäische Lösungen für niedrige Strompreise	84
113. Energiepolitik gestalten	85
114. Smarte Lösungen	85
115. Auf die Speicher kommt es an	85
116. Strategische Partnerschaft mit den Kommunen	85
117. Windkraft – viel gewollt und nichts erreicht	86
118. Grün-Rot hat in Sachen Klimaschutz nicht geliefert	86
119. Bürokratie zurückfahren	87

11

Umwelt

Verantwortung für unsere Umwelt

120. Schöpfung bewahren	90
121. Umweltschutz im Miteinander	90
122. Dem Klimawandel begegnen	90
123. Unser Wasser schützen	91
124. Keine Überregulierung	91
125. Wertstoffe recyceln	91
126. Verantwortungsvolle Endlagersuche	91

12

Ländliche Räume

Starke ländliche Räume

127. Stadt und Land – Hand in Hand	94
128. Mobilität bedeutet individuelle Freiheit	94
129. Gut vernetzt – CDU schafft die „weißen Flecken“ ab	95
130. Gesundheitsversorgung darf keine Standortfrage sein	95
131. Der ländliche Raum braucht eine verlässliche Bildungsstruktur	96
132. Entwicklungschancen für den ländlichen Raum	97
133. Tourismus als Wirtschaftsfaktor	98
134. Für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft	98
135. Tiere schützen	99
136. Nein zur grünen Gentechnik	99
137. Zukunftsfähige Forstverwaltung	99
138. Natur- und Artenschutz aus Überzeugung	100
139. Flächenverbrauch sinnvoll begrenzen	101
140. Jäger statt „Wildtiermanager“	102
141. Der ländliche Raum als wichtiger Partner bei der Energiewende	102

13

Land & Kommunen

Land und Kommunen als starke Partner

142. Faire Partnerschaft	106
143. Bürgerbeteiligung ernst nehmen	107
144. Herausforderungen sind Chancen	107

14

Sicherheit

Sicher leben in Baden-Württemberg

145. Unsere Bürger sollen sicher leben	110
146. Einbruchskriminalität erfolgreich bekämpfen	111
147. Grün-rote Polizeireform überprüfen	111
148. Gute Polizeiarbeit braucht ausreichend Personal	112
149. Freiwilligen Polizeidienst wiedereinführen	112
150. Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen verbieten	113
151. Jugendkriminalität reduzieren	113
152. Gewalt gegen die Polizei ächten	113
153. Die Verfassung braucht Schutz	114
154. Frühwarnsystem unserer Demokratie	114
155. Auf keinem Auge blind	114
156. Das Parlament kontrolliert	114
157. Terrorismus wirksam begegnen	115

15

Recht

Gutes Recht in Baden-Württemberg

158. Recht sichert Freiheit	118
159. Für eine flächendeckende Gerichtsstruktur	118
160. Belastungsgrenzen abschwächen	118
161. Staatliche Neutralität im Gerichtssaal	119
162. Die Justiz wertschätzen	119
163. Den Justizvollzug stärken	119
164. Beste Qualität in der Bewährungshilfe	120
165. Opferschutz sicherstellen	120
166. Guter Service: Grundbuch, Vereinsregister, Notariat	120

16

Flüchtlings- politik

Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik

167. Grün-Rot überfordert	124
168. CDU-geführte Bundesregierung hat gehandelt	124
169. Verfahren beschleunigen	124
170. Alles unter einem Dach: die Landeskompetenzzentren	125
171. Fehlanreize vermeiden	125
172. Abschiebungen konsequent durchsetzen	125
173. Schleuserkriminalität bekämpfen	126
174. Bekenntnis zu unseren Werten einfordern	126
175. Kommunen entlasten	126
176. Ehrenamtliche besser unterstützen	127

17

Integration

Integration schafft Zusammenhalt

177. Unser Ansatz: fordern und fördern	130
178. Integration gelingt vor Ort	130
179. Sprache ist der Schlüssel	131
180. Unsere Werteordnung als Leitkultur	131
181. Gesellschaftliches Engagement stärken	131
182. Flüchtlinge im Kindes- und Jugendalter aktiv integrieren	132
183. Arbeit schafft Perspektiven	132

18

Kunst & Kultur

Kunst und Kultur stiften Identität

184. Notwendig ist eine dynamische Kulturpolitik	136
185. Unser Credo ist die Freiheit der Kunst	136
186. Die Gesellschaft braucht Kunst und Kultur	136
187. Vielfalt ist unsere Stärke	137
188. Engagement mit Leidenschaft	137
189. Kunst und Kultur als Standortfaktor	137
190. Kulturpolitik für Spitze und Breite	138
191. Kunst und Kultur sind uns viel wert	138
192. Lebenselixier für die Zukunft	139

19

Finanzen

Solide Finanzen schaffen Spielräume

193. Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger	142
194. CDU-Politik hat die Neuverschuldung beendet	142
195. Grün-Rot gefährdet erfolgreiche Vorarbeit	143
196. Grün-Rot bei der Haushaltssanierung gescheitert	143
197. Konsolidierung ist oberstes Gebot	144
198. Steuergerechtigkeit schaffen	144
199. Eigene Steuerkompetenzen für die Länder	145
200. Belastung durch den Länderfinanzausgleich reduzieren	145

20

International

Für ein starkes Baden-Württemberg in Europa und der Welt

201. Für eine stärkere Stimme in der Europäischen Union	148
202. Pilotprojekte nach Baden-Württemberg holen	148
203. Den Bürokratieabbau in der EU vorantreiben	149
204. Klare Regeln für faires Miteinander	149
205. Partnerschaft mit der Schweiz	150
206. In den Kommunen Europa leben	150
207. Entwicklungszusammenarbeit stärken	151

01

Gesellschaft

Kapitel 01

Gemeinsam für eine starke Gesellschaft

Gemeinsam für eine starke Gesellschaft

1. Familien stärken

Familien sind das Fundament unserer Gesellschaft. Sie geben Orientierung und Halt, sie garantieren gegenseitige Hilfe und Solidarität über Generationengrenzen hinweg. In den Familien wird Mitmenschlichkeit, Zuneigung und Verantwortung füreinander gelebt – unabhängig von der konkreten Form des Zusammenlebens. Unser Respekt und unsere Anerkennung verdienen deshalb alle Familienmodelle, in denen Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Die Pflege der älteren Generation, die Erziehung und Bildung der Kinder, aber auch die finanzielle Sicherheit

breiter Bevölkerungsschichten sind ohne familiäre Solidarität nicht vorstellbar. Familienpolitik ist für die CDU keine Klientelpolitik, sondern zentraler Baustein unserer Sozial- und Gesellschaftspolitik. Wir wollen die Familien stärken, gleichgültig, ob diese sich als modern oder klassisch verstehen. Wir wollen Familien nicht bevormunden, sondern ihnen bei ihren Entscheidungen Wahlfreiheit lassen. Wir unterstützen diejenigen, die ihre Kinder selbst betreuen möchten, genauso wie diejenigen, die private und öffentliche Betreuungsangebote nutzen.

2. Grün-Rot: keine familienpolitischen Erfolge

Grün-Rot hat keinen Sinn für Familie. Das von uns eingeführte Landeserziehungsgeld war ein Markenzeichen unserer Politik. Es war ein Instrument, das einkommensschwachen Familien, insbesondere den Alleinerziehenden, zugutegekommen ist. Grün-Rot hat dieses ohne Rücksicht auf die Interessen der betroffenen Familien

gestrichen. Kita-Plätze fehlen noch immer, und im öffentlichen Dienst gab es keine nennenswerten familienpolitischen Verbesserungen. Junge Familien finden besonders in den Ballungsräumen kaum bezahlbare Wohnungen – auch hier hat die Landesregierung die tatsächliche Situation unterschätzt.

3. Starke Familien: „Familiengeld Baden-Württemberg“

Das Betreuungsgeld des Bundes ist in Baden-Württemberg eine Erfolgsgeschichte, von der mehr als 100.000 Familien profitieren. Sie wollen wir auch nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts nicht im Regen stehen lassen. Die Mittel, die der Bund in diesem Bereich künftig an die Länder gibt, wollen wir auch weiterhin für unsere Familien reservieren. Wir wollen mit einem „Familiengeld Baden-Württemberg“ einen familienpolitischen Akzent

für diejenigen setzen, die sich für eine Betreuung ihrer Kinder zuhause entscheiden. Auch in der Familienpolitik geht es uns um die Mitte, deshalb steht die klassische Familie im Mittelpunkt. Grün-Rot dagegen kümmert sich mit großer Intensität und Facettenreichtum um die Ränder, so dass sich manche Familie, in der Mann und Frau mit ihren Kindern zusammenleben, auch manche Alleinerziehenden, an den Rand gedrängt sehen.

4. Mehr Unterstützung für kinderreiche Familien

Wir treten für mehr Unterstützung von Familien mit drei oder mehr Kindern ein. Künftige Zuwächse beim Kindergeld sollen kinderreichen Familien überproportional zugutekommen. Auch beim

geförderten Wohnungsbau, im öffentlichen Nahverkehr, in Schwimmbädern und Museen müssen kinderreiche Familien besonders berücksichtigt werden.

5. Familien ein Zuhause geben

Wir werden auf Bundesebene eine Initiative zur Wiedereinführung einer an jungen Familien orientierten Eigenheimzulage starten. Darüber hinaus werden wir im Land den

Genossenschaftsgedanken beleben. Denkbar wäre hier zum Beispiel, für familienorientierte Bauträgergenossenschaften günstigeres Bauland auszuweisen.

6. Weniger Bürokratie – mehr Wohnraum

Für uns ist klar: Gesetze und Verordnungen, welche den Wohnungsneubau und Objektsanierungen verteuern, schaffen keine Anreize für Investitionen in Wohneigentum und sozialen Mietwohnungsbau. Deshalb fordern wir, die Verschärfungen der Landesbauordnung, wie etwa die verpflichtende Einrichtung von Fahrradstellplätzen, ebenso rückgängig zu machen, wie die Ermöglichung eines Bürgerbegehrens gegen die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens.

Der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen kann nur gedeckt werden, wenn die Politik nicht nur einzelne Bausteine setzt, sondern den Wohnungsbau als gesamtgesellschaftliche Aufgabe aller im Wohnungsbau beteiligten Partner sieht. Wir setzen uns für die Einrichtung eines ständigen Wohnungsbaudialogs in einer „Wohnungsbau-Allianz“ ein, die gemeinsame Leitlinien für die verstärkte Schaffung von Wohnraum erarbeiten soll. Gerade in Baden-Württemberg gibt es einen wachsenden

Wohnungsbedarf in den Ballungszentren, in den Groß- und Hochschulstädten und damit eine Verknappung des Angebots an Wohnungen. Das führt zu steigenden Mietpreisen. Uns sind vor diesem Hintergrund auch der private Bauherr und die wohnungssuchende Familie wichtig. Gleichzeitig geht es immer mehr darum, die Interessen der Mieter und Vermieter nicht als Gegensatz zu begreifen, sondern vielmehr in Einklang zu bringen.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird daher den Wohnungsbau kraftvoll anstoßen und insbesondere den sozialen Wohnungsbau in den Städten gezielt fördern. Um für Immobilienbesitzer und Investoren den Mietwohnungsbau attraktiver zu gestalten, gilt es, die Eigentumsrechte zu stärken und die Regelungswut, die den Bau von Wohnungen insbesondere für die mittleren und unteren Einkommensgruppen erschwert, zu beseitigen.

7. Kinderland Baden-Württemberg

Für die CDU sind Kinder das Wertvollste, was wir haben. Das Projekt „Kinderland Baden-Württemberg“ hat dem Rechnung getragen und Kinder und Jugendliche mit ihren besonderen Bedürfnissen in den Mittelpunkt gestellt. Vieles ist erreicht worden, und deshalb werden wir das Projekt wiederbeleben. Wir wollen ein Land, das in allen Lebensbereichen das kinderfreundlichste in Deutschland ist. Der Ausgrenzung von Kindern erteilen wir eine Absage. Wir werden eine flächen-deckende Versorgung mit Kindertagesstätten sicherstellen. Und wir werden dafür sorgen, dass Berufstätige ein qualitativ gutes Ganztagesangebot in erreichbarer Nähe vorfinden.

Wir wollen das aus der Regierungszeit der CDU stammende Programm STÄRKE wieder allen Eltern von neugeborenen Kindern zugutekommen lassen.

Grün-Rot hat dieses Programm dahingehend verändert, dass nur noch einkommensschwache Familien oder Familien in besonderen Lebenslagen Unterstützung bekommen. Wir dagegen sind der Auffassung, dass es in jeder Familie unabhängig vom Einkommen zu Problemen kommen kann. Deswegen war das damalige Gutscheilverfahren die richtige familienpolitische Antwort, weil es ohne Diskriminierung allen betroffenen Familien Zugang zu Hilfestellungen ermöglicht hat. Außerdem wollen wir beim Bund dafür werben, dass ins Steuersystem eine stärkere familienpolitische Komponente aufgenommen wird. Der Staat muss die richtigen Anreize geben, um Familiengründungen zu erleichtern und Leistungen von Familien für unsere Gesellschaft angemessen honorieren. Eine stärkere familienpolitische Komponente im Steuersystem würde das fördern.

8. Flexible Betreuungsmodelle gewährleisten

Die Betreuung unserer Kinder erfordert unterschiedliche, aufeinander abgestimmte Bausteine. Kinderbetreuungseinrichtungen, Tagespflegeangebote und die Kindererziehung in der Familie greifen ineinander und sollten nicht aus ideologischen Gründen gegeneinander ausgespielt werden. Wir streben an, für Kinder ab fünf Jahren, vor dem Eintritt in die Grundschule, das verpflichtende und beitragsfreie letzte Kindergartenjahr einzuführen. Dieses verpflichtende letzte Kindergartenjahr wird – auch mit Blick auf die Sprachförderung – entscheidend zur Chancengleichheit beitragen und die Schulfähigkeit der Kinder fördern.

Die Kindertagespflege in Baden-Württemberg besticht durch hohe Qualität und ist eine wichtige Säule der Kinderbetreuung. Die Pflege durch Tagesmütter und -väter ist von berufstätigen Eltern sehr gefragt, weil ihr Kind eine Bezugsperson hat, die sich intensiv um das Kind kümmern kann. Die

CDU wird dafür eintreten, dass die finanziellen und beruflichen Rahmenbedingungen für Tagespflegepersonen verbessert werden, die Gebühren mit denen in Kitas vergleichbar sind und kommunale Anreize zum Ausbau der Kindertagespflege geschaffen werden.

Wir werden

- » ein „Familiengeld Baden-Württemberg“ auf den Weg bringen,
- » ein verpflichtendes und beitragsfreies letztes Kindergartenjahr einführen.

9. Starke Frauen braucht das Land

Unser Ziel ist es, künftig deutlich mehr Frauen in Führungspositionen zu haben – in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Dazu gehört aber, dass sich Karriere und Familie besser vereinbaren lassen. Denn noch nie waren Frauen so gut ausgebildet wie heute. Junge, berufstätige Frauen haben mit ihren männlichen Kollegen gleichgezogen und auch die Zahl weiblicher Führungskräfte ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Die Vielfalt, die so in der Wirtschaft, in Parteien und Verbänden entsteht, ist für die Zukunft unseres Landes von größter Bedeutung. Gleiche Aufstiegschancen und gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit müssten selbstverständlich sein. Die CDU-geführte Landesregierung wird

diesbezüglich den Dialog mit der Wirtschaft intensivieren und in Kooperation mit Tarifpartnern und Forschung mögliche Ansatzpunkte für einen Abbau verbleibender Unterschiede bei kollektiven Lohnverhandlungen identifizieren. Es muss uns gelingen, dass Männer und Frauen Beruf und Familie nach ihren eigenen Wünschen miteinander vereinbaren können. Insbesondere darf es kein Karrierenachteil sein, wenn Eltern in Teilzeit arbeiten. Eine CDU-geführte neue Landesregierung wird eine Initiative zur Stärkung von Frauen in Führungspositionen starten und in dieser Hinsicht erfolgreiche Betriebe sowie besonders familien- und väterfreundliche Betriebe auszeichnen.

10. Für einen familienfreundlichen öffentlichen Dienst

Eine CDU-geführte Landesregierung wird als Arbeitgeber im öffentlichen Dienst mit gutem Beispiel vorangehen und die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Beamte und Angestellte des Landes sollen nicht nur wie bisher die Möglichkeit haben, Elternzeit zu nehmen oder sich für die Erziehung ihrer Kinder beurlauben zu lassen. Wir wollen sicherstellen, dass ihnen daraus kein Karrierenachteil entsteht. Unter bestimmten Voraussetzungen soll Elternzeit wie Dienstzeit für Beförderungen angerechnet werden. Die Kompetenzen, die bei der Erziehung erworben wurden, wollen wir honorieren und im weiteren Berufsweg anerkennen. Gleiches

soll gelten, wenn Beamte und Angestellte eine Karenzzeit beantragen, um Familienangehörige zu pflegen. Hier bedarf es einer Personalpolitik in der Wirtschaft, die verstärkt auf die Lebensphasen eingeht, beispielsweise mittels Lebensarbeitszeitkonten. Eine CDU-geführte neue Landesregierung wird den Anstoß dazu geben, dass entsprechende Modelle entwickelt und erprobt werden. Wir wollen die Vorbildfunktion des Landes als Arbeitgeber auch dadurch stärken, dass wir auf eine ausgeglichene Repräsentanz von Frauen und Männern auf allen Verwaltungsebenen achten. Auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden wir ein besonderes Augenmerk legen.

11. Der demografische Wandel als Herausforderung

Die Menschen in Deutschland werden älter, immer weniger Kinder werden geboren und die Gesellschaft ändert sich – nicht zuletzt durch die stark gestiegene Zuwanderung. Der demografische Wandel ist eine große Herausforderung für Politik, Verwaltung und Gesellschaft. Es geht darum, Wachstum und Wohlstand für künftige Generationen zu sichern, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern und für gleichwertige Lebensverhältnisse und Lebensqualität in Stadt

und Land zu sorgen. Grün-Rot hat die Herausforderungen des demografischen Wandels aus den Augen verloren. In einer CDU-geführten Landesregierung wird es die Funktion eines Demografiebeauftragten geben, um dieses klassische Querschnittsthema über die Ressorts hinweg zu koordinieren. Er soll sich unter anderem um Fragen des altersgerechten Lebens, Wohnens und Bauens genauso kümmern, wie um eine möglichst wohnortnahe und familienorientierte Pflege.

12. Der älteren Generation verpflichtet

Auf den Sachverstand älterer Arbeitnehmer dürfen wir nicht verzichten. Ein funktionierendes Miteinander der Generationen in Familien oder in der Nachbarschaft kann zudem eine wertvolle Ergänzung bei der Betreuung von Kindern oder beim bürgerschaftlichen Engagement sein. Senioren sind ein Gewinn und keine Belastung für das Land. Ihre Erfahrungen gilt es zu nutzen, damit die Gesellschaft wechselseitig davon profitieren kann. Entsprechende Initiativen wollen wir fördern und vernetzen.

Es wäre ein Fehler, die älter werdende Gesellschaft allein mit den Themen Rente und Pflege in Verbindung zu bringen. Das Leben wird bei weitgehend guter Gesundheit und materieller Absicherung neu gestaltet, an die Stelle des Ruhestands ist bei vielen der Unruhestand getreten, weil nachgeholt wird, wozu im

Berufsleben die Zeit fehlte. Erfreulich ist, dass im Ehrenamtsland Baden-Württemberg der Anteil von über 65-Jährigen, die sich freiwillig bei unterschiedlichsten Einrichtungen engagieren, bei über 30 Prozent liegt. Dieses wichtige Engagement soll auch weiterhin frei von Verpflichtungen sein. Verpflichtende Sozialtage für Senioren lehnen wir ab. Wir wollen, dass Senioren möglichst lange ein eigenverantwortliches, selbstbestimmtes aktives und unabhängiges Leben in selbst gewählter Umgebung führen und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Deswegen wollen wir die Wohnsituation weiterentwickeln und Wohnungsbaupolitik und Stadtentwicklung gezielter an den Bedürfnissen älterer Mitbürger ausrichten. Auch werden wir altersgerechte Wohnungen, betreute Wohn- und Mehrgenerationen-Einrichtungen stärker unterstützen.

13. Infrastrukturen seniorengerecht weiterentwickeln

Senioren brauchen eine gute medizinische Versorgung mit erreichbaren Krankenhäusern, Arztpraxen oder Apotheken sowie bei Bedarf eine altersgerechte und menschenwürdige Pflege. Um dies zu gewährleisten, will die CDU Angebote im ambulanten und stationären Bereich, in der geriatrischen Rehabilitation und im betreuten Wohnen flächendeckend ausbauen. Ebenfalls ausbauen wollen wir die Pflegestützpunkte. Ihre Sprechzeiten sollen flexibler werden und Beratung in der Wohnung sollte erfolgen. Außerdem werden wir bürokratische Vorschriften, Doppelprüfungen und überflüssige Dokumentationspflichten in der Pflege abbauen. Bei der Verkehrsinfrastruktur müssen die Bedürfnisse der älteren Generation besser berücksichtigt werden. Das betrifft zum Beispiel die Schaltzeiten von Ampeln oder die Gestaltung von Fußgängerüberwegen. Einstiegs-hilfen in Bussen und Bahnen gehören ebenso dazu, wie einfache zu bedienende Fahrkartenautomaten. Fahrdienste ehrenamtlicher Helfer in ländlichen Regionen können die Mobilität erhalten und werden von uns unterstützt.

Die CDU will der Seniorenpolitik wieder einen hohen Stellenwert geben. Sie waren es, die mit

ihrer Schaffenskraft unserem Land zu Wohlstand verholfen haben. Ohne sie wäre Baden-Württemberg nicht da, wo es heute steht. Der Demografiebeauftragte unterstreicht die Bedeutung der Senioren und ihrer Verdienste. Wir wollen zudem weitere Gremien schaffen, in denen Senioren mitwirken können, und bestehende Seniorenvertretungen einbinden.

Wir werden

- » einen Demografiebeauftragten der Landesregierung berufen,
- » uns für die sogenannte Flexi-Rente einsetzen,
- » Berufsbilder und Tätigkeitsprofile für ältere Arbeitnehmer entwickeln,
- » die Wohnungsbaupolitik an den Bedürfnissen älterer Mitbürger ausrichten,
- » die Pflegestützpunkte ausbauen und für flexible Öffnungszeiten sorgen,
- » die Bedürfnisse älterer Menschen im Verkehr besser berücksichtigen.

14. Teilhabe ermöglichen

Wir stehen für die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben. Als eine Partei, die das „C“ im Namen trägt, ist es für uns wesentlicher Bestandteil unseres Menschen- und Gesellschaftsbildes, ihre Rechte, Interessen und Bedürfnisse zu fördern.

Wir werden

- » eine Inklusions- und Teilhabestrategie Baden-Württemberg 2021 erarbeiten und umsetzen,
- » uns für ein barrierefreies Gemeinwesen, selbstbestimmtes Wohnen und die Teilhabe am Arbeitsleben einsetzen,
- » die Landesverwaltung zu einem Musterbeispiel für barrierefreie Zugänglichkeit von Verwaltung machen.

15. Heimat Baden-Württemberg – finden und integrieren

In den Südwesten kamen nach dem Zweiten Weltkrieg eineinhalb Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge. Für diese Menschen war es eine Herausforderung, sich in einer neuen Umgebung zurechtzufinden und das Erlebte zu verarbeiten. Ihre Aufgabe war es, sich eine neue Existenz aufzubauen und in die Gesellschaft zu integrieren.

Jeder vierte Baden-Württemberger hat einen Vertriebenenhintergrund. Wir halten es deshalb für notwendig, dass auch bei uns in Baden-Württemberg ein landesweiter Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung wie in Hessen, Bayern und Sachsen eingeführt wird. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, das Schicksal der

Vertriebenen und Flüchtlinge im Bewusstsein zu halten und auf das bestehende Leid in der Welt, auf Flucht, Vertreibung und Völkerrechtsverbrechen hinzuweisen.

In den CDU-geführten Landesregierungen in Baden-Württemberg hatten die Vertriebenenorganisationen immer einen festen Ansprechpartner in der Landesregierung. Daran anknüpfend werden wir einen Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler berufen.

02

Engagement

Kapitel 02

Engagement fördern und anerkennen

Engagement fördern und anerkennen

16. Beim Ehrenamt ist Baden-Württemberg spitze

41 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung sind ehrenamtlich engagiert. Das sind rund 4,5 Millionen Menschen, so viele wie in keinem anderen Bundesland. Die Arbeit der vielen Ehrenamtlichen, ihr Eintreten für die Mitmenschen, ist unverzichtbar. Ohne Ehrenamt und ohne freiwillige, engagierte Bürgerinnen und Bürger würde vieles in unserem Land nur eingeschränkt funktionieren. Das gilt für den Sport, für Musik und Kultur, die Kirchen und Religionsgemeinschaften, für die Rettungsorganisationen sowie für soziale Organisationen und ökologische Initiativen. Das Ehrenamt mit all seinen Vereinsvertretern ist die tragende Säule unserer Gesellschaft und jeder Ehrenamtliche trägt zu ihrem Zusammenhalt bei. Die besten Vorbilder für ein friedliches und gedeihliches Miteinander sind Menschen, die sich in und für die Gesellschaft einbringen. Ehrenamt bedeutet auch Geben und Nehmen: Diese Menschen opfern Zeit und Energie, aber sie sehen die positiven Ergebnisse ihrer Arbeit

und bekommen Respekt, Anerkennung, Wertschätzung und Dankbarkeit zurück. Ehrenamt heißt auch Zugewinn an Kompetenz, Erfahrung und Entwicklung der eigenen Persönlichkeit. Es ist erfreulich, dass immer mehr Unternehmen bei ihren Personalentscheidungen Wert auf Mitarbeiter legen, die sich ehrenamtlich engagieren.

In den letzten Jahren hat die Belastung der Ehrenamtlichen mit Bürokratie stark zugenommen. Auch gutgemeinte Regelungen, wie beispielsweise die zunehmende Überprüfung von Vereinsfesten, belasten Vereine und wirken demotivierend. Wir werden daher existierende und vor allem zukünftige Verordnungen und Gesetze hinterfragen, inwieweit sie Ehrenamtliche zusätzlich belasten. Überprüfungen von Arbeiten von Ehrenamtlichen durch Landesbehörden müssen zudem mit Augenmaß erfolgen.

17. Zusammenhalt der Gesellschaft sichern und stärken

Aufgrund des demografischen Wandels und der Herausforderungen durch die steigenden Flüchtlingszahlen setzt sich die CDU Baden-Württemberg für verstärkte Anstrengungen zur Verbesserung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft ein, um diese Aufgabe gemeinsam zu meistern. Es ist entscheidend, die große Hilfsbereitschaft der Bürger und

ihr ehrenamtliches Engagement auch künftig sicherzustellen und Überforderung auf kommunaler Ebene zu vermeiden. Wir setzen auf Freiwilligkeit und Eigeninitiative, aber wir wollen die Menschen auch motivieren und ermutigen, sich für die Gesamtgesellschaft einzusetzen. Hier müssen deshalb besondere Anreize geschaffen werden.

18. Nachwuchs für das Ehrenamt gewinnen

Fußballvereine suchen Nachwuchstrainer, Musikvereine suchen Dirigenten, Sportvereine suchen Übungsleiter. Auch bei den Hilfsorganisationen und Feuerwehren fehlt es an Nachwuchs. Aufgrund des demografischen Wandels, der alle diese Bereiche erfasst, wird es deshalb verstärkt darauf ankommen, auch junge Menschen mit Migrationshintergrund für ein Engagement zu gewinnen. Diese würden zudem als positive Integrationsbeispiele wirken.

Wir werden

- » für die ehrenamtliche Betreuung von Flüchtlingen Koordinierungsstellen einrichten, die Vernetzung, Information und Qualifizierung organisieren,
- » eine Initiative „Ja zum Zusammenhalt – Ja zur Gemeinschaft“ zur Stärkung der Nachwuchsgewinnung für Ehrenamt und Freiwilligendienste starten,
- » auch Einwanderern, Migranten und anerkannten Asylbewerbern ein attraktives Angebot zum Engagement im Freiwilligendienst machen,
- » prüfen, ob wir weitere Anreize für junge Menschen schaffen können, sich ehrenamtlich einzubringen; etwa durch die Anrechnung auf Ausbildungszeiten oder die teilweise Finanzierung eines Führerscheins.

19. Sportland Baden-Württemberg

Sport macht Spaß und ist gesund. Sport verbindet Generationen und Nationen. Sport fördert Teamgeist, stiftet Freundschaften und hilft bei der Integration. Breiten-, Schul- und Spitzensport sind gleichermaßen von Bedeutung, denn Sport leistet einen wertvollen Beitrag zur Lebensqualität. Die Sportvereine haben eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Hier finden unterschiedlichste Menschen zusammen. Alter, Nationalität, soziale Herkunft oder Behinderungen sind im Sportverein zweitrangig. Vom hohen Engagement der Vereine profitieren Kinder und Jugendliche besonders. Zielstrebig und zugleich spielerisch werden sie von den Jugendbegleitern zu Fairplay, Ausdauer, Teamfähigkeit und Leistungsbereitschaft hingeführt.

Mit der CDU hat der Sport einen verlässlichen Partner. Das belegt der noch in unserer Regierungszeit geschaffene „Solidarpakt Sport“, der eine gute finanzielle Basis sichert. Mit rund 85 Millionen Euro im Endausbau des „Solidarpakts Sport II“ bis 2016 haben wir noch bessere Voraussetzungen zur Qualifizierung von ehrenamtlichen Übungsleitern, für Bildungs- und Kooperationsprogramme, zur Sanierung von

Sportstätten und zur Sicherung des Spitzensportlands Baden-Württemberg geschaffen. An diese gelungene Sportförderung mit stabiler Planungsgröße und unabhängig von Konjunkturschwankungen wollen wir anknüpfen.

Sportstätten müssen in einem möglichst optimalen baulichen Zustand sein. Davon profitieren neben den Sportvereinen, die ihren Mitgliedern beste Bedingungen für den Übungs- und Wettkampfbetrieb ermöglichen können, auch die Schulen im Land, die die Sportstätten für den Sportunterricht nutzen.

Wir werden

- » der Sportförderung hohe Priorität geben,
- » den kürzlich abgeschlossenen „Solidarpakt III“ in allen seinen Bestandteilen in einem vertrauensvollen Dialog mit den Verbänden des Sports umsetzen,
- » unser Augenmerk auf barrierefreien Zugang zu den Sportstätten richten,
- » im ständigen Gespräch mit allen Beteiligten bleiben, um sie bei ihren Aufgaben zu unterstützen.

20. Die Kirchen stehen mitten im Leben

Die Politik der CDU orientiert sich an christlichen Werten und am christlichen Menschenbild. Wir begrüßen, dass die Kirchen in aktuellen Fragen Stellung beziehen, weil sie dadurch die gesellschaftliche Diskussion bereichern.

Wichtig ist uns das soziale und gesellschaftliche Engagement der Kirchen. Es beweist, dass sie mitten im Leben stehen. Wir bejahen dieses Engagement nicht zuletzt deshalb, weil sich rund 80 Prozent der Bevölkerung in Baden-Württemberg zum christlichen Glauben bekennen. Dankbar sind wir dafür, dass sich die Kirchen stark einbringen – durch den Unterhalt von Bildungseinrichtungen in kirchlicher Trägerschaft, durch das wertvolle soziale Engagement von Diakonie und Caritas, durch kirchliche Weiterbildungsangebote oder Bildungsangebote an Hochschulen. Wir

erkennen ausdrücklich an, dass die Kirchen der Flüchtlingshilfe so große Beachtung schenken. Wir stehen zum Staatsvertrag zwischen Land und Kirchen, denn er ist eine wichtige Grundlage für die stabilen Beziehungen der beiden Partner. Besonders verpflichtet fühlt sich die CDU dem Dialog mit den jüdischen Gemeinden. Wir sind froh, dass es ein lebendiges jüdisches Leben in Baden-Württemberg gibt. Es bereichert unsere Gesellschaft und wir wissen das zu schätzen.

Wir werden

- » den gewinnbringenden Dialog mit den Kirchen intensiv fortsetzen,
- » dafür sorgen, dass die Kirchen ihren seelsorgerischen und gesellschaftlichen Aufgaben ungehindert nachkommen können.

03

Bildung

Kapitel 03

Gute Schulen für unsere Kinder

Gute Schulen für unsere Kinder

21. Bildung wird wieder Herzstück der Landespolitik

Wir wollen wieder die besten Schulen für unsere Kinder. Schulen, welche die Begabungen und Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes gezielt und individuell fördern. Schulen, die für Vielfalt und Chancenreichtum stehen, und Schulen, deren Abschlüsse im nationalen Vergleich genauso

wie im internationalen Vergleich etwas wert sind. Die Spitzenplätze, die unsere Schulen unter CDU-geführter Regierungsverantwortung einnahmen und die im europäischen Vergleich stets niedrigste Jugendarbeitslosigkeit sprachen für deren hohe Qualität.

22. Grün-Rot hat unser Schulsystem schwer beschädigt

Durch die ideologisch geprägte, völlig übereilte und nicht durchdachte Einführung der Gemeinschaftsschule sowie die überhastete Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat Grün-Rot die Axt an unser erfolgreiches, differenziertes Schulsystem gelegt. Seit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung sind in nur vier Jahren die Übergangszahlen von der Grundschule auf die Haupt- und Werkrealschulen von 25 Prozent auf gerade noch sieben Prozent

eingebrochen. Gleichzeitig sind die Wiederholerzahlen in Realschulen und Gymnasien deutlich gestiegen. Lehrerinnen und Lehrer stellen mehr und mehr fest, dass viele Schülerinnen und Schüler dem Unterricht nicht folgen können und in einer ganz wichtigen Entwicklungsphase unnötigen und gesundheitsgefährdenden Stress erleben. Dabei ist neben ihrem eigenen, zugleich der Lernerfolg der ganzen Klasse gefährdet.

23. Neues Beratungskonzept für eine erfolgreiche Bildungsbiografie

Die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung erfolgte im „Hauruckverfahren“. Es wurden weder die Eltern an der Grundschule ausreichend vorbereitet, noch an den weiterführenden Schulen die dringend notwendigen Förderangebote geschaffen. Die weiterführenden Schulen haben keinen Anspruch, die Grundschulempfehlung einzusehen. Dadurch wird ein gelingender Übergang erschwert und am Schulstart wichtige Zeit verloren. Wir wollen dieses Verbot umgehend aufheben, damit die Schülerinnen und Schüler beim Übergang in die weiterführenden Schulen gut aufgenommen und individuell gefördert werden können. Wir wollen künftig die Übergänge in die weiterführenden Schularten mit einem

durchgängigen und systematischen Beratungskonzept für die Eltern wieder am Wohl des Kindes ausrichten. Anders als Grün-Rot wollen wir die Eltern in ihrer Entscheidung aber nicht alleine lassen, sondern einen engen und vertrauensvollen Dialog zwischen Eltern und Schulen schaffen. Für die Übergangentscheidung gehört dazu ein verpflichtendes Elterngespräch mit der Grundschule und der weiterführenden Schule. Die Begleitung und Beratung der Eltern muss an den weiterführenden Schulen fortgesetzt werden. Dabei ist auf die Durchlässigkeit hinzuweisen. Am Ende der Klasse 6 der Realschule steht eine Bildungswegempfehlung, die den Haupt- oder Realschulabschluss empfiehlt.

24. *Grün-Rot: Ideologie steht über dem Wohl der Kinder*

Verlierer des von Grün-Rot begonnenen Radikalumbaus sind in erster Linie unsere Kinder, in zweiter Linie aber auch die Städte und Kommunen unseres Landes. In vielen Kommunen führt die von Grün-Rot etablierte regionale Schulentwicklung zu Schulschließungen. Doch Grün-Rot geht es nicht nur um die Schließung von Haupt- und

Werkrealschulen, Grün-Rot will, dass auch die Realschulen und die Förderschulen in den von ihnen favorisierten und deutlich privilegierten Gemeinschaftsschulen untergehen. Die pädagogischen Konzepte von Grün-Rot zur Weiterentwicklung der Schularten belegen das eindeutig.

25. *Die grün-rote Gemeinschaftsschule funktioniert nicht*

Die von Grün-Rot angestrebte Schullandschaft mit Gemeinschaftsschule und Gymnasium deckt den schülergerechten Förderbedarf unserer Kinder nicht ab. Obwohl die grün-rote Landesregierung ihr Prestigeobjekt der Gemeinschaftsschulen einseitig mit Lehrerressourcen begünstigt, werden die Lernziele nicht erreicht. Das pädagogische Konzept greift trotz üppiger Ressourcenausstattung und

zahlreicher Überstunden der Lehrerinnen und Lehrer nicht. Es schadet der Lernentwicklung der Schülerinnen und Schüler. Viele Kommunen, die sich für die Gemeinschaftsschule ausgesprochen haben, haben dies nicht aus Überzeugung getan, sondern um den Schulstandort zu erhalten.

26. *Differenzieren ist besser als nivellieren*

Nur ein differenziertes Schulwesen, in dem die Schülerinnen und Schüler nach ihrem unterschiedlichen Leistungsvermögen gefördert werden, bietet die Möglichkeit, den unterschiedlichen Begabungen und der Einzigartigkeit jedes einzelnen Schülers bestmöglich zu entsprechen. Nur ein differenziertes Bildungssystem kann

mit seinen vielfältigen Bildungsangeboten den unterschiedlichen Bedürfnissen der einzelnen Schülerinnen und Schüler wirklich gerecht werden. Die Schulträger sollen sich für differenzierte Bildungswege zu Hauptschulabschluss, Mittlerer Reife und Abitur entscheiden können.

27. Frühe Bildung fördern

Nie lernen Kinder so rasch und leicht wie in den ersten Lebensjahren. Sie sind prägend für die persönliche und soziale Entwicklung und entscheidend für eine erfolgreiche Bildungsbiografie. Wir wollen deshalb die erste Bildungsphase aufwerten und die frühkindliche Bildung stärken. Dies ist auch eine Frage der Bildungsgerechtigkeit: Wir wollen gleich gute Startchancen für alle Kinder.

Im Mittelpunkt der frühkindlichen Bildung steht die Entwicklung des Kindes. Die Kindertageseinrichtungen haben deshalb nicht nur einen Betreuungs-, sondern auch einen Erziehungs- und Bildungsauftrag. Sie unterstützen die Eltern in ihrer verantwortungsvollen Aufgabe, die persönliche und soziale Entwicklung zu fördern und erste Bildungsinhalte zu vermitteln. Im Kindergarten sollen die Kinder sprachlich und in den elementaren Kompetenzen altersgerecht gefördert werden: Musik und Kunst sowie Bewegungs-, Gesundheits- und Ernährungserziehung gehören ebenso dazu, wie erste Begegnungen mit Phänomenen aus Natur, Mathematik und Technik.

Unter Verantwortung der CDU wurde der Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen mit dem „Orientierungsplan“ ausformuliert. Der Orientierungsplan ist eine exzellente Grundlage für die Arbeit in den Kindertageseinrichtungen. Wir wollen uns mit den Trägern, auch mit Blick auf das verpflichtende letzte Kindergartenjahr, auf

eine flächendeckende verbindliche Umsetzung verständigen. Die Sprachförderung ist von immer größerer Bedeutung, damit alle Kinder zu Schulbeginn ausreichend Deutsch können. Kinder mit besonderem Förderbedarf sollen in der Kindertageseinrichtung zudem gezielt gefördert werden. Das Programm „Singen-Bewegen-Sprechen“ wollen wir allen Kindern zugänglich machen.

Wir setzen uns für den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung ein. Der Ausbau ist nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zu verstehen. Für jedes Kind soll in zumutbarer Entfernung ein hochwertiges Angebot zur Verfügung stehen.

Die „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ sind ein Erfolgsmodell. Sie bieten einen nahtlosen Übergang vom Kindergarten in die Grundschule.

Der verantwortungsvolle Beruf der Erzieherin und des Erziehers braucht unser aller Wertschätzung. Die praxisintegrierte Ausbildung hat sich sehr bewährt, um mehr Menschen und vor allem junge Männer für diesen Beruf zu gewinnen. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Wir werden

- » das Angebot der „Bildungshäuser für Drei- bis Zehnjährige“ fortführen und mit mehr Standorten ausbauen.

28. Wohnortnahe Grundschulen erhalten – kurze Beine, kurze Wege

Die Grundschule ist ein starkes Fundament für eine gelingende Bildungsbiografie eines jeden Kindes. In der frühkindlichen Bildung wie auch in der Grundschule gilt für uns der Grundsatz: Auf den Anfang kommt es an! Deshalb wollen wir die Kinder von Anfang an bestmöglich fördern und die richtigen Grundlagen legen. Wir wollen ihnen die wichtigen elementaren schulischen Grundlagen – wie Lesen, Schreiben und Rechnen – gut vermitteln, um sie auf eine sich rasch verändernde digitalisierte Berufs- und Arbeitswelt vorzubereiten. Diese Kompetenzen sollen intensiv gefördert, geübt und verankert werden, um eine gute Ausgangsbasis für künftige Lernerfolge zu schaffen.

Wir wissen, dass sich Investitionen in frühen Jahren – in der frühkindlichen Bildung und Grundschule – besonders lohnen. Ein besonderes Augenmerk

wollen wir auf das Beherrschen der deutschen Sprache und auf die Behebung spezifischer Lernschwächen, wie „Lese-Rechtschreibschwäche“ und „Dyskalkulie“ richten.

Wir werden

- » mehr in das Erlernen der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen investieren. Besonderen Wert werden wir auf die Rechtschreibung legen. Daher lehnen wir Konzepte wie „Schreiben nach Sprechen“ ab,
- » zielgerichtete Maßnahmen ergreifen, um verstärkt Lern- und Leistungsschwächen zu beheben,
- » die Schülerinnen und Schüler besser auf einen gelingenden Übergang auf die weiterführenden Schulen vorbereiten.

29. Haupt- und Werkrealschulen flexibel organisieren

Die bestehenden Werkrealschulen bereiten mit ihrem praxisnahen Konzept die Schülerinnen und Schüler bestmöglich auf einen erfolgreichen Übergang in die Berufsausbildung vor. Durch den Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung haben die Werkrealschulen erhebliche Schwierigkeiten, eine fünfte Klasse mit den erforderlichen 16 Schülerinnen und Schülern einzurichten. Obwohl die noch bestehenden Werkrealschulen unter diesem Trend zu leiden haben, wollen wir ihnen eine Perspektive in Form von Verbänden mit Werkrealschulen und Realschulen ermöglichen.

Den Schulträgern wollen wir ermöglichen, Werkreal- und Realschulen in räumlicher Nähe – wenn möglich auf einem gemeinsamen Campus gelegen – zu einer gemeinsamen „Realschule Baden-Württemberg“ mit differenzierten Bildungsangeboten zusammenzufassen. Eine solche Schule wird von einer gemeinsamen Schulleitung geführt und der Unterricht von einem gemeinsamen Kollegium erteilt. Die Schülerinnen und Schüler

können so das positive Klima einer gemeinsamen Schule erleben.

Sollten die baulichen Voraussetzungen an einem Standort nicht vorhanden sein, wollen wir die „Realschule Baden-Württemberg“ auch als regionale Verbundschule ermöglichen. Ein solcher regionaler Schulverbund bietet ein wohnortnahes differenziertes Unterrichtsangebot. Der Unterricht wird von einem gemeinsamen Kollegium erteilt.

Wir werden

- » den vielen engagierten Haupt- und Werkrealschullehrerinnen und -lehrern klare und echte berufliche Perspektiven aufzeigen,
- » die Schullandschaft im intensiven Dialog mit den Schulleitungen, den Lehrerinnen und Lehrern, den Elternvertretern, den Schulträgern und anderen Bildungsfachleuten gezielt weiterentwickeln.

30. Realschulen als Rückgrat unseres Bildungssystems

Realschulen sind eine leistungsstarke Schulart mit eigenständigem Profil. Die Mittlere Reife ist ein wertvolles Ticket zum Start in eine duale Ausbildung und eine gute Grundlage für einen erfolgreichen Übergang auf das berufliche Gymnasium. 40 Prozent der Absolventen eines jeden Jahrgangs wechseln auf das berufliche Gymnasium und machen dort Abitur. Die Realschule steht – neben einem eigenständigen Gymnasium – im Mittelpunkt unseres Bildungskonzepts. Unsere Realschulen haben es nicht verdient, dass sie durch Grün-Rot gegenüber den Gemeinschaftsschulen nachhaltig und massiv bei der Ressourcen- und Lehrerausstattung benachteiligt werden. Auch der ständige Druck auf die Realschulen, nach dem pädagogischen Konzept der Gemeinschaftsschule zu arbeiten, ist nicht hinnehmbar. Wir wollen keine Realschule, die den Namen nur noch auf dem Papier trägt.

Wir werden

- » in den Realschulen Profilierungen ermöglichen. Dadurch werden die fachlichen Kompetenzen zur Vorbereitung auf die duale Ausbildung und gleichermaßen auf das berufliche Gymnasium gestärkt,

- » in den Realschulen mit differenzierten Unterrichtsangeboten auf die Mittlere Reife und den Hauptschulabschluss vorbereiten,
- » die Klassen 5 und 6 der Realschule als Orientierungsphase organisieren, die auch schon leistungsdifferenzierte Förderangebote anbieten können. Dabei soll im Dialog zwischen Schule und Eltern jeweils zum Halbjahr ein Wechsel zwischen Haupt- und Realschulniveau möglich sein,
- » sicherstellen, dass ab Klasse 7 mindestens in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie in den Fremdsprachen und Naturwissenschaften in leistungsdifferenzierten Bildungsgängen auf den Hauptschulabschluss und die Mittlere Reife vorbereitet wird,
- » ab Klasse 8 eine enge Verzahnung mit den beruflichen Schulen ermöglichen, etwa durch berufspraktische Projekte.

31. *Gymnasium pur*

Das allgemeinbildende Gymnasium werden wir auch in Zukunft erhalten. Es ist die gefragteste Schule. Die hohe Qualität des baden-württembergischen Abiturs und die Studierfähigkeit der Studenten müssen gesichert werden. Dabei haben wir auch den sich wandelnden Förderbedarf am Gymnasium im Blick.

Vor über zehn Jahren haben wir das achtjährige Gymnasium aus Überzeugung eingeführt. Es hat den Schülern einen schnelleren Weg zum Abitur eröffnet. In den letzten Jahren sind an den Schulen im Dialog mit Schülern und Eltern zahlreiche Verbesserungen erreicht worden. An vielen Schulen funktioniert G8 hervorragend. Gleichwohl wissen wir, dass sich viele Eltern, Lehrer und Schüler ein neunjähriges Gymnasium wünschen. Dem wollen wir dadurch Rechnung tragen, dass wir die Entscheidung zwischen G8 und G9 in die Hand der Schulen und damit der Eltern, Lehrer und Schüler legen.

Wir werden

- » den Start an der weiterführenden Schule durch die Weitergabe der Grundschulempfehlung erleichtern,
- » künftig den Schulen und Schulträgern ermöglichen, selbst zu entscheiden, ob sie G8 oder G9 oder beides anbieten. In Schulen, die beide Geschwindigkeiten anbieten, soll nach einem gemeinsamen Einstieg in den Klassen 5 und 6 zur 7. Klasse eine Wahlmöglichkeit zwischen G8 oder G9 eingeführt werden,
- » in den Klassen 5 und 6 eine intensive Beratung zum weiteren Bildungsweg anbieten,
- » eine noch engere Verzahnung von Realschule und beruflichem Gymnasium aufbauen; das berufliche Gymnasium ist für uns praktisch die gymnasiale Oberstufe der „Realschule Baden-Württemberg“; seine berufliche Profilierung bietet eine attraktive Alternative zum allgemeinbildenden Gymnasium.

32. *Die Gemeinschaftsschule ist gescheitert*

Eine Schule, in der alle Kinder vom Sonderschüler bis zum Hochbegabten in einer Gruppe unterrichtet werden, in der Lehrer nur noch Lernbegleiter sind, eine Schule ohne Noten und ohne „Sitzenbleiben“ ist völlig überfrachtet und schnell überfordert. Wir werden keine neuen Gemeinschaftsschulen einrichten, aber auch die bestehenden 271 Gemeinschaftsschulen nicht schließen. Wir wollen diesen Gemeinschaftsschulen anbieten, sich weiterzuentwickeln und mit leistungsdifferenzierten Bildungsgängen zu arbeiten. Die finanzielle Überprivilegierung der Gemeinschaftsschule werden wir zurückführen. Wir wollen eine gerechte Balance bei der Ressourcenverteilung, so dass keine Schulart mehr bevorzugt oder benachteiligt ist. Es soll ein fairer Wettbewerb um die beste Unterrichtsqualität möglich sein.

Wir werden

- » ermöglichen, an den bestehenden Gemeinschaftsschulen Klassen mit ähnlich leistungsstarken Schülerinnen und Schülern einzurichten,
- » die Leistungen wieder mit Noten bewerten,
- » den Schülern eine Chance geben, die Klasse zu wiederholen,
- » Freiheit im pädagogischen Konzept eröffnen: Methodenmix im Unterricht und äußere Leistungsdifferenzierung,
- » ein flexibles Angebot schaffen, statt einer verpflichtenden Ganztagschule für alle,
- » an den Gemeinschaftsschulen keine Oberstufe einrichten,
- » den reibungslosen Anschluss an das berufliche Gymnasium garantieren,
- » eine gerechte Balance in der Stundenzuweisung für alle Schularten und gleiche Rahmenbedingungen für Inklusion und Ganztagsangebot. Hierzu gehört auch die Gleichbehandlung bei Zuschüssen für den Schulhausbau.

33. Berufliche Schulen – ein wichtiger Pfeiler

Die beruflichen Schulen garantieren die notwendige Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit in einem differenzierten Schulsystem. Mit ihren Vollzeitschularten bieten die beruflichen Schulen exzellente Anschlussmöglichkeiten hin zu allen allgemeinbildenden Bildungsabschlüssen. So eröffnen die beruflichen Gymnasien für Schülerinnen und Schüler mit mittlerem Bildungsabschluss den äußerst attraktiven Weg, die Hochschulreife zu erwerben. Deren Oberstufe ist die optimale Anschlussmöglichkeit für alle Schülerinnen und Schüler mit Mittlerer Reife.

Die Teilzeitschularten sind verlässliche Partner der Wirtschaft in der dualen Berufsausbildung. Für uns sind die beruflichen Schulen unverzichtbare Partner für eine hochwertige Fachkräftegewinnung. Darüber hinaus bieten die beruflichen Schulen wichtige Angebote im Bereich der beruflichen Weiterbildung. Wir wollen mehr Freiheit für die beruflichen Schulen und setzen uns deshalb für ihre operative Eigenständigkeit ein.

Wir wollen in der Berufsausbildung die leistungsschwächeren Jugendlichen besser mitnehmen und sie zugleich für leistungsstarke junge Menschen attraktiver gestalten. Wir brauchen ein gemeinsames Ausbildungsmarketing von Politik, Schule und Wirtschaft, um die Attraktivität der beruflichen Erst- und Weiterbildung zu sichern. Sie steht für uns gleichwertig neben der hochschulischen Bildung. Während die Wirtschaft händeringend nach Auszubildenden sucht, bleiben trotzdem viele junge Menschen ohne Lehrstelle zurück. Hier stimmt etwas im System nicht. Ein Problem ist die fehlende Ausbildungsreife der Schulabgänger.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird eine „Zukunftskommission Jugend und Ausbildungsreife“ einrichten. Ausbilder, Arbeitgeber, Lehrer überarbeiten zusammen Qualitäts-, Leistungs- und Wissensstandards, die ein Schulabgänger vorweisen sollte, wenn er eine Berufsausbildung beginnt.

Darüber hinaus ist eine unbürokratischere Anerkennung ausländischer Abschlüsse notwendig. Eine CDU-geführte Landesregierung wird deshalb alles in ihrer Zuständigkeit stehende unternehmen, damit eine Anerkennung von Abschlüssen im Ingenieurwesen sowie in medizinischen und pflegerischen Berufen zügig erfolgt.

Rund 250.000 Jugendliche in Baden-Württemberg haben keinen schulischen Abschluss oder sind in einer Warteschleife zwischen Schule und

Ausbildung. Um diese Jugendlichen wollen wir uns intensiv kümmern. Ziel ist, ihnen eine duale Ausbildung zu ermöglichen.

Unser Ziel ist es, möglichst jedem motivierten und leistungsbereiten Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte, auch geduldeten jugendlichen Flüchtlingen, die Chance auf eine betriebliche Ausbildung zu bieten. Die Auszubildenden und ihre Ausbildungsbetriebe brauchen dabei Rechtssicherheit. Die beruflichen Schulen müssen in die Lage versetzt werden, Zusatzunterricht in Deutsch als Fremdsprache erteilen zu können.

Wir werden

- » die beruflichen Schulen angemessen mit materiellen und personellen Ressourcen ausstatten,
- » an den beruflichen Schulen auch Kleinklassen zulassen, da deren Schließung durch die grün-rote Landesregierung eine eindeutige Benachteiligung der beruflichen Bildung darstellt,
- » die beruflichen Gymnasien auf die veränderten Herausforderungen gut vorbereiten,
- » betriebsnahe und wohnortnahe Berufsschulstandorte im ländlichen Raum zur Stärkung der dualen Ausbildung erhalten,
- » jede notwendige Standortverlagerung oder die Bündelung der berufsschulischen Angebote stets in fairer und offener Absprache mit den Schulen, den Betrieben und ihren Organisationen sowie den Schulträgern vornehmen,
- » mehr schulbezogene Stellenausschreibungen zu lassen, über die die Schulleitungen entscheiden können,
- » den Schulen eigene Fortbildungsbudgets zuweisen,
- » eine Bürokratieentlastung für die beruflichen Schulen vornehmen,
- » die Schulleitungen in ihren Kompetenzen stärken und durch einen neu zu schaffenden Verwaltungsassistenten entlasten,
- » die Beteiligung des Landes an der Finanzierung von Internaten für Schüler in Bundes- oder Landesklassen erhöhen,
- » die Empfehlungen der Enquetekommission als Richtschnur für die weitere Entwicklung der beruflichen Schulen nutzen.

34. Sonderschulen – Inklusion am Kindeswohl orientieren

Die CDU bekennt sich klar zum Ziel der Inklusion. Vom gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung können alle profitieren. Die schulische Inklusion ist darüber hinaus ein wichtiger Beitrag für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in unserer Gesellschaft. Grün-Rot hat hier große und zum Teil unrealistische Erwartungen geweckt. Ohne ausreichende Vorbereitung hat Grün-Rot die Inklusion zum Schuljahr 2015/16 gesetzlich verankert. Bei Eltern und Kindern, Schulen, Stadt- und Landkreisen ist dadurch erhebliche Verunsicherung entstanden.

Für die CDU steht bei der Inklusion das Wohl des einzelnen Kindes im Mittelpunkt. Während für manche Kinder der Besuch einer allgemeinen Schule ein guter Weg ist, können andere Kinder auf einer Sonderschule besser gefördert werden. Wir wollen deshalb gleichberechtigte Wege eröffnen, zwischen denen die Eltern im Rahmen des Möglichen wählen können: die Inklusion an einer allgemeinen Schule, den Besuch einer Außenklasse oder den Besuch einer Sonderschule. Wir wollen den Eltern ein Wahlrecht zwischen diesen verschiedenen gleichwertigen Wegen geben. Dazu gehören eine gute, transparente und offene Beratung in den Bildungswegekonzferenzen, die Unterstützung durch Elternlotsen sowie die Schaffung eines Landes-Ombudsmanns. Die Beratung der Eltern berücksichtigt die Gegebenheit an den Schulen vor Ort. Inklusion ist nur dann gegenüber Kindern, Eltern und Lehrkräften verantwortbar, wenn auch die Voraussetzungen gegeben sind.

Inklusion ist Aufgabe aller Schulen und Schularten. In der Grundschule und der Sekundarstufe I können Kinder mit Behinderung auch dann vom gemeinsamen Unterricht profitieren, wenn sie das Bildungsziel nicht erreichen können. Um eine optimale Förderung sicherzustellen, soll Inklusion dabei in Gruppen von mehreren Kindern und möglichst mit gleicher Art der Behinderung umgesetzt werden. Nach wie vor entscheiden sich mehr als zwei Drittel der Eltern von Kindern mit Behinderung für den Besuch einer Sonderschule. Das bewährte und differenzierte System der Sonderschulen muss deshalb erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für die Versorgung mit Sonderpädagogen und die grundständige, spezialisierte sonderpädagogische Ausbildung. Auch die Außenklassen von Sonderschulen an allgemeinen Schulen werden von vielen Eltern als optimaler Weg gesehen und erfahren immer größeren Zuspruch.

Wir werden

- » den erfolgreichen Weg der Inklusion als gleichwertiges Angebot stärken und weiterentwickeln,
- » den inklusiven Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung weiter ausbauen,
- » das bewährte und weiterhin mehrheitlich nachgefragte Angebot der Sonderschulen mit seinen besonderen Fördermöglichkeiten dauerhaft erhalten,
- » die hohe Qualität der sonderpädagogischen Förderung an den allgemeinen Schulen garantieren sowie die personellen, sächlichen und räumlichen Voraussetzungen dafür schaffen,
- » das Zwei-Pädagogen-Prinzip an der Regelschule anstreben, nach dem die Lehrkraft der allgemeinen Schule durch eine sonderpädagogische Fachlehrkraft in der Klasse unterstützt wird,
- » die Lehrerinnen und Lehrer an den allgemeinen Schulen in Aus- und Fortbildung auf die Herausforderungen der Inklusion vorbereiten,
- » gemeinsam mit den Gemeinden, Stadt- und Landkreisen die Voraussetzungen bei Sachausstattung, Umbau und Schülerbeförderung schaffen,
- » die Aufgaben und Qualifizierung der Schulbegleitung regeln und die Steuerung und Finanzierung dauerhaft lösen,
- » den Schulen in freier Trägerschaft eine angemessene Finanzierung der Inklusionskosten sichern.

35. Schulausstattung und Schulbauten

Eine erfolgreiche Bildungspolitik kann nur im Zusammenspiel von Land und Kommunen funktionieren. Denn vor Ort wird wesentlich über die Ausstattung der Schulen, über die Betreuung, beispielsweise durch Sozialarbeiter, und über die Nachmittagsangebote entschieden. In den letzten Jahren haben die Kommunen zum Teil

ganz erhebliche Investitionen auf sich genommen, ohne die Gesamtkosten, beispielsweise für die Gemeinschaftsschulen, zu kennen. Zudem haben über Jahre die entsprechenden Schulbauförderrichtlinien gefehlt, was zu niedrigeren Zuschüssen aus Landesmitteln geführt hat.

36. Privatschulen bereichern die Bildungslandschaft

Privatschulen sind wichtiger Impuls- und Ideengeber des öffentlichen Schulwesens. Die CDU Baden-Württemberg bekennt sich zu einer soliden finanziellen Unterstützung der Schulen in freier Trägerschaft. Wir wollen für sie eine Förderquote von 80 Prozent der Kosten für eine vergleichbare öffentliche Schule. Grün-Rot hat in dieser Legislaturperiode nicht nur dieses Ziel verfehlt, sondern die Schulen in freier Trägerschaft beispielsweise auch durch die Versorgungsabgabe

zusätzlich belastet. Mit bildungspolitischen Entscheidungen, die finanzielle Auswirkungen haben, sollten im Interesse der freien Schulen immer sofort Mittel reserviert werden, die ein Absinken der Förderquote vermeiden. Gemeinsam mit den Privatschulverbänden wollen wir das Brutto-Kostenmodell weiterentwickeln, um die privaten Schulen bei den neuen pädagogischen Herausforderungen zu unterstützen.

37. Ganztagschulen für Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Familien brauchen für Kinder im Grundschulalter verlässliche Betreuungsangebote. Dazu müssen die Ganztagschulen quantitativ und qualitativ weiter ausgebaut werden. Uns ist dabei wichtig, dass der Lebensalltag der Familien und die Schulen zueinander passen. Es darf deshalb nicht nur Ganztagschulen mit Anwesenheitspflicht bis in den späten Nachmittag geben, sondern auch weiterhin flexible und modulare Angebote der verlässlichen Grundschule sowie im Hort an der Schule.

Wir wollen Nachmittagsbetreuung für alle Grundschul Kinder anbieten, sei es in der verbindlichen oder in der flexiblen und freiwilligen Form. Kinder und Jugendliche sollen die vielfältigen Angebote von Vereinen und des Ehrenamts nutzen können; hier wollen wir wieder Brücken bauen. Ziel ist der gemeinsame Bau einer neuen familienfreundlichen und flexiblen Ganztagschule als breites und bedarfsgerechtes Bildungsangebot. Mit der einseitigen Förderung der verpflichtenden Ganztagschule durch die grün-rote Landesregierung muss Schluss sein. Dieses Konzept fährt alle flexiblen Angebote zurück und gefährdet die außerschulische Jugendarbeit. Die verlässliche Kernzeitenbetreuung endet derzeit mit Ende der Grundschule.

Diese Kernzeitenbetreuung sollte bis einschließlich Klasse 7 verlängert werden.

Wir werden

- » eine familienfreundliche und flexible Ganztagschule entwickeln, die neben Bildungsangeboten auch die passende Betreuung bietet,
- » Wahlfreiheit für die Schulen beim Ausbau des Ganztagsangebots schaffen. Jede Schule im Land, die Ganztagschule werden will, soll dies auch werden können, keine Schule darf aber dazu gedrängt werden,
- » die zusätzlichen Stunden im Ganztag für eine gezielte Förderung der Kinder nutzen, beispielsweise für Hausaufgabenbetreuung, für Zusatzangebote an schwächere wie stärkere Schülerinnen und Schüler und für eine Einbindung der außerschulischen Partner,
- » Ehrenamtlichen sowie Vereinen und anderen Trägern außerschulischer Bildung ermöglichen, sich mit qualifizierten Angeboten einbringen zu können und so das pädagogische Konzept der Ganztagschulen zu bereichern,
- » die Wahlfreiheit der Eltern garantieren, ob ihr Kind ein Ganztagsangebot wahrnimmt.

38. Auf die Lehrer kommt es an

Der schulische Erfolg hängt von den Bedingungen ab, die den Unterricht bestimmen. Gute, hoch motivierte Lehrerinnen und Lehrer sind der Schlüssel für den Erfolg. Es ist für uns selbstverständlich, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer für die schwierige Arbeit die nötige Wertschätzung und Anerkennung bekommen. Wir wollen jeder Schule eine am tatsächlichen Bedarf orientierte Stellen- und Budgetausstattung ermöglichen.

Grün-Rot hat jetzt erstmals seit Gründung des Landes die Streichung von Lehrerstellen beschlossen und umgesetzt. Für die Zeit bis zum Schuljahr 2020/21 wurde der Abbau von 11.602 Lehrerstellen angekündigt. Bis zum Schuljahr 2013/14 wurden 1.000 und zum Schuljahr 2014/15 363 Lehrerstellen abgebaut. Das hat die Unterrichtsversorgung erheblich belastet, und wurde auch durch die Einstellung zum laufenden Schuljahr nicht ausgeglichen. Am Ende der Regierungszeit steht ein Minus in der Lehrerversorgung. So wurde die Entlastung der Lehrkräfte reduziert. Wir werden wieder Politik für eine verlässliche Unterrichtsversorgung machen.

Ein besonderes Augenmerk wollen wir auf den veränderten Lehrerbedarf wegen der neu hinzukommenden Flüchtlingskinder richten. Um den Kindern einen Zugang zur Bildung zu ermöglichen, muss ein starker Fokus auf Deutschunterricht gelegt werden. Es darf kein Kind auf dem Bildungsweg verloren gehen. Diese Herausforderungen nehmen wir an und fordern eine entsprechende Umsetzung im Kindergarten, ebenso wie in den Schulen.

Wir werden

- » dafür sorgen, dass das Land für die Lehrerinnen und Lehrer wieder ein guter und verlässlicher Arbeitgeber wird,
- » durch eine hochwertige Ausbildung, eine zuverlässige Bildungspolitik sowie eine gesteigerte Wertschätzung den Lehrerberuf wieder attraktiv machen,
- » die Stellen und Budgetausstattung der Schulen am tatsächlichen Bedarf ausrichten,
- » die Stellen, die aufgrund der demografischen Entwicklung frei werden, für die qualitative Verbesserung unserer Schulen verwenden,
- » Anreize schaffen, dass sich die besten Bewerberinnen und Bewerber für den Lehrerberuf entscheiden, beispielsweise durch Zulagen für Mangelfächer,
- » die Fortbildung und die Aufstiegsmöglichkeiten für unsere Lehrerinnen und Lehrer verbessern,
- » die Beschäftigungsverhältnisse unserer Lehrerinnen und Lehrer so anlegen, dass sich niemand in den Sommerferien arbeitslos melden muss,
- » die Leitungsfunktionen an unseren Schulen attraktiver machen, indem wir beispielsweise schulbezogene Stellenausschreibungen und die Budget- und Personalentscheidungen wieder stärker den Schulleitungen übertragen,
- » dafür sorgen, dass die zugewiesenen Deputate an allen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen eigenverantwortlich zum optimalen Nutzen der Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden können.

39. Eltern und Schüler wirken mit

Eltern sind die Experten für ihre Kinder, sie erziehen ihre Kinder zu Persönlichkeiten, sie unterstützen und beraten sie, machen sie stark. Dazu gehören Fördern und Fordern. Eltern haben das Recht und die Pflicht, an der Erziehung der Kinder in der Schule mitzuwirken. Die gemeinsame Verantwortung der Eltern und der Schule für die Erziehung und Bildung der Kinder und Jugendlichen gelingt am besten durch vertrauensvolle Zusammenarbeit. Dies gilt insbesondere auch für die Werteerziehung.

Den grün-roten Bildungsplan wollen wir im Dialog mit den Lehrerinnen und Lehrern und den Eltern auf den Prüfstand stellen. Wo es die Qualitätssicherung

erfordert, werden wir Änderungen vornehmen.

In der frühkindlichen Bildung ist das Einbeziehen der Eltern bei der Sprachförderung unverzichtbar. In der Schule wirken Eltern an der Gestaltung des Schullebens aktiv mit. In den Gremien beraten Eltern mit über die Standortbestimmung und Zielorientierung der Schule.

Schülerinnen und Schüler nehmen in der SMV ihre Interessen in der Schulgemeinschaft wahr. Der Landes-schülerbeirat ist wenig bekannt und wird von nur 15 Prozent der Schülersprecher gewählt. Wir halten eine breitere Verankerung und Akzeptanz für notwendig.

40. Freiheit im Glauben

Der christliche Religionsunterricht ist für uns Ausdruck der abendländischen Kultur unseres Heimatlandes. Er steht für uns nicht zur Debatte und kann auch nicht adäquat durch Ethik-Unterricht ersetzt werden. Die Vermittlung von Werten wie Freiheit, Eigenverantwortung, Solidarität und Nächstenliebe auf der Basis des christlichen Glaubens muss an Schulen einen festen Platz haben.

Wir haben islamischen Religionsunterricht für die Schülerinnen und Schüler islamischen Glaubens in der Schule eingeführt und treten für den bedarfsgerechten und flächendeckenden Ausbau in hoher Qualität ein. Er wird aber in deutscher Sprache mit in Deutschland ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern und unter Schulaufsicht des Landes erteilt. Für nicht konfessionell gebundene Schülerinnen und Schüler soll das Angebot „Ethik“ bestehen und schrittweise ausgebaut werden.

41. Gewalt hat keinen Platz in der Schule

Wir setzen uns gegen Gewalt auf Schulhöfen, in Klassenzimmern und im Internet ein. Dazu gehören wirkungsvolle Schulordnungsmaßnahmen, Schulsozialarbeit sowie das Gewaltpräventionsprogramm WIR. Auch eine saubere

und gepflegte Schule mit einer angemessenen Ausstattung leistet dazu einen Beitrag. Land und Kommune müssen hier partnerschaftlich zusammenwirken, ebenso wie bei den Themen Ganztags, Inklusion und Schulstandorte.

42. Ganzheitliche Bildung ist gefragt

Zu einer ganzheitlichen Bildung gehört ein umfassender Fächerkanon. Kulturelle und musische Bildung tragen zur Integration in die Gesellschaft und zur Bildung der Persönlichkeit bei. Aber auch politische Bildung, Alltagswissen, Sport und Bewegung sowie die Erziehung zum Umgang mit Natur und Umwelt gehören untrennbar dazu. Bildung soll nicht nur fachliche, sondern auch soziale und personale Kompetenzen vermitteln. Unser Ziel sind kundige und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger mit einer soliden

Allgemeinbildung, mit Orientierung, Urteilskraft und Gemeinsinn. Besonderes Augenmerk werden wir darauf legen, den jungen Menschen auch im Fach Wirtschaft und Berufsorientierung ein Verständnis für wirtschaftliche Zusammenhänge und die Idee der Sozialen Marktwirtschaft zu vermitteln. Wir werden die Lehrkräfte dafür entsprechend qualifizieren. Insbesondere für die Berufsorientierung ist die Kooperation zwischen Schule und der betrieblichen Praxis gefragt.

43. MINT-Fächer und Informatik stärken

Als Industriestandort und Hightech-Land brauchen wir Nachwuchs vor allem in den technischen Berufen. Nur so können wir die Chancen der Digitalisierung nutzen und im internationalen Wettbewerb bestehen. Dem Unterricht in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) kommt an allen Schulen daher eine große Bedeutung zu.

Wir setzen auf eine Stärkung der MINT-Fächer und wir wollen sie auch für künftige Lehrkräfte attraktiver machen. Gerade für Mädchen und junge Frauen müssen wir die MINT-Fächer zu einem attraktiven Angebot entwickeln. Das Fach ‚Naturphänomene und Technik‘ darf dabei auch in Zukunft nicht auf Kosten

des naturwissenschaftlichen Fachunterrichts ausgebaut werden.

Ebenso wollen wir, dass die notwendigen informationstechnischen Inhalte auch künftig im Bildungsplan stehen und in der Schule unterrichtet werden. In den Klassenstufen 9 und 10 des Gymnasiums darf die Informationstechnische Grundbildung (ITG) nicht mehr an ein anderes Fach angedockt sein, sondern muss als eigenes Fach durch hinreichend qualifizierte Lehrer unterrichtet werden. Nur so können junge Menschen auf ein erfolgreiches Leben in Beruf und Gesellschaft vorbereitet werden. Initiativen zur Vernetzung der Schulen mit Hochschule und Wirtschaft werden von uns unterstützt.

44. Digitalisierung in der Schule

Im Zuge der Digitalisierung wollen wir unser Bildungssystem zukunftsfest machen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Schulen im Land mit digitaler Technik ausgestattet werden. Die Landesregierung sollte die Kommunen mit einer Initiative unterstützen, um Schritt für Schritt die Schulen mit E-Tafeln, Laptop- und Tabletclassen ergänzend zu den konventionellen Lernmaterialien auszurüsten. Neue Medien, die enorme Chancen und Potentiale in Hinblick auf

Pädagogik und Fachdidaktik bieten, müssen im Unterricht selbstverständlich werden. Deshalb müssen Lehrkräfte verstärkt im Bereich der neuen Medien fortgebildet werden. Des Weiteren wollen wir einen modernen Unterricht in Medienkompetenz, um Schüler im kritischen Umgang mit neuen Medien zu schulen und sie so auf die Berufswelt vorzubereiten. Die fachliche Bildung und die Vermittlung von Allgemeinwissen dürfen darunter jedoch nicht leiden.

45. Außerschulische Bildungsangebote

Die Träger der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit leisten einen wichtigen Beitrag zur Bildung und Erziehung junger Menschen. Vor allem bei der Persönlichkeitsbildung profitieren die jungen Menschen davon: In vielen Vereinen, Verbänden, Initiativen und Institutionen wie den Kirchen werden Werte wie Teamfähigkeit, Fairness und Sozialkompetenz vermittelt.

Die Zusammenarbeit zwischen schulischer und außerschulischer Jugendbildung findet vermehrt im Rahmen der Ganztagschule statt. Außerschulische Bildungsträger tragen zur pädagogischen Profilbildung der Ganztageschule bei. Nach Auffassung der CDU haben die außerschulischen Bildungsträger auch außerhalb der Ganztagschule ihren festen eigenen Platz und müssen die Möglichkeit haben, den Kindern und Jugendlichen attraktive Angebote zu machen.

Die Musik- und Kunstschulen gehören für uns unverzichtbar zu unserer vielfältigen

Bildungslandschaft. Sie bieten über alle Altersgruppen hinweg vielseitige und hochwertige pädagogische Angebote und verdienen eine angemessene finanzielle Förderung durch das Land, damit diese für alle Familien bezahlbar bleiben.

Der Arbeit der Volkshochschulen sowie weiterer Weiterbildungsträger messen wir eine große Bedeutung zu. Unsere moderne Lebenswelt verändert sich: Das lebenslange Lernen ist insbesondere für junge Erwachsene ohne oder mit niedrigem Schulabschluss, für gering- oder unqualifizierte Menschen, aber auch für Senioren in und außerhalb des Erwerbslebens der Schlüssel zu einer erfolgreichen Teilhabe an unserer Gesellschaft. Wir wollen deshalb die Unterstützungsmaßnahmen des Landes in der Fort- und Weiterbildung bündeln und intensivieren, bisherige Fördersysteme weiterentwickeln und den Weiterbildungsträgern einen offenen Dialog anbieten.

04

Wissenschaft

Kapitel 04

***Wissenschaft
schafft Zukunft***

Wissenschaft schafft Zukunft

46. Wissenschaftsland Baden-Württemberg

Der Wohlstand Baden-Württembergs beruht traditionell auf Wissen, Innovation und fachlicher Qualifikation. Mit ihren ausgewiesenen Leistungspotentialen in Forschung und Lehre leisten die Hochschulen des Landes hierzu einen wesentlichen Beitrag. Ihr Wirken ist für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes von entscheidender Bedeutung. Sie stellen die Versorgung mit hochqualifizierten

Fachkräften sicher, sind Orte international wettbewerbsfähiger Spitzenforschung und eröffnen über anwendungsorientierte Forschung und Kooperationen mit Unternehmen grundlegende Möglichkeiten für den Wissens- und Technologietransfer. Der Wissenschafts- und Forschungspolitik kommt daher als wichtiges Element einer umfassenden Innovationsstrategie eine ganz wesentliche Rolle zu.

47. Die Vielfalt in der Hochschullandschaft ist unsere Stärke

Unser Land besitzt die dichteste und differenzierteste Hochschullandschaft in Deutschland. Die Hochschullandschaft umfasst neun Universitäten, 23 Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, sechs pädagogische Hochschulen, acht Musik- und Kunsthochschulen, die Duale Hochschule Baden-Württemberg mit insgesamt zwölf Hochschulstandorten, jeweils eine Film- und Popakademie, eine Akademie für Darstellende Kunst sowie mehr als 25 anerkannte private und kirchliche Hochschulen.

Diese im bundesweiten, europäischen und internationalen Vergleich einzigartig differenzierte und wettbewerbsfähige Hochschullandschaft ist das Ergebnis jahrzehntelanger Prioritätensetzung christdemokratischer Politik in Baden-Württemberg. Durch die differenzierte Hochschullandschaft, die den Kern des bildungspolitischen Leitmotivs der CDU verkörpert, werden wir nicht nur den verschiedenen Begabungen unserer jungen Menschen gerecht, sondern können die unterschiedlichen Bedarfe von Wirtschaft und Gesellschaft optimal abdecken.

Wir wollen diese Vielfalt im Hochschulbereich erhalten und weiterentwickeln. Wir sichern so Wahlmöglichkeiten und Bildungschancen für alle jungen Menschen in allen Teilen unseres Landes.

Wir wollen alle Hochschulstandorte im ländlichen Raum erhalten und so vergleichbare Lebens-, Ausbildungs-, und Arbeitsbedingungen in den Ballungsräumen genauso wie im ländlichen Raum Baden-Württembergs sicherstellen.

Der Privathochschulbereich ist, gemessen an der Zahl der Studierenden, vergleichsweise klein und im Fächerspektrum zumeist auf die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften begrenzt. Dennoch verzeichnen die privaten Hochschulen einen klaren Aufwärtstrend, den wir vor allem dort, wo staatliche Angebote durch private Einrichtungen komplementär ergänzt werden, unterstützen wollen. Aufgrund ihrer Unabhängigkeit vom Staat sind sie beweglicher und damit zu einem wichtigen Reformmotor geworden. Wir wollen prüfen, wie wir die Wahrnehmung der privaten Hochschulen in wissenschaftlichen Entscheidungsprozessen verstärken können.

Wir werden

- » das Profil der wissenschaftsbezogenen und der anwendungsbezogenen Hochschularten weiter stärken,
- » in der Lehrerbildung Kooperationen zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen verstärken.

48. Kooperative Promotion angestrebt

Mit der Novelle des Landeshochschulgesetzes hat Grün-Rot eine Experimentierklausel zur Einführung eines zeitlich und thematisch begrenzten Promotionsrechts für Verbände von Hochschulen für Angewandte Wissenschaften eingeführt. Wir haben die Einführung dieser Experimentierklausel unterstützt. Wichtig war uns dabei, dass die Qualität der Promotion gerade

im internationalen Forscherumfeld zweifelsfrei erhalten bleibt. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und Hochschularten auf der Grundlage einer klaren Profilierung etwa über gemeinsame Promotionsverbände von Universitäten und anderen, auch nichtstaatlichen, Hochschulen fortführen und über das Landesgraduiertenprogramm finanziell fördern.

49. Internationale Spitzenstellung in der Hochschulmedizin erhalten

Die baden-württembergische Hochschulmedizin stellt seit vielen Jahren national und international die Spitze der Höchstleistungsmedizin dar und dies in der vollen Breite von effizienter Forschung und Lehre bis hin zur wirtschaftlichen Unternehmensführung. Diese internationale Spitzenstellung der Höchstleistungsmedizin in den Universitätskliniken und medizinischen Fakultäten im Land gilt es zu erhalten. In den letzten Jahren sind jedoch strukturelle Probleme aufgetreten. Bei den Universitätskliniken landen die schwierigsten Fälle. Sie halten für seltene Krankheiten Experten vor, bieten langwierige

und schwierigste Behandlungen sowie Notfallmedizin rund um die Uhr an und garantieren die enge Verbindung zu Forschung und Lehre. Trotzdem zahlen die Kassen nur die üblichen Fallpauschalen. Wir wollen der Universitätsmedizin helfen, diese strukturellen und finanziellen Probleme zu bewältigen, um die hohe Qualität im täglichen Klinikbetrieb zu gewährleisten und die Verbindung von medizinischer Forschung und Lehre auf höchstem Niveau zu erhalten. Wir wollen die Initiative ergreifen, um das System der Fallpauschalen für die Höchstleistungsmedizin gerechter weiter zu entwickeln.

50. Leitbild der eigenverantwortlich handelnden Hochschule

Unsere Hochschulen stehen in einem internationalen Wettbewerb. Dafür haben wir sie fit gemacht. Auf Initiative der CDU wurde in Baden-Württemberg bereits Mitte der 90er Jahre ein Reformprozess angestoßen, der den Hochschulen des Landes Schritt für Schritt mehr Selbständigkeit und Handlungsspielraum gegeben hat. Mit einer Novelle des Landeshochschulgesetzes hat sich die grün-rote Landesregierung inzwischen vom Leitbild der unternehmerischen Hochschule verabschiedet. Für die CDU ist es aber gerade die eigenverantwortlich handelnde und geführte, sowie mit der Wirtschaft gut vernetzte Hochschule, die für das baden-württembergische Erfolgsmodell für gute Forschung und Lehre steht. Wir werden deshalb zu diesem Erfolgsmodell zurückkehren. Zu einer eigenverantwortlich geführten

Hochschule gehört für uns ein Hochschulrat, der sich aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Wirtschaft zusammensetzt. Grün-rote Vorgaben wie „gesellschaftliche Perspektivenvielfalt“ und ein zu starker Einfluss der Politik engen die Auswahl der Hochschulratsmitglieder viel zu sehr ein. Zur notwendigen Attraktivität des Mandats eines Hochschulratsmitglieds gehören außerdem flexible Amtszeitregelungen. Der von Grün-Rot beschrittene Weg ist falsch, hier müssen wir die Richtung korrigieren.

Eines unserer zentralen Anliegen ist es weiter, die durch grün-rote Vorgaben inzwischen stark angewachsene Bürokratie wieder abzubauen und die übermäßig komplexen hochschulrechtlichen Grundlagen zu verschlanken.

51. Hochschule und Wirtschaft verzahnen

Kooperationen der Hochschulen mit der Wirtschaft sind entscheidend für die Innovation. Die Hochschulen sind ein ganz wesentlicher Innovationsmotor für eine erfolgreiche Wirtschaft. Für beide Seiten gleichermaßen interessant ist die Zusammenarbeit über Drittmittelaufträge der Unternehmen. Wir müssen aber auch die Möglichkeiten zur gemeinsamen Berufung auf Professuren (Shared Professorship) flexibel und offen nutzen, sowie die Finanzierung neuer Studienangebote sowie einer Stärkung der Steinbeiszentren im Blick behalten. Die Kooperation von Hochschulen und Wirtschaft beim Technologietransfer und bei Unternehmensgründungen sind ebenso ein unverzichtbarer Beitrag zur Sicherung der Potentiale Baden-Württembergs als führender Technologie- und Innovationsstandort in Europa.

Der Erfolg der baden-württembergischen Hochschulen liegt zu einem großen Teil in ihrer Praxisorientierung begründet.

Wir werden

- » die Attraktivität dualer Studiengänge an der Schnittstelle von beruflicher Bildung und Hochschule weiter erhöhen und die berufsbegleitenden Weiterbildungsangebote der Hochschulen auch im Bereich des Bachelors deutlich verstärken,
- » flexible modulare, hochschulartenübergreifende Konzepte der wissenschaftlichen Weiterbildung im Sinne des lebenslangen Lernens fördern,
- » die Hochschulen als Innovationsmotoren stärken und eine integrierte, landesweit sichtbare Transferstrategie erarbeiten, die den Fokus darauf richtet, aus den zahlreichen Ideen unserer Wissenschaftler echte Innovationen zu entwickeln,
- » die Beziehungen von Baden-Württemberg ins Silicon Valley und in andere forschungsstarke Regionen der Welt ausbauen. Im Silicon Valley könnte beispielsweise ein „Deutsches Haus“ errichtet werden. Dieses könnte mit Innovationszentren wie dem KIT Karlsruhe oder dem Innovationszentrum Aalen zusammenarbeiten.

52. Forschung ohne ideologische Vorgaben

Wir wollen, dass unsere Hochschulen frei und ohne ideologische Vorgaben über Forschungsvorhaben und Kooperationen mit Unternehmen entscheiden können. Politisch-bürokratische Einschränkungen von Grün-Rot durch die „Transparenzklausel“ oder gar eine Zivilklausel und das

dadurch zum Ausdruck kommende Misstrauen lehnen wir entschieden ab, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der grundlegenden und verfassungsrechtlich verbürgten Freiheit von Forschung und Lehre.

53. Akademisierungswahn beenden – Fachkräftemangel bewältigen

Die wichtigsten Ressourcen unseres Landes sind das Wissen der Menschen, ihr Können und ihre Phantasie. Unser bildungs- und wissenschaftspolitischer Ansatz ist und bleibt: „Wir investieren in die Köpfe“. Dafür brauchen wir hervorragende Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung genauso wie für die Hochschulausbildung – und das in einem Verhältnis, das den tatsächlichen Bedarf unserer Wirtschaft abbildet. Die grün-rote Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart, mittelfristig eine Akademisierungsquote von mindestens 50 Prozent anzustreben. Wir halten es für falsch, einseitig der Akademisierung das Wort zu reden und damit zugleich die duale Ausbildung gesellschaftlich abzuwerten. Stattdessen setzen wir auf die Gleichwertigkeit der Ausbildungsangebote,

deren Offenheit nach Eignung, Neigung und Leistungsfähigkeit sowie die Durchlässigkeit der Bildungssysteme, um individuelle und zu jedem Zeitpunkt offene Bildungsbiografien zu ermöglichen.

Wir werden

- » die duale Ausbildung aufwerten, indem wir den Übergang zur Hochschul-, Meister- und Techniker-ausbildung weiter stärken,
- » Studienabbrechern entlang des Mottos „Umstieg statt Abstieg“ eine sinnvolle Weiterführung der begonnenen Ausbildung im dualen Bereich ermöglichen.

54. Verlässliche Hochschulfinanzierung

Baden-Württemberg hat auf dem Gebiet der Hochschulfinanzierung unter CDU-Regierungsverantwortung Maßstäbe gesetzt. Mit dem 2015 unterzeichneten Hochschulfinanzierungsvertrag hat die grün-rote Landesregierung das von der CDU eingeführte und über viele Jahre mit Erfolg praktizierte Prinzip der Verlässlichkeit im Grundsatz fortgeführt. Die grün-rote Landesregierung arbeitet dabei jedoch nach dem Prinzip „linke Tasche, rechte Tasche“ und widmete lediglich bisherige Programmmittel um. Kritisch wird von uns zudem gesehen, dass der Vertrag eine hohe Anzahl von Verpflichtungen und Gegenleistungen auf Seiten der Hochschulen enthält. Die Planungssicherheit und stabile Finanzierung der Hochschulen werden ideologisch aufgeladen und mit vielfältigen politischen Zielen (wie beispielsweise Ökostrom, Gleichstellung, Open Access) gekoppelt. Diese Vorgaben gehen weit über allgemeine Rahmenbedingungen für die künftige Finanzierung hinaus.

Der im Vergleich zu den anderen Bundesländern weit überproportionale Erfolg der baden-württembergischen Universitäten in den bisherigen Ausschreibungsrunden der Exzellenzinitiative in allen drei Förderlinien dokumentiert deren Spitzenstellung eindrucksvoll. Wir wollen allen

Universitäten ermöglichen, ihren erfolgreichen Weg in den Förderlinien der Exzellenz weiter zu gehen und die Chancen in der kommenden Ausschreibungsrunde maximal zu nutzen.

Wir werden

- » das von uns eingeführte Prinzip der Verlässlichkeit der Hochschulfinanzierung über die Laufzeit des Hochschulfinanzierungsvertrags (2020) hinaus fortführen,
- » im Interesse unserer Hochschulen rasch die Möglichkeiten zur schrittweisen realen Erhöhung der Grundfinanzierung im Forschungsbereich prüfen,
- » die zusätzlichen Mittel des Hochschulfinanzierungsvertrags künftig an die Qualität von Studium und Lehre knüpfen,
- » den Sanierungsstau an Hochschulen und Universitätskliniken durch die Einrichtung eines Sonderprogramms Hochschulbau auf der Grundlage eines baulichen Hochschulentwicklungsplans weiter konsequent abbauen,
- » den Universitäten ermöglichen, die Exzellenzprojekte auch über 2017 hinaus fortzuführen.

55. Das Studium bleibt gebührenfrei

Eine Wiedereinführung von allgemeinen Studiengebühren in Baden-Württemberg planen wir nicht. Eine solche wäre für uns nur im Verbund mit weiteren deutschen Ländern sinnvoll.

56. Spitzenforschung „made in Baden-Württemberg“

Baden-Württemberg hat eine herausragende Forschungsinfrastruktur. Dazu gehören die staatlichen Hochschulen, eine vielfältige außeruniversitäre Forschungslandschaft sowie die intensive Forschung und Entwicklung unserer Unternehmen. Sowohl bei der Grundlagenforschung als auch in der anwendungsnahen Forschung nimmt das Land eine Spitzenstellung ein. Diese gilt es zu halten. Wir wollen diese Strukturen erhalten und die Wege von der Forschung zu marktfähigen Produkten beschleunigen.

Wir werden

- » unsere Forschungsinfrastruktur auf hohem Stand halten, die Grundlagenforschung genauso wie die anwendungsorientierte Forschung gezielt weiter finanziell fördern,
- » unseren Hochschulen helfen, die wissenschaftlichen Erkenntnisse so weiter zu bearbeiten, dass sie sich für eine wirtschaftliche Verwertung in den Unternehmen eignen,
- » die Zusammenarbeit mehrerer Hochschulen untereinander, mit außeruniversitären oder internationalen Forschungseinrichtungen erleichtern.

57. Mehr Möglichkeiten durch Drittmittel

Durch die starke Vernetzung unserer Hochschulen mit den Unternehmen sind die baden-württembergischen Hochschulen bei der Einwerbung von Drittmitteln besonders erfolgreich. Die Drittmittel erweitern die Forschungsmöglichkeiten der Hochschulen und erhöhen die wissenschaftliche Kompetenz.

Wir werden

- » die Hochschulen bei der Einwerbung von Drittmitteln unterstützen und sie von bürokratischem Aufwand und Dokumentationspflichten im Zusammenhang mit der Einwerbung entlasten.

58. Nachsteuern bei Bachelor und Master

Baden-Württemberg hat im Bologna-Prozess die Studienabschlüsse auf Bachelor und Master umgestellt. Wir wollen die eingeführten Bachelor/Master-Studiengänge weiterentwickeln und die Grundlagenorientierung des grundständigen Studiums stärken. In diesen Veränderungen liegt auch erhebliches Verbesserungspotential der angestrebten nationalen und internationalen Mobilität.

Wir werden

- » die zu hohe Spezialisierung in den Bachelor-Studiengängen reduzieren,
- » die Hochschulen auch beim weiteren Aufbau ihrer Infrastruktur zur Distribution von Lernmaterialien fördern,
- » die Hochschulen bei innovativen Forschungsansätzen des Lernens und Lehrens durch die Förderung hochschulübergreifender Verbände unterstützen,
- » mehr dafür tun, dass Bachelor- und Masterstudiengänge im Ablauf an unseren Hochschulen flexibler gestaltet werden können und beispielsweise Auslandssemester leichter in das Studium zu integrieren sind. Hierzu ist auch über eine Anpassung der deutschen Semesterzeiten an internationale Semesterregelungen nachzudenken.

59. Verfasste Studierendenschaft weiterentwickeln

Die grün-rote Landesregierung hat im Sommer 2012 die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft beschlossen, die 1977 in Baden-Württemberg abgeschafft wurde. Wir wollen dieses Organ im Sinne der Stärkung der studentischen Mitspracherechte unter Einbeziehung der Studierenden weiterentwickeln.

Wir werden

- » eine klare Definition und Aufteilung der Aufgaben von Verfasster Studierendenschaft und Hochschule vornehmen,
- » die Finanzierungs- und Mitgliedschaftsverhältnisse neu ordnen sowie das Mandat auf hochschulpolitische Aspekte konzentrieren.

60. Digitalisierung und Hochschulen

Forschung und Hochschulen müssen an der Spitze der Digitalisierung stehen. Deshalb müssen die Hochschulen neue Strategien entwickeln, um die großen Potentiale für die Lehre, die Forschung und auch die Organisation zu heben. Wir wollen, dass unsere baden-württembergischen Hochschulen dabei europaweit eine Vorreiterrolle einnehmen.

Der Lernerfolg und die Abschlussqualität der Studierenden werden zunehmend durch digitale Angebote bestimmt. Deshalb sind E-Learning-Angebote und Bildungsportale in der Wissenschaft die zentrale Herausforderung und Chance zugleich für eine zukunftsfähige Hochschullehre.

Im Zuge der Digitalisierung ist die Frage der Langzeitnutzbarkeit und -archivierung der Daten von wesentlicher Bedeutung. Hier gilt es Konzepte, Verfahren und Standards für den Erhalt digitaler Kulturgüter und für die langfristige Nutzung dieser Wissensbestände zu entwickeln. Von besonderer Bedeutung wird auch die Gewährleistung eines hohen Standards in der IT-Sicherheit sein.

Die grün-rote Vorgabe, wissenschaftliche Literatur und wissenschaftliche Ergebnisse durch „Open Access“ für alle Nutzerinnen und Nutzer frei, ohne Kosten und Nutzungsbarrieren, zugänglich zu machen, halten wir für falsch, sie stellt in unseren Augen eine unzulässige Fremdbestimmung für die Forschenden dar. Wir wollen „Open Access“ wissenschaftsadäquat durch Anreizmechanismen weiterentwickeln, die Entscheidung, ob der „Open Access-Weg“ gegangen wird, wollen wir den Forschenden selbst überlassen.

Wir wollen uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das Urheberrecht einfacher, praktikabler, transparenter und konsistenter gestaltet wird. Bei dem Interessensausgleich zwischen Verlagen mit ihrer berechtigten Erwartung fairer Marktbedingungen und Nutzern mit ihrer Erwartung an eine grundsätzlich kostenlose Bereitstellung von digitalen Inhalten gilt es, die technologische Entwicklung und den Verbreitungsgrad der Digitalisierung zu befördern und nicht zu behindern.

61. Attraktive Karrieren an unseren Hochschulen

In allen Rankings und Vergleichsstudien sind die baden-württembergischen Hochschulen regelmäßig unter den Bestplatzierten. Das ist zuerst der Verdienst der Lehrenden und Forschenden. Wir wollen die Karriereperspektiven von jungen Nachwuchswissenschaftlern verbessern und dadurch auch die Attraktivität des Wissenschafts- und Forschungsstandortes Baden-Württemberg steigern.

Wir werden

- » die Anzahl unbefristeter Stellen im akademischen Mittelbau erhöhen,
- » die Laufbahn durch die Möglichkeit der Verbeamtung auf Lebenszeit nach einer befristeten Bewährungszeit stärken.

62. Familienfreundliche Hochschulen

Wir wollen bereits während der Hochschulausbildung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Dies soll insbesondere durch den Ausbau von Teilzeitstudiengängen und anderen Maßnahmen der flexiblen Studiengestaltung sowie durch bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote erfolgen. Die bewährten Programme, die dazu beitragen, speziell Wissenschaftlerinnen auf ihrem Karriereweg zu unterstützen, wollen wir zielgerichtet fortsetzen. Uns liegt sehr daran, den Weg von Frauen zur Professur so weit wie möglich zu

verbessern. Sensibilisieren und unterstützen wollen wir die Hochschulen beim Thema „Dual Career“ und beim Aufbau entsprechender Programme, die die Attraktivität für Spitzenwissenschaftlerinnen und Spitzenwissenschaftler steigern.

Die Handhabung von Lehrbeauftragungen wollen wir überprüfen. Dies gilt insbesondere an Musikhochschulen, hinsichtlich Vergütung, Deputatshöhe und Ausgewogenheit innerhalb des akademischen Lehrkörpers.

05

Wirtschaft

Kapitel 05

***Wirtschaft:
innovativ und digital***

Wirtschaft: *innovativ und digital*

63. Baden-Württemberg muss wieder spitze werden

Unser Land ist eine der europaweit führenden Wirtschaftsregionen. Das haben wir fleißigen Menschen und Unternehmern zu verdanken, die sich jeden Tag mit innovativen Ideen und Tatkraft den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs stellen. Der wirtschaftliche Erfolg des Landes ist Ergebnis der hochmodernen Industrie-, Technologie- und Dienstleistungsunternehmen, die oftmals Weltmarktführer sind.

In 58 Jahren CDU-geführter Regierung haben sich besonders Mittelstand und Handwerk als Fundament für Wachstum und Wohlstand im Land entwickelt und sind Motor für sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze. Eine wichtige Säule für die Finanzierung des Mittelstands ist unser leistungsfähiges Bankensystem mit öffentlichen, genossenschaftlichen und privaten Banken.

64. Ein eigenes Ministerium für die Wirtschaft

Die Zusammenlegung von Finanz- und Wirtschaftsministerium war ein Fehler. In einem wirtschaftsstarken Land wie dem unseren genügt es nicht, das Wirtschaftsressort als Anhängsel des Finanzministeriums zu führen.

Wir werden

- » wieder ein eigenständiges Wirtschaftsministerium schaffen, das sich voll und ganz den Herausforderungen unserer Wirtschaft und den technologischen Weiterentwicklungen widmen kann.

65. Soziale Marktwirtschaft: Garant für Wohlstand

Die Soziale Marktwirtschaft hat elementaren Anteil daran, dass die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs nach dem Zweiten Weltkrieg eine einzigartige Erfolgsgeschichte wurde. Mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft besteht eine anhaltend richtige und zukunftsfähige Grundlage, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können.

Wir wollen diesem Konzept wieder mehr Geltung verschaffen. Staatliche Rahmenbedingungen müssen ein vernünftiges Maß an sozialer Ausgewogenheit sicherstellen. Dies sichert das notwendige wirtschaftliche Wachstum und gleichzeitig den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

66. Bürokratie zurückdrängen

Einige politische Entscheidungen der vergangenen Jahre haben unserer Wirtschaft ein hohes Maß an zusätzlichem Aufwand und höherer Bürokratie beschert. Die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn sind unverhältnismäßig. Insbesondere die Subunternehmerhaftung ist bürokratisch und in der Praxis nicht durchführbar. Darüber hinaus ist unser Ziel, die Vorfälligkeit der

Sozialversicherungsabgabe abzuschaffen. Gerade das Handwerk und der Mittelstand sehen sich hinsichtlich dieser bürokratischen Hindernisse vor großen Herausforderungen. Daher wollen wir bei jedem Gesetzesvorhaben eine bürokratische Folgenabschätzung integrieren, die alle Betroffenen einbindet. Das Mittelstandsförderungsgesetz der CDU hat sich bewährt.

67. Qualifizierung durch Weiterbildung

Berufliche Weiterbildung liegt im Interesse von Arbeitnehmern und von Arbeitgebern. Dagegen stehen die politische Weiterbildung und die Qualifizierung zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeiten vor allem im Interesse der Gesellschaft. Die CDU hält es deshalb für falsch, die Arbeitgeber zu einer Freistellung unter Fortzahlung des Lohnes zu verpflichten.

Wir werden

- » das Bildungszeitgesetz so reformieren, dass eine Freistellung vorrangig für beruflich veranlasste Weiterbildungen möglich bleibt.

68. Lust auf Gründung: Start-up erleichtern

Forschen, tüfteln, neue Produkte und Dienstleistungen entwerfen – dafür braucht es Freiräume. Wer erfolgreich ein Unternehmen gründen will, darf sich nicht in einem bürokratischen Dschungel wiederfinden, sondern muss sich auf sein Vorhaben konzentrieren können. Baden-Württemberg muss junge Gründer aktiv unterstützen. Dazu gehört auch, das Gründungsklima und den Mut der jungen Menschen zu fördern, um ihr eigenes Unternehmen auf die Beine zu stellen. In Fragen der Besteuerung, vor allem bei der Umsatzbesteuerung, wollen wir prüfen, wie Unternehmen finanziell und administrativ entlastet werden können.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird ein besseres Klima für Gründerinnen und selbständige, freiberuflich tätige Frauen schaffen und ein Programm auflegen, das spezifisch Frauen zur Gründung von Unternehmen oder zur Freiberuflichkeit motiviert und sie in der Umsetzung dieses Vorhabens unterstützt. Hierzu zählen vor allem eine gute und spezifische Beratung, flächendeckend feste Anlaufstellen, ein Pool von Lotsen aus erfahrenen Selbständigen, die Vermittlung

professioneller und bezahlbarer Management-Unterstützung, Information zu öffentlichen Ausschreibungsverfahren, bezahlbare Unterstützung bei der Erlangung der dafür erforderlichen umfangreichen Nachweise und bezahlbare und professionelle Begleitung im komplizierten Verfahrensverlauf.

Außerdem bedarf es einer systematischen Information, welche Absicherung Selbständige in der Schwangerschaft erhalten und wie sich mögliche Schutzlücken schließen lassen.

Wir werden

- » ein Landeszentrum zur Start-up-Förderung schaffen,
- » mehr Venture-Capital für Unternehmensgründungen bereitstellen,
- » die Bereitstellung von kostenlosen WLAN-Hotspots in möglichst vielen Städten und Gemeinden sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln fördern.

69. Wirtschaft 4.0

Die Digitalisierung von Industrie, Handwerk und Mittelstand verändert unsere Arbeits- und Wirtschaftswelt grundlegend. Damit unsere Wirtschaft in den kommenden Jahrzehnten weltweit führend bleibt, brauchen wir eine umfassende Digitalisierungsstrategie. Zusammen mit EU-Kommissar Günther Oettinger und der EU wollen wir die Entwicklung digitaler Prozesse für unsere Wirtschaft voranbringen. Der Staat muss dabei die Infrastruktur bereitstellen, Standards setzen und Sicherheit garantieren.

Wir werden

- » Maßnahmen zur Fachkräftesicherung noch verstärken, insbesondere das Interesse an MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) schon in den Schulen fördern und hier eine gezielte Stipendienvergabe vorantreiben,
- » Erleichterungen für junge Unternehmensgründer durch weniger Bürokratie und erleichterte Finanzierungsoptionen schaffen,
- » Studierenden aus Nicht-EU-Ländern nach ihrem erfolgreichen Studienabschluss in Baden-Württemberg eine berufliche Perspektive im Land ermöglichen,
- » weitere Verbesserungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen,
- » für Menschen, die das Rentenalter erreicht haben, Möglichkeiten der freiwilligen Weiterbildung umsetzen,
- » das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung weiter stärken, denn junge Menschen haben deutlich bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt, wenn sie über eine duale Ausbildung verfügen,
- » betriebliche Weiterbildung unterstützen,
- » die Anstrengungen unserer Unternehmen im Bereich Wirtschaft 4.0 durch Digitalisierungsgutscheine für kleine und mittelständische Unternehmen unterstützen.

70. Vier Säulen der Digitalisierung

Die Digitalisierung ist eine gewaltige Chance, um unser Land weiterhin an der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Spitze Europas zu positionieren. Dazu wollen wir die Herausforderungen in vier Säulen angehen:

- » Exzellenz: Baden-Württemberg muss ein weltweites Alleinstellungsmerkmal in Schlüsselbereichen der digitalen Wirtschaft, wie vernetzte Mobilität, digitale Produktion, digitale Gesundheitswirtschaft und Smart Data entwickeln.
- » Ertüchtigung: Wir wollen die betroffenen Branchen – insbesondere mittelständische Unternehmen – dazu befähigen, die kommenden wirtschaftlichen Veränderungen frühzeitig zu erkennen und Antwortstrategien darauf zu entwickeln.
- » Teilhabe: Die Gesellschaft muss am digitalen Aufbruch teilhaben können. Jeder Bürger soll lernen können, mit den digitalen Möglichkeiten umzugehen. Dafür brauchen wir digitale Bildung und die flächendeckende Verfügbarkeit von Breitband.
- » Werte und Normen: Werte und Normen müssen auch online Bestand haben. Wir müssen die Folgen der digitalen Revolution auf Grundlage unseres Wertekanons abschätzen können und wollen dazu eine interdisziplinär ausgerichtete Denkfabrik, die die Herausforderungen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft erforscht, einrichten.

71. Breitbandpakt für schnelles Internet im ganzen Land

Schnelles Internet ist die Grundlage allen digitalen Handelns. Mit einem Breitbandpakt wollen wir die Verfügbarkeit im ganzen Land weiter ausbauen. Der Schwerpunkt soll dabei auf dem Glasfaserausbau liegen, aber genauso als Übergangslösung eine Förderung der Wirtschaftlichkeitslücken der Netzbetreiber ermöglichen. Für uns hat dies die Qualität einer Daseinsvorsorge. Zudem legen wir einen Schwerpunkt auf den flächendeckenden Mobilfunkausbau. Bahnstrecken und Autobahnen sollen prioritär lückenlos erschlossen werden. Weiter sollen Modellprojekte wie etwa die Einbringung von LTE-Sendern in Straßenlaternen besonders gefördert werden.

Wir werden

- » für einen Breitbandpakt 500 Millionen Euro zur Verfügung stellen,
- » die Verbesserung der Mobilfunkversorgung im Land fördern.

72. Innovationsoffensive starten

Um Innovationen und Firmengründungen auch in Zukunft sicherzustellen, wollen wir eine Innovationsoffensive für Baden-Württemberg starten. Keine Idee darf verloren gehen. Für jeden, der um Rat sucht, muss es eine zentrale Anlaufstelle geben, wo er Beratung findet. Das Neue entsteht nicht durch Schaffung weiterer Einzelmaßnahmen, sondern durch eine konsequente größtmögliche Integration vorhandener Ressourcen und Angebote.

Für Ideengeber, Erfinder und Gründer entsteht damit ein transparentes System, das entsprechende Unterstützung nicht für einzelne Phasen, sondern für alle Schritte des Umsetzungsweges und selbst für den Fall eines Misserfolgs bereithält. Das Scheitern einer Idee muss erlaubt sein, wenn wir auch in Zukunft wollen, dass junge Menschen ihre Ideen in eigenen Startups realisieren.

Impulsgeber und Wissenslieferant sind die Forschungseinrichtungen und Unternehmen im Land. Unsere Hochschulen und Unternehmen im Land sind in vielen Disziplinen und Branchen weltweit führend. Gleichzeitig sind Wissenschaft und Wirtschaft im Land – national und international betrachtet – in jedem Themenbereich vertreten und decken ein breites Spektrum auf international führendem Niveau ab. Entscheidend für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung des Landes ist die Forschung, insbesondere die auf Wachstumfelder ausgerichtete Grundlagenforschung und grundlagenorientierte Forschung mit Anwendungsperspektive, deren Ergebnisse von unseren Unternehmen zu hochmodernen Produkten und Prozessen weiterentwickelt werden. Hier kann

noch erhebliches Innovationspotential durch eine effizientere Verzahnung von industriellen Anforderungen und wissenschaftlicher Innovationskompetenz gehoben werden.

Die aktuellen Problemstellungen bei Produkt- und Verfahrensinnovationen erfordern eine interdisziplinäre Zusammenarbeit von mehreren Kompetenzfeldern. Die Kooperation in Clustern trägt dazu bei, dass die Unternehmen ihre Stellung auf den Weltmärkten durch frühzeitige Innovation sichern und weiter ausbauen können. Deshalb ist es uns ein Anliegen vorhandene Cluster mit ihren Initiativen zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit weiterer Cluster zu unterstützen. Ziel ist es, zukunftsweisende Innovationsfelder besser aufzugreifen und schneller umsetzen zu können.

Wir werden

- » eine „Innovationsoffensive Baden-Württemberg“ starten und prüfen, wie wir das Klima für Gründung und Innovation schnell verbessern können,
- » bestehende Strukturen konsequent zu einer Denkfabrik des Landes vernetzen und diese als Dach eines Trendforschungszentrums, für Innovations- und Transfermanager und ein Innovationsnetzwerk etablieren,
- » uns für einen Ausbau des zur Verfügung stehenden Wagniskapitals einsetzen. In Anlehnung an den in unserem Land sehr erfolgreichen Bausparvertrag wollen wir die Einführung eines Gründersparvertrages prüfen.

73. Nachhaltige Wirtschafts-, Technologie- und Forschungspolitik

Baden-Württemberg hat eine produktionsbetonte Wirtschaft, die auf einen kontinuierlichen Zustrom von Innovationen angewiesen ist. Natürliche Metall- und Energierohstoffe gibt es im Land nur wenige, sie müssen teuer eingekauft werden. Heimische mineralische Rohstoffe sind dezentral zu nutzen und langfristiger als bisher zu sichern. Baden-Württemberg ist das Land der Tüftler, der cleveren Ingenieure und der Denker. Die Innovationskraft und Innovationskultur der Menschen im Land steht deshalb im Mittelpunkt unseres Handelns.

Wissen, Bildung und soziale Kompetenzen sind ganz entscheidend für die Zukunft eines exportorientierten Landes. In einem Land der Innovation müssen Bildung und Forschung Hand in Hand gehen. Wissenschaft und Forschung sind der Motor für zukunftsfähige Arbeitsplätze. Hochausgebildete Menschen schaffen Innovation, Innovation schafft Märkte. Märkte schaffen soziale Netze, Einkommen und Wohlstand sowie Unternehmensgewinne. Das ermöglicht für die Menschen im Land Wohlstand, soziale Absicherung und den weiteren Ausbau der Aus- und Weiterbildung.

Wir werden

- » uns wieder weg von der Technikfeindlichkeit von Grün-Rot hin zu einem technikfreundlichen Land bewegen, in dem Chancen und Risiken ehrlich und transparent abgewogen werden,
- » die Forschung in Schlüsseltechnologien, die für die Technologieführerschaft unserer Unternehmen im Land ganz entscheidend sind, gezielt unterstützen,
- » gleichzeitig neue Wachstumsfelder in der Forschung angehen,
- » unseren Hochschulen beim Transfer ihrer wissenschaftlichen Ergebnisse in die Unternehmen helfen, indem wir aus den aus unserer Sicht zu klein konzipierten, einzeln agierenden Agenturen (Leichtbau, E-mobil, Umwelttechnik, BioPro, Clusteragentur und weitere) eine schlagkräftige Innovations- und Patentverwertungsagentur schmieden,
- » unsere Hochschulen mit einem Förderprogramm unterstützen, das die Lücke zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und kommerziell verwertbarem Produkt verkleinert und den Aufbau einer starken Erfinderkultur an den Hochschulen sichert,
- » für eine einheitliche Innovationsstrategie des Landes und eine Konzentration von Technologietransferressourcen werben, um die Innovationsprozesse zwischen Wissenschaft und Wirtschaft wieder effizienter zu gestalten,
- » in einem Innovationsrat wesentliche Akteure aus Wissenschaft, Unternehmen und Politik zusammenbringen,
- » die Baden-Württemberg Stiftung wieder als strategische Zukunftsstiftung ausrichten und nicht wie Grün-Rot zur Haushaltersatzfinanzierung missbrauchen,
- » das unter unserer Regierungsverantwortung etablierte, erfolgreiche Modell „Industrie auf dem Campus“ weiter stärken und vor allem kleine und mittlere Unternehmen besser einbeziehen.

74. Keine Trends verpassen

Darüber hinaus soll ein Trendforschungszentrum eingerichtet werden, das permanent und unabhängig weltweit nach Ideen, Produkten, Märkten, Trends und Innovationen sucht, die für Baden-Württemberg und seine Wirtschaft interessant sein könnten. Zukunftstechnologien und nachhaltige Zukunftsmärkte müssen frühzeitig erkannt und auf Umsetzbarkeit und Machbarkeit für das Land untersucht werden. Das Trendforschungszentrum berichtet der Politik und dem Innovationsrat von seinen Ergebnissen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Experten der Wirtschaft ist uns wichtig.

Innovations- und Transfermanager sollen als Anlaufstelle und Ansprechpartner für Erfinder

und Unternehmen mit neuen Ideen zur Verfügung stehen. Auch Unternehmen und Institutionen aus dem Ausland sollen dort einen Ansprechpartner finden, wenn sie in unserem Land nach Lösungen ihrer Herausforderung suchen.

Schließlich wollen wir ein Innovationsnetzwerk einrichten, das vom Land und von einem Trägerkreis aus der Wirtschaft getragen werden soll. Es soll ein geschützter Raum sein, in dem Erfinder oder potentielle Gründer ihre Innovation bis zur Marktreife entwickeln können und dann bei der Gründung unterstützt werden. Auch die Hochschulen sollen integriert werden.

06

Arbeit

Kapitel 06

***Gemeinsam
für gute Arbeit***

Gemeinsam für gute Arbeit

75. Partnerschaft für den Standort Baden-Württemberg

Baden-Württemberg hat immer eine Vorreiterrolle eingenommen, wenn die Arbeitswelt im Umbruch war. Aus Krisen ist der baden-württembergische Arbeitsmarkt jeweils gestärkt hervorgegangen. Viele Menschen sind in unser Land gekommen, um hier Arbeit und Heimat zu finden. Die Gewerkschaften, die Arbeitgeber und die CDU-geführten Regierungen in den vergangenen Jahrzehnten haben diese Entwicklung entscheidend geprägt. An diese Erfolgsgeschichte wollen wir anknüpfen.

Wir werden

- » für das Bewusstsein sorgen, dass sichere Arbeitsplätze von elementarer Bedeutung für das Leben der Menschen sind. Arbeit ist mehr als Broterwerb, Arbeit ist sinnstiftend,
- » dafür sorgen, dass die Arbeitsplätze der Zukunft bei uns in Baden-Württemberg entstehen,
- » uns dafür einsetzen, dass mehr Arbeitsplätze die besonderen Anforderungen älterer Arbeitnehmer erfüllen.

76. Für eine moderne Arbeitswelt

Wir stehen dafür, dass den Wünschen der Beschäftigten nach mehr Arbeitszeitsouveränität und den Flexibilitätsanforderungen der Arbeitgeber Rechnung getragen und vorhandene Hürden abgebaut werden. Wir befürworten passgenaue Arbeitszeitmodelle und Arbeitszeitregelungen, die den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Betriebe und ihrer Beschäftigten, insbesondere im Hinblick auf deren Gesundheitsschutz, entsprechen. Für die CDU haben deshalb Lösungen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene Vorrang vor gesetzlicher Regulierung. In diesem Sinne setzen wir uns für ein zeitgemäßes Arbeitszeitrecht ein.

Die Digitalisierung der Arbeitswelt eröffnet Chancen zur individuellen Gestaltung des eigenen Lebensentwurfs. Wir wollen diese Chancen nutzen, ohne die Risiken aus dem Blick zu verlieren. In diesem Sinne wollen wir die Digitalisierung verantwortlich gestalten. Auch im Zeitalter der Digitalisierung gilt: Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen.

Die Digitalisierung führt zu neuen Arbeitsstrukturen und neuen Organisationsformen.

Neue Möglichkeiten für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergeben sich vor allem daraus, dass es mehr Arbeit geben wird, die nicht mehr an einen festen Ort und feste Arbeitszeiten gebunden ist. Für Arbeitnehmer bieten sich große Chancen auf ein stärker selbstbestimmtes und lebensphasenorientiertes Arbeiten, in dem sich auch Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen.

Allerdings gilt es auch hier, die Risiken nicht aus dem Blick zu verlieren. Daraus ergibt sich ein neues, stärkeres Handlungsfeld für Betriebe und Sozialpartner und auch für die Politik. Sie haben die Aufgabe, gemeinsam die digitale Arbeitswelt so zu gestalten, dass Beschäftigte und Unternehmen gleichermaßen profitieren.

Die Digitalisierung wird viele Arbeitsprozesse und Tätigkeiten grundlegend verändern. Wir betrachten es als eine enorm wichtige Aufgabe, alle Beschäftigten darauf einzustellen und die Veränderungen zu steuern. Leider hat die grün-rote Landesregierung hier nichts vorangebracht und viel wertvolle Zeit vertan. Deshalb wird eine CDU-geführte neue Landesregierung zügig diese Frage untersuchen und in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ein Maßnahmenpaket erarbeiten.

77. Beteiligung der Mitarbeiter am Unternehmenserfolg

Digitale Geschäftsmodelle bergen, wenn sie am Markt ankommen, großes Gewinnpotential. Viele Unternehmensneugründungen beteiligen schon jetzt ihre Mitarbeiter an den Gewinnen, zu denen diese beigetragen haben. Es gehört zu den großen Stärken Baden-Württembergs, dass Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitnehmer gemeinsam

an einem Strang ziehen. Diese gemeinsame Verantwortung bedeutet auch, dass Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg teilhaben müssen. Für die CDU Baden-Württemberg sind Gewinn- und Kapitalbeteiligungen der Arbeitnehmer gelebte Sozialpartnerschaft.

78. Die Erfahrung der Älteren nutzen

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügen über wertvolle Erfahrung aus ihrem Arbeitsleben. Darauf wollen und können wir nicht verzichten. Unser Land kann es sich nicht leisten, diese leistungsfähigen Fachkräfte bereits frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt zu verabschieden. Wir setzen auf Weiterbildung und auf flexible Arbeitszeitmodellen für ältere Beschäftigte. Viele Senioren wollen über die Regelaltersgrenzen hinaus arbeiten. Deshalb sollen flexible Übergänge an die

Stelle von starren Altersgrenzen treten. Senioren sollten mitbestimmen dürfen, wann sie ihren Ruhestand beginnen wollen. Wir wollen Berufsbilder und Tätigkeitsprofile so entwickeln, dass auch Ältere ihre Kenntnisse und Fähigkeiten vor allem im Team weiter einsetzen können. Wir werden uns für die sogenannte Flexi-Rente einsetzen, damit ältere Arbeitnehmer über die Regelaltersgrenze hinaus aktiv im Beruf bleiben können.

07

Verwaltung

Kapitel 07

Bürgernahe Verwaltung

Bürgernahe Verwaltung

79. Moderne Instrumente für die Verwaltung von morgen

Unser Ziel ist ein bürgerfreundliches digitales Baden-Württemberg. Hierzu gehört, dass die Behörden in Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen. Die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen mit der Verwaltung einfach und sicher durch E-Government und M-Government-Angebote in Kontakt treten können, damit den Nutzern eine orts- und zeitunabhängige Erledigung ihrer Verwaltungsdienstleistungen ermöglicht werden kann. Gleichzeitig gilt es, die Ängste vieler Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die Sicherheit des

Datenverkehrs und der Datensicherheit allgemein ernst zu nehmen. Auf die zunehmenden Gefahren muss das Land durch hohe IT-Sicherheit- und Datenschutz-Standards reagieren und somit auch Vorbild für kommerzielle Internetdienste sein. Gleichzeitig müssen wir die Transparenz von Verwaltungshandeln erhöhen, indem möglichst viele Daten, die ohnehin vorliegen und keine schutzwürdigen Interessen tangieren, in offenen, maschinenlesbaren Formaten öffentlich zur Verfügung gestellt werden („Open Data“).

80. Gute Verwaltung braucht gutes Personal

Der gesellschaftliche, technologische und demografische Wandel, die Flüchtlingsbewegungen und die Europäisierung stellen die Verwaltung insgesamt vor große Herausforderungen. Staatliche Aufgaben sollen weiterhin effizient, bürgerfreundlich und mit hoher Qualität erfüllt werden. Die öffentliche Verwaltung ist ein Standortfaktor im internationalen Wettbewerb. Je moderner unsere Verwaltung, desto leistungsfähiger kann sie auf gesellschaftliche Veränderung reagieren und sie aktiv mitgestalten. Die Aufgaben

der Zukunft sind ohne gut ausgebildete und qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht zu bewältigen. Bei der Nachwuchsgewinnung steht das Land in einem Wettbewerb mit privaten Arbeitgebern um die besten Köpfe und Hände. Es muss im Wettbewerb zur Wirtschaft attraktiv bleiben und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen und fördern. Nur so wird das aus Artikel 33 Grundgesetz folgende Gebot der Bestenauslese auch künftig in der Praxis umgesetzt sein.

81. Faire Partnerschaft mit Beamten und Angestellten

Das Land trägt als Arbeitgeber große Verantwortung für seine Beamten, Richter und Tarifbeschäftigten. Wir stehen sowohl zur Tarifautonomie als auch zum Berufsbeamtentum. Beamte, Richter und Tarifbeschäftigte leisten in Baden-Württemberg herausragende Arbeit und sorgen mit ihrem Engagement und Können dafür, dass das Land im Spitzenbereich bleibt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst verdienen zu Recht Wertschätzung und Anerkennung für ihre Arbeit. Wir wollen nach der Landtagswahl an die gute Zusammenarbeit mit Beamtenbund und DGB unter Ministerpräsidenten wie Günther Oettinger anknüpfen. Unser Ziel ist eine Vereinbarung für die gesamte Legislaturperiode, die Rahmenbedingungen und Vertrauen schafft. Dabei muss die Gewinnung von jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein zentrales Anliegen sein.

Wir wollen, dass die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, ihr Können und ihre Erfahrungen über das Personalvertretungsrecht einbringen. Die Einbindung der Beamten, Richter und Tarifbeschäftigten ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Verwaltungshandeln und eine effiziente Organisation der Rechtspflege. Das Landespersonalvertretungsrecht werden wir im Hinblick auf die Kostenbelastung der öffentlichen Körperschaften überprüfen.

Wir werden

- » die abgesenkte Eingangsbesoldung für neu eingestellte Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter rückgängig machen,
- » prüfen, ob die baden-württembergischen Sonderregelungen der Beihilfe für ab 2013 neu eingestellte Beamtinnen und Beamten sowie deren Ehegatten beseitigt werden können,
- » die Beschäftigten des Landes an der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere bei der Anpassung von Vergütung, Besoldung und Versorgung teilhaben lassen. Tarifabschlüsse müssen inhaltlich und zeitgleich übernommen werden,
- » Baden-Württemberg zu einem Musterland für gute Arbeit machen. Das Land soll dabei eine Vorreiterrolle übernehmen und auf sachgrundlose Befristungen verzichten.

08

Mobilität

Kapitel 08

Mobilität der Zukunft

Mobilität der Zukunft

82. Wir wollen Mobilität fördern

Mobilität hat Baden-Württemberg stark gemacht. Mobilität schafft Zukunft. Mobilität ist Freiheit. Mobil zu sein ist ein Grundbedürfnis aller Menschen. Dies gilt für Schüler und Studenten, Berufstätige und Rentner, für Menschen in Großstädten ebenso wie im ländlichen Raum. Für die CDU als Volkspartei gilt, dass Mobilität für alle Menschen möglich und bezahlbar sein muss. Eine gute Verkehrspolitik muss deshalb Mobilität fördern anstatt sie einzuschränken. Sie muss die Bedürfnisse der Menschen und der Wirtschaft aufnehmen und mit ganzer Kraft unterstützen, anstatt sie ideologischen Zielen unterzuordnen und einzelne Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen.

Die CDU steht für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes. Dazu gehören leistungsfähige Verkehrswege und attraktive

flächendeckende Angebote im öffentlichen Verkehr. Die Erreichbarkeit im ländlichen Raum muss gesichert bleiben. Wo die Menschen wohnen, arbeiten und ihre Freizeit verbringen, bestimmt die Mobilitätsbedürfnisse langfristig und grundlegend. Wir müssen deshalb die Wechselwirkungen zwischen Siedlungsstruktur und Verkehrsinfrastruktur stärker berücksichtigen und zu einer abgestimmten Verkehrs-, Struktur- und Raumplanung gelangen.

Der motorisierte Individualverkehr, der öffentliche Verkehr mit Bussen und Bahnen, der Luftverkehr sowie der Wirtschaftsverkehr auf Straße, Schiene und Wasserstraße sind das Rückgrat der Mobilität im Flächenland Baden-Württemberg. Die einzelnen Verkehrsträger müssen optimal verknüpft werden, damit jeder seine Stärken voll ausspielen kann.

83. Innovatives Automobilland

Mit seinen zahlreichen innovationsstarken Betrieben ist Baden-Württemberg ein zentraler Wirtschaftsstandort im Herzen Europas. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Betriebe brauchen ein leistungsfähiges Verkehrsnetz. Davon hängen Mobilität, Zukunftschancen und Arbeitsplätze ab. Die CDU bekennt sich klar zum Automobilland Baden-Württemberg und seiner Erfolgsgeschichte. Wir wollen neue Mobilitätsformen fördern und die Belastungen für Mensch und Umwelt verringern. Wir verengen den Blick dabei nicht auf eine Technologie. Wir vertrauen auf die Innovationskraft der Industrie und auf die technologische Entwicklung. Baden-Württemberg muss in der Forschung an den Hochschulen,

in den Entwicklungslaboren der Unternehmen und auf den Verkehrswegen in der Erprobung im Echtbetrieb an der Spitze stehen. Wir wollen hierfür optimale Rahmenbedingungen schaffen.

Baden-Württemberg muss bei der Entwicklung der Mobilität der Zukunft an der Spitze stehen. Dafür braucht es einen Ort, an dem Personen und Institutionen zusammenkommen und neue Ideen entstehen. Wir wollen einen solchen Ort für Baden-Württemberg schaffen, an dem Automobilindustrie, Verkehrs- und Logistikbranche, Wissenschaft und Politik ihre Kompetenzen bündeln, Synergien nutzen und unsere Zukunft gestalten können.

84. Grün-Rot: Stillstand und verschenktes Geld

Die grün-rote Verkehrspolitik wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Beim Bau von Autobahnen und Bundesstraßen wurden allein 2013 über 100 Millionen Euro verschenkt. Im Landes- und kommunalen Straßenbau herrschte zwischen 2011 und 2014 absoluter Stillstand. Die Grünen wollten das Zukunftsprojekt Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nach Ulm verhindern. Sie hätten damit die einmalige Chance einer engen Verknüpfung der Regionen Stuttgart und Ulm

sowie die Anbindung des Flughafens Stuttgart an den Fernverkehr vergeben. Nur zähneknirschend haben sie das Votum der Volksabstimmung hingenommen und die Umsetzung begleitet. Baden-Württemberg braucht einen Paradigmenwechsel in der Verkehrspolitik. Die CDU steht für eine Politik, die sich nicht in Verboten erschöpft, sondern attraktive Alternativen aufzeigt. Für uns ist klar: Infrastruktur bedeutet Zukunft und Wachstum.

85. Straßen bleiben die wichtigsten Verkehrswege

Verkehrswege sind die Lebensadern unseres Landes. Dies gilt insbesondere für die Straßen. Über 80 Prozent des Individual- und des Güterverkehrs werden über die Straße abgewickelt. Mehr als die Hälfte der Menschen pendeln zur Arbeit und die meisten davon sind auf das Auto angewiesen. Auch der ÖPNV mit Bussen findet auf der Straße statt. Die Tendenz beim Individualverkehr ist weiter leicht steigend und der Güterverkehr auf der Straße nimmt weiter stark zu. Wir werden die Verkehrsträger Schiene und Wasserstraßen insbesondere dort stärken, wo Verkehrsanteile wirksam verlagert werden können. Dennoch braucht Baden-Württemberg auch in Zukunft ein leistungsfähiges Straßennetz. Vorhandene Engpässe müssen konsequent und möglichst schnell beseitigt werden. Der Bau von Ortsumfahrungen trägt zum Schutz der Menschen vor Verkehrsbelastungen bei.

Wir wollen den Verkehrsfluss durch eine intelligente Verkehrslenkung verbessern, anstatt ihn durch starre Verbote zu behindern. Ein generelles Tempolimit auf Autobahnen und Tempo 30 auf Durchgangsstraßen lehnen wir ab, sofern sie nicht punktuell aus Gründen der Verkehrssicherheit oder des Lärmschutzes notwendig sind.

Baden-Württemberg braucht deswegen auch einen gezielten Ausbau und Neubau von Straßen, um den steigenden Anforderungen an unsere Infrastruktur und den Mobilitätsbedürfnissen in Zukunft gerecht zu werden. Wer den Straßenverkehr verteufelt, wer sich auf die Erhaltung fokussiert und, wie es die grün-rote Koalition vereinbart hat, neue Straßen nur „in begründeten Einzelfällen“ bauen will, handelt an den Bedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft in Baden-Württemberg vorbei.

86. Infrastruktur dauerhaft erhalten

Wir werden die Investitionen für die Erhaltung der Infrastruktur dauerhaft stärken, um die Funktionsfähigkeit der Netze zu sichern und die Substanz zu erhalten. Die Erhaltung der Straßen, Brücken und Tunnel muss mit einer langfristigen Strategie erfolgen. Gerade die Sanierung von Brücken und Tunneln erfordert aufgrund der hohen Komplexität einen hohen Planungsaufwand mit relativ großem zeitlichem Vorlauf. Wir wollen nicht massenweise Baustellen produzieren, die den Verkehr zusätzlich behindern. Wir wollen zusammenhängende Streckenzüge modernisieren, auf denen es dann längere Zeit keine Baustellen mehr gibt. Der

Mitteinsatz muss entsprechend des Bedarfes erfolgen. Daher stehen wir auch der Realisierung von Maßnahmen durch Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) offen gegenüber. Wir können uns keine Denkverbote beim Straßenbau erlauben.

Wir werden

- » Straßen dort ausbauen oder neu bauen, wo es die steigenden Anforderungen an unsere Infrastruktur erfordern,
- » in die Erhaltung der Infrastruktur bedarfsgerecht und dauerhaft investieren.

87. Mehr Geld für Autobahnen und Bundesstraßen

Die Bundesfernstraßen sind das Herzstück unserer überregionalen Infrastruktur. Sie werden vom Bund finanziert und von den Ländern verwaltet. Die CDU-geführte Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht: Sie hat die Investitionen für die Infrastruktur massiv verstärkt und wird sie durch die Ausdehnung der Lkw-Maut auf das gesamte Bundesfernstraßennetz noch weiter erhöhen. Zu den hohen Erhaltungsinvestitionen von mehr als 350 Millionen Euro pro Jahr stehen ab 2016 für Baden-Württemberg wieder deutlich mehr als 200 Millionen Euro mit steigender Tendenz für den Aus- und Neubau zur Verfügung. Zählt man die sogenannten nichtinvestiven Mittel für Unterhaltung, Betrieb und anderes hinzu, investiert der Bund annähernd eine Milliarde Euro – mehr als jemals zuvor. Dieses Geld muss vom Land vollständig abgerufen und mit dem besten Nutzen für den Straßenbau eingesetzt werden.

Das grün-geführte Verkehrsministerium hat ganz bewusst Geld in der Erhaltung gebunden und dadurch die Mittel für den Ausbau knapp gehalten. Verstärkt wurde diese verfehlte Politik durch eine Kürzung der Planungsmittel. Alle Maßnahmen, die in nächster Zeit realisiert werden, wurden unter CDU-geführten Regierungen geplant. Keine einzige von Grün-Rot! Planungen müssen entlang des Bedarfs im Land und der Mittelausstattung vorgenommen werden, um baureife Projekte zu

erreichen. Nicht zuletzt sind eine verlässliche Finanzierung über mehrere Jahre hinweg und ausreichend Personal in einer leistungsfähigen Straßenbauverwaltung notwendig.

Wir wollen wieder zu einer guten Zusammenarbeit mit dem Bund zurückkehren, denn nur gemeinsam können wir die Verkehrsinfrastruktur in unserem Land verbessern. Gegenwärtig wird der neue Bundesverkehrswegeplan erstellt. Nur Maßnahmen, die dort aufgenommen sind, haben überhaupt eine Chance auf Realisierung in den nächsten zehn bis 15 Jahren. Sie müssen möglichst in die höchsten Dringlichkeitsstufen eingestuft werden.

Wir werden

- » uns in Berlin und Brüssel mit Nachdruck für die Interessen des Landes einsetzen, damit möglichst viele Mittel nach Baden-Württemberg fließen,
- » bei Planung und Bau konstruktiv mit dem Bund zusammenarbeiten, um die Maßnahmen möglichst schnell voranzubringen,
- » die Straßenbauverwaltung personell und sachlich so ausstatten, um die notwendigen Planungen und die Realisierung auch umsetzen zu können.

88. Eine Milliarde Euro für die Landesstraßen

Die grün-rote Landesregierung hat im Koalitionsvertrag festgelegt, neue Straßen nur in Einzelfällen zu bauen. Die Mittel für den Aus- und Neubau wurden drastisch gekürzt. Dies hatte zur Folge, dass im Landesstraßenbau seit dem Regierungswechsel im Mai 2011 bis Ende 2014 keine einzige neue Maßnahme begonnen wurde und der Landesstraßenbau zum Erliegen kam. Um dem Bedarf gerecht zu werden, wollen wir die Mittel insgesamt erhöhen. Eine Milliarde Euro für den Straßenbau – dies ist unser Ziel für die kommenden fünf Jahre. Wir wollen jährlich für Erhalt und Sanierung mindestens 100 Millionen Euro, für den Aus- und Neubau 60 Millionen und für die Brückensanierung 40 Millionen einsetzen. Um verlässlich planen und bauen zu können, wollen wir die Finanzierung unabhängig von einzelnen Haushaltsjahren gestalten und ein

Gesamtpaket über fünf Jahre schnüren. Damit schaffen wir eine verlässliche Planungs- und Finanzierungsgrundlage.

Wir werden

- » eine Milliarde Euro in den kommenden fünf Jahren für den Landesstraßenbau einsetzen, davon jährlich mindestens 100 Millionen Euro in Erhalt und Sanierung, 60 Millionen Euro in Aus- und Neubau und 40 Millionen Euro in ein eigenes Brückensanierungsprogramm investieren,
- » die Abhängigkeit von einzelnen Haushaltsjahren beenden und eine über mehrere Jahre verlässliche Planungs- und Finanzierungsgrundlage schaffen.

89. Leistungsfähige kommunale Straßen

In den Städten und Ballungsräumen muss die Infrastruktur mit dem steigenden Verkehrsaufkommen Schritt halten. Finanzschwache Kommunen und kleinere Gemeinden im ländlichen Raum sind auf Zuschüsse angewiesen, um Projekte überhaupt umsetzen zu können.

Das Land erhält vom Bund bis 2019 jährlich 165 Millionen Euro zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden. Sie werden nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz des Landes (LGVFG) für den kommunalen Straßenbau und den ÖPNV samt Rad- und Fußverkehr eingesetzt. Grün-Rot hat auch hier aus ideologischen Gründen die Mittel für den kommunalen Straßenbau gekürzt und unter anderem in die Förderung des Rad- und Fußverkehrs umgeleitet.

Wir wollen diese Mittel auch über das Jahr 2019 sichern und entsprechend dem verkehrlichen Bedarf einsetzen. Wir begrüßen daher die Fortführung des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes auch nach 2019 und treten beim Bund aktiv für eine Fortführung der Förderung nach dem Entflechtungsgesetz ein. Der Stillstand beim kommunalen Straßenbau muss aufgelöst werden.

Bei der Förderung der kommunalen Verkehrsprojekte wollen wir uns auf die großen und wichtigen Maßnahmen konzentrieren, die die Kommunen aus eigener Kraft nicht finanzieren können. Dem Straßenbau muss auf Landesebene bei der Mittelverteilung der Anteil zukommen, der den reellen Bedarf widerspiegelt. Wir treten daher für eine Neuregelung ein, die die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen im Blick behält. Deshalb wollen wir den Fördersatz über das bisherige Niveau von 50 Prozent hinaus erhöhen sowie die Festbetragsförderung überprüfen, um das Risiko von Kostensteigerungen angemessen zu verteilen.

Wir werden

- » zu einer verlässlichen Partnerschaft mit den Kommunen zurückkehren,
- » den kommunalen Straßenbau stärken,
- » bei einer Neuregelung der Förderung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen im Blick behalten, um verkehrlich sinnvolle Straßenbauprojekte realisieren zu können,
- » die Festbetragsförderung mit dem Ziel einer angemessenen Risikoverteilung zwischen Kommunen und Land überprüfen.

90. Vernetzte Mobilität und intelligente Verkehre

Mobilität bedeutet auch Fortschritt und Anpassung an neue technische Entwicklungen. Die Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechniken müssen erforscht und genutzt werden. Für jeden Weg das passende Verkehrsmittel, flexibel einsetzbar, leicht zu erreichen. Wir unterstützen den Ausbau der vernetzten Mobilität und den

Einsatz moderner Telematik sowohl auf der Straße als auch im Öffentlichen Personennahverkehr. Dazu gehören beispielsweise intelligente Verkehrsbeeinflussungsanlagen auf der Autobahn anstelle von generellen Tempolimits oder die Vernetzung des Autoverkehrs mit Park & Ride-Anlagen und Lkw-Parkplätzen an Autobahnen durch Apps.

91. Autonomes Fahren „made in Baden-Württemberg“

Baden-Württemberg ist das Geburtsland des Automobils. Wir wollen diese Erfolgsgeschichte fortschreiben. Heute stehen wir vor einem weiteren Quantensprung: Die Digitalisierung wird das Automobil und die Mobilität von Menschen und Gütern grundlegend verändern. In Zukunft wird das automatisierte und autonome Fahren mitsamt Car-to-X-Kommunikation immer wichtiger werden. Auch in diesem Bereich muss Baden-Württemberg an der Spitze des Fortschritts stehen. Dazu benötigen wir optimale Rahmenbedingungen für Forschung und

Entwicklung und eine leistungsfähige, flächendeckende digitale Infrastruktur. Auch die Auswirkungen auf Verkehrssysteme und Verkehrsinfrastruktur sowie rechtliche und gesellschaftliche Fragen müssen bedacht werden. Für Baden-Württemberg als einem der weltweit bedeutendsten Standorte für die Forschung im Automobilsektor ist es von überragender Bedeutung, dass Teststrecken für autonomes Fahren sowohl auf Autobahnen als auch im nachgeordneten Straßennetz etabliert werden.

92. Elektromobilität und alternative Antriebsformen

Wir unterstützen das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straße zu bringen. Dazu benötigen wir eine leistungsfähige Ladeinfrastruktur in der Fläche. Der Cluster Elektromobilität muss im nationalen und internationalen Wettbewerb weiterentwickelt und ausgebaut werden. Daneben muss weiter an alternativen Antriebsformen gearbeitet werden. Auch CO₂-neutraler Kraftstoff, Wasserstoff, Autogas (LPG) und Erdgas oder synthetische Kraftstoffe können sinnvolle Bausteine für die Mobilität der Zukunft sein. Hybrid- und Brennstoffzellenfahrzeuge können ebenfalls einen Beitrag zur ressourcenschonenden und umweltgerechten Mobilität leisten.

Wir werden

- » die vernetzte Mobilität und intelligente Verkehrslenkung fördern und ausbauen,
- » einen engen Schulterschluss mit der Industrie und Wissenschaft suchen, um die Elektromobilität und alternative Antriebsformen sowie das autonome Fahren weiter zu erforschen und voranzubringen.

93. Mobil mit Bus und Bahn

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit Straßenbahnen, Stadtbahnen und Bussen und der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) mit Regionalzügen und S-Bahnen ist wesentliches Element einer umweltfreundlichen und ressourcenschonenden Mobilität. Um eine attraktive Alternative zum Individualverkehr zu sein, erwarten die Menschen Verlässlichkeit und Pünktlichkeit, gut vertaktete Verbindungen und moderne Fahrzeuge.

Der ÖPNV wird aus verschiedenen Töpfen des Bundes, des Landes sowie Fahrgasteinnahmen und sonstigen Markterlösen der jeweiligen Betreiber finanziert. Von besonderer Bedeutung ist die Förderung nach dem Landesgemeinerverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG), mit dem kommunale Verkehrsprojekte unterstützt werden. Grün-Rot hat die Fördermodalitäten nach dem LGVFG so verändert, dass nicht nur der kommunale Straßenbau, sondern auch der ÖPNV Schaden genommen hat: Die Fördertatbestände wurden massiv ausgeweitet und die Fördermodalitäten verschlechtert. Dadurch werden der Investitions- und Modernisierungstau noch verstärkt und das Gefälle zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen wird größer. Größere Ausbauprojekte stehen vor dem Aus.

Das Land unterstützt den Schüler- und Ausbildungsverkehr mit insgesamt rund 400 Millionen Euro im Jahr. Davon entfällt die Hälfte auf die sogenannten Ausgleichszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Diese Ausgleichszahlungen müssen angesichts des demografischen Wandels und den Umbrüchen in der Schullandschaft reformiert werden. Die grün-rote Landesregierung plante einen radikalen Systemwechsel über die Köpfe der Beteiligten hinweg, der die Struktur der mittelständischen Busunternehmen und das ÖPNV-Angebot in der Fläche gefährdet hätte. Dieses Vorhaben ist auf ganzer Linie gescheitert.

Wir werden

- » den öffentlichen Verkehr mit Bussen und Bahnen stärken und weiter ausbauen,
- » die Weiterentwicklung von verbund- und landkreisübergreifenden Lösungen unterstützen, um Mobilitätsangebote aus einer Hand zu fördern,
- » das langfristige Ziel eines einheitlichen landesweiten Verkehrsverbundes verfolgen. Darüber hinaus sind auch Kooperationen mit anderen Ländern oder mit anderen Staaten insbesondere für Schüler und Studenten aus den Grenzgebieten erstrebenswert,
- » ein landesweites Angebot zu günstigen Konditionen für Schüler, Studenten und Auszubildende vorantreiben,
- » flexible Formen des ÖPNV wie beispielsweise Bürgerbusse und Sammel- und Ruftaxis unterstützen und entsprechend den Gegebenheiten vor Ort ausbauen,
- » bei einer Neuregelung der Förderung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen im Blick behalten, um verkehrlich sinnvolle ÖPNV-Projekte realisieren zu können,
- » die Festbetragsförderung mit dem Ziel einer angemessenen Risikoverteilung zwischen Kommunen und Land überprüfen,
- » eine Reform der ÖPNV-Finanzierung im Schulterschluss mit allen Beteiligten erarbeiten, die auf den bewährten mittelständischen Strukturen des Busgewerbes in Baden-Württemberg aufbaut,
- » ein Modell entwerfen, das auf die Eigenverantwortung der Unternehmer setzt und so beste Angebote für die Fahrgäste und kostengünstige Lösungen für das Land erreicht.

94. Moderne Busse und Bahnen fördern

Die CDU-geführten Landesregierungen haben die Anschaffung moderner, umweltfreundlicher Busse durch die Verkehrsunternehmen konsequent gefördert. Baden-Württemberg hat deshalb heute die modernste Busflotte in Deutschland. Diese erfolgreiche Förderpolitik hat Grün-Rot durch eine zeitweise Absenkung des Fördervolumens, niedrigere Fördersätze und teilweise von der Industrie nicht zeitnah umsetzbare technische Vorgaben konterkariert. In den Jahren 2012 bis 2014 sank die Busförderung von 35 Millionen Euro in der Spitze auf dann nur noch fünf Millionen Euro ab. Daneben besteht in den kommenden Jahren ein immenser Investitionsbedarf bei den kommunalen Straßen- und Stadtbahnen. Viele Fahrzeuge sind dort am Ende

ihrer Lebensdauer angekommen und müssen ersetzt werden. Aus eigener Kraft können die Verkehrsbetriebe und Kommunen diese Ausgaben nicht stemmen.

Wir werden

- » die Anschaffung neuer Busse angemessen fördern, denn moderne Fahrzeuge machen den öffentlichen Verkehr noch attraktiver und tragen zum Umwelt- und Klimaschutz bei,
- » bei den Straßen- und Stadtbahnen die Fahrzeugförderung wieder aufnehmen, wobei wir darauf angewiesen sind, dass der Bund Mittel hierfür zur Verfügung stellt.

95. Verlässlicher Schienenverkehr

2016 läuft der Vertrag des Landes mit der Deutschen Bahn aus, die einen Großteil des Regionalverkehrs im Land betreibt. Aber anstatt neue Anbieter auszuwählen und attraktivere Angebote zu erreichen, hat Grün-Rot wertvolle Zeit vertan. Deshalb ist das hohe Niveau des regionalen Zugverkehrs in unserem Land in Gefahr. Um die Erfolgsgeschichte fortzuschreiben, hätte die Landesregierung schon längst weitreichende Entscheidungen treffen müssen.

Wir werden

- » das Verkehrsangebot weiter entsprechend der Nachfrage und im Interesse eines flächendeckenden Angebots ausbauen,
- » dazu zügig die weiteren Ausschreibungen vornehmen, um im Wettbewerb beste Leistungen zu besten Preisen zu erzielen,
- » die Attraktivität durch moderne Fahrzeuge mit barrierefreien Zugängen, Klimatisierung, aktuellen Fahrgastinformationen und kostenfreiem WLAN-Zugang weiter steigern.

96. Wir stehen zu Stuttgart 21

Durch seine zentrale Lage und seine Exportstärke ist das Land auf schnelle und leistungsfähige Verkehrswege angewiesen. Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm mit der Anbindung des Flughafens und der Messe, sind verkehrspolitisch von herausragender Bedeutung. Das Projekt sichert die Einbindung Baden-Württembergs

in das europäische Schienennetz der Zukunft. Grün-Rot hat den Fortschritt des Projekts jahrelang behindert anstatt gefördert. Die CDU hat sich dagegen von Beginn an für dieses Zukunftsprojekt eingesetzt und wird es auch weiterhin tatkräftig unterstützen.

97. Moderne Bahnstrecken im ganzen Land

Mit dem viergleisigen Ausbau der Rheintalstrecke Karlsruhe-Basel werden die notwendigen Kapazitäten geschaffen, um nach Fertigstellung des Gotthard- und Lötschberg-Basis-Tunnels in der Schweiz mehr Güter zwischen Italien und seinen nördlichen Wirtschaftspartnern auf die Schiene zu verlagern. Bereits unter der CDU-geführten Landesregierung wurde die Rheintalbahn geschaffen, in dem Bund, Land, Deutsche Bahn AG, die Region und die Bürgerinitiativen gemeinsam und erfolgreich für alle Seiten akzeptable Lösungen erarbeitet haben. Und auch in diesem Jahr wurde auf unsere Initiative hin vom Parlament einstimmig beschlossen, dass das Land sich bis zu 50 Prozent an Mehrkosten für den Schutz von Mensch und Natur beteiligt. Zur Entlastung der Rheintalstrecke und um eine ausreichende Anbindung aller Landesteile zu gewährleisten, braucht Baden-Württemberg moderne Schienenwege im ganzen Land.

Wir werden

- » das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm tatkräftig unterstützen, um eine möglichst schnelle Fertigstellung zu erreichen,
- » uns weiterhin für einen umwelt- und menschengerechten Ausbau der Rheintalbahn einsetzen und bis zu 50 Prozent der Mehrkosten für den Schutz von Mensch und Natur durch das Land übernehmen,
- » die Gäubahn (Stuttgart-Singen) und die Südbahn (Ulm-Friedrichshafen-Lindau) als Zulaufstrecken zur Alpentransversale weiter ausbauen und fordern, dass auf der Gäubahn bzw. der Strecke Zürich-Nürnberg spätestens ab der Inbetriebnahme von Stuttgart 21 Neigetechnikzüge im Fernverkehr eingesetzt werden, wie im ‚Fahrplan 2020‘ vorgesehen. Damit wollen wir die Fahrtzeiten verkürzen und bessere Anschlüsse an die neue Schnellbahnstrecke Nürnberg-Berlin ermöglichen,
- » uns in enger Abstimmung mit dem Bund dafür einsetzen, Südbahn und Hoahrheinbahn (Basel-Singen) zu elektrifizieren,
- » uns für die ICE-Neubaustrecke Frankfurt-Mannheim unter vollwertiger Einbindung des Mannheimer Hauptbahnhofes einsetzen, denn sie ist der Lückenschluss zwischen der Neubaustrecke Köln-Frankfurt und der Neubaustrecke Mannheim-Stuttgart. Insbesondere mit Blick auf den Güterverkehr wollen wir dabei für einen angemessenen Lärmschutz sorgen,
- » uns konsequent bei der Europäischen Union für weitere Fördergelder stark machen, um international bedeutsame Schienenprojekte schneller zu verwirklichen.

98. Logistik von morgen

Die Stärke unseres Landes beruht auch auf dem freien Austausch von Gütern. Auch der Wirtschaftsverkehr ist auf eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur und moderne Logistik angewiesen. Wir wollen den Gütertransport effizienter und umweltfreundlicher machen und dazu den kombinierten Verkehr auf Straße, Schiene und Wasserstraße stärken. Gerade die Binnenschifffahrt ist bei Massengütern effizient, menschen- und umweltfreundlich. Der Einsatz von Lang-Lkw kann zu einem effizienteren Gütertransport und zur Entlastung von Infrastruktur und Umwelt beitragen.

Wir werden

- » den kombinierten Verkehr stärken, damit Güter möglichst effizient und umweltschonend transportiert werden können,
- » uns dafür einsetzen, dass Lang-Lkw nach einer erfolgreichen Erprobung im Regelbetrieb zugelassen werden,
- » uns beim Bund für die Verlängerung der Neckarschleusen für 135 Meter lange Schiffe auf dem gesamten Bereich zwischen Mannheim und Plochingen einsetzen, um mehr Güter auf die Wasserstraße zu bringen,
- » uns für starke Logistikunternehmen einsetzen, die im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen können.

99. Flughäfen im ganzen Land fördern

Zu einer funktionierenden Infrastruktur im Land gehört auch der Luftverkehr. Dieser findet nicht nur am Flughafen Stuttgart im Land statt, sondern auch an Verkehrslandeplätzen und Regionalflughäfen, die besonders für die regionale Wirtschaft wichtig sind. Der Erhalt der Regionalflughäfen und Verkehrslandeplätze ist eine öffentliche Aufgabe.

Wir werden

- » die Investitionszuschüsse für Regionalflughäfen und Verkehrslandeplätze durch das Land wieder aufnehmen, um Infrastruktur und Sicherheit zu verbessern,
- » darauf hinarbeiten, die Flughäfen und Verkehrslandeplätze auf der Straße und mit öffentlichen Verkehrsmitteln besser erreichbar zu machen,
- » uns für eine gerechte Verteilung des Fluglärms des Flughafens Zürich einsetzen und dabei Seite an Seite mit den betroffenen Regionen stehen. Dabei ist für uns die „Stuttgarter Erklärung“ maßgebend.

100. Belastung durch den Flughafen Zürich begrenzen

Durch die Hauptausrichtung des Flughafens Zürich nach Norden werden insbesondere die Landkreise Waldshut, Schwarzwald-Baar und Konstanz durch Fluglärm landender und startender Flugzeuge beeinträchtigt. Wir wollen die Fluglärmbelastung in Südbaden begrenzen.

101. Attraktiver Radverkehr in Alltag und Freizeit

Das Rad ist ein wichtiges Verkehrsmittel für kürzere Wege im Alltag und in der Freizeit. Auch als Tourismusland ist Baden-Württemberg für Radfahrer attraktiv. Pedelecs und E-Bikes eröffnen ganz neue Nutzungsmöglichkeiten. Die Förderung des Radverkehrs geht auf Initiativen der CDU-geführten Landesregierung zurück. Das gilt besonders für den bereits im Jahr 2006 eingerichteten „Runden Tisch Radverkehr Baden-Württemberg“.

Wir werden

- » uns weiterhin für eine attraktive Radverkehrsinfrastruktur einsetzen und den Radverkehr angemessen fördern,
- » uns am Bedarf der Menschen im Land orientieren und kein Verkehrsmittel gegenüber anderen bevorzugen oder benachteiligen,
- » die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer verbessern, wobei die Radsicherheit gerade angesichts der vermehrten Nutzung von Elektrofahrrädern und E-Bikes besonders wichtig ist,
- » uns für den Moped-Führerschein (Führerscheinklasse AM, bis 45 km/h) bereits mit 15 Jahren einsetzen, weil es gerade im ländlichen Raum nicht immer gelingt, ein für Auszubildende passendes ÖPNV-Angebot zu schaffen und die individuelle Mobilität mit dem Fahrrad nicht ausreicht.

102. Mensch und Umwelt schützen

Die Verbesserung der Luftqualität in Städten und Gemeinden ist nach wie vor von großer Bedeutung, gerade auch mit Blick auf die Umsetzung der Klimaschutzziele. Die CO₂-Minderung bei den Verkehrsemissionen ist dabei ein wesentlicher Baustein. Auch der Lärm bleibt ein wichtiges Umweltproblem unserer Gesellschaft. Wir wollen eine flächendeckende Begrenzung der Lärmbelastung auf ein verträgliches Maß erreichen.

Wir werden

- » den technischen Fortschritt zur Emissionssenkung im Personen- und Güterverkehr fördern und die Automobilindustrie zu verstärkten Anstrengungen auffordern,
- » die Aktions- und Luftreinhaltepläne im Land stetig fortschreiben und die Kommunen bei der Umsetzung der Lärmaktionspläne unterstützen,
- » weiter an der Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs mit Bussen und Bahnen und einer wirksamen Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraße arbeiten,
- » Tempolimits in der Regel auf Wohngebiete beschränken, denn sie dienen in erster Linie der Erhöhung der Verkehrssicherheit und können nur punktuell zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz beitragen. Generelle Tempolimits auf Autobahnen lehnen wir ab,
- » die Umweltzonen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen,
- » generelle Fahrverbote weiterhin ablehnen, denn sie sind unsozial und treffen all jene, die täglich auf dem Weg zur Arbeit auf das Automobil angewiesen sind.

09

Gesundheit

Kapitel 09

Gesund leben

Gesund leben

103. Ärztliche Versorgung sicherstellen

Wir wollen ein flächendeckendes Angebot hausärztlicher Leistungen sicherstellen. Ob in den Ballungsräumen oder im ländlichen Raum – die Menschen in unserem Land haben Anspruch auf eine gute, qualitativ hochwertige und verlässliche medizinische Versorgung.

Insbesondere im ländlichen Raum zeichnen sich sowohl im hausärztlichen als auch im fachärztlichen Bereich Nachfolgeengpässe ab. Darüber hinaus macht die demografisch bedingte Zunahme von Patientinnen und Patienten mit chronischen und mehrfachen Erkrankungen ein besseres Miteinander der Gesundheits- und Pflegeberufe erforderlich. Damit auch künftig eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Gesundheitsversorgung möglich ist, sind Lösungen notwendig, die sich an den regionalen Anforderungen ausrichten.

Wir wollen auch neue Berufsbilder einbeziehen. Diese können im Zusammenspiel mit der Neuabgrenzung von ärztlichen und nichtärztlichen Tätigkeiten dazu beitragen, mögliche Versorgungslücken zu schließen.

Das von uns initiierte Landärzteprogramm muss zu einem Gesamtpaket zur Stärkung der medizinischen Versorgung insbesondere im ländlichen Raum ausgebaut werden. Kernstück dieser Weiterentwicklung soll ein Landärzte-Stipendium werden, das die Hausarztstätigkeit für junge Mediziner interessanter macht.

Wir werden

- » auf eine passgenaue Bedarfsplanung zur Ärzteversorgung drängen,
- » ausreichend Studienplätze für Medizin zur Verfügung stellen und die Allgemeinmedizin im Studium stärker gewichten,
- » ein Landärzte-Stipendium auf den Weg bringen, das junge Mediziner fördert, die sich verpflichten, für fünf Jahre als Hausarzt im ländlichen Raum tätig zu sein,
- » durch „kommunale Gesundheitskonferenzen“ mit allen Akteuren im Gesundheitswesen, insbesondere gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung, die ambulante Vor-Ort-Versorgung stärken,
- » bei Gesundheits- und Pflegeberufen maßvoll akademische Abschlüsse ermöglichen, wie beispielsweise den Studiengang Arztassistent („Physician Assistant“).

104. Krankenhausfinanzierung zukunftsfähig machen

Eine qualitativ hochwertige Krankenhausversorgung in erreichbarer Nähe ist zu Recht die Erwartung der Bürgerinnen und Bürger. Wir stehen zu einer stetigen Weiterentwicklung der Krankenhäuser im Land und wollen dabei regional ausgewogene Strukturen erhalten.

Wir bekennen uns zur dualen Finanzierung. Eines der Hauptziele war dabei immer, durch den Verzicht auf entbehrliche Kapazitäten und unwirtschaftliche Strukturen, die notwendigen Freiräume für medizinische Innovationen zu schaffen und damit die Versorgungsqualität weiter zu verbessern.

Das derzeitige Fördervolumen in Baden-Württemberg bleibt hinter den Versprechungen von Grün-Rot zurück. Die Finanznot der Krankenhäuser kann jedoch nur beseitigt werden, wenn das Land seiner Verpflichtung zur Investitionsförderung besser nachkommt. Wir setzen uns dafür ein, dass das hohe Versorgungsniveau in Baden-Württemberg erhalten bleibt und die finanzielle Sicherheit der Kliniken gewährleistet ist. Zugleich werden wir aber auch notwendige Reformen anstoßen und konstruktiv begleiten.

Wir werden

- » die Krankenhausstrukturen auf Landesebene weiterentwickeln,
- » das benötigte medizinische Versorgungsangebot, insbesondere in ländlichen Regionen, sicherstellen,
- » entsprechend der Grundlage der dualen Finanzierung auf eine angemessene Betriebskostenfinanzierung durch den Bund achten und eine verlässliche Investitionsförderung durch das Land sicherstellen,
- » uns für eine Weiterentwicklung des Vergütungssystems zur flächendeckenden Sicherstellung der Krankenhausversorgung einsetzen,
- » die ambulanten und stationären Leistungen sowie sektorenübergreifende Versorgungskonzepte fortlaufend optimieren,
- » Qualität zu einem eigenständigen Planungs- und Vergütungskriterium machen,
- » den Selbstverwaltungspartnern mehr Kompetenz zuerkennen, um im Rahmen des Versorgungsauftrages das Leistungsspektrum eines Krankenhauses festlegen zu können.

105. Gesund bleiben – Prävention fördern

Eine ausgewogene Ernährung und ausreichend Bewegung – schon im Kindesalter – sind für ein langes und gesundes Leben unverzichtbar. Dieser positive Ansatz kann neben den Eltern auch von Kindergärten, Schulen oder Vereinen unterstützt werden. Durch eine gezielte Zusammenarbeit auf allen Ebenen kann so der Grundstein für ein gesundes Leben gelegt werden.

Eigenverantwortliches Handeln soll dabei sinnvoll ergänzt werden. Von Seiten der Arbeitgeber sowie durch Angebote der Kommunen und der zuständigen Sozialleistungsträger können notwendige Rahmenbedingungen geschaffen und auf die bereits vorhandenen Angebote aus den unterschiedlichsten Bereichen aufmerksam gemacht werden.

Wir werden

- » Maßnahmen und Programme für eine gesunde Lebensweise – beginnend bei den Kleinsten bis hin zu den Senioren – unterstützen,
- » für ausreichende und qualifizierte Beratungsangebote vor Ort sorgen,
- » ein Landesprogramm „Gesunde Gemeinde in Baden-Württemberg“ einrichten,
- » für eine Stärkung der betrieblichen Gesundheitsförderung, insbesondere auch in kleinen und mittleren Unternehmen, werben.

106. Wieder fit durch Reha

Zeitnahe Maßnahmen der Rehabilitation sind nach einer schweren Erkrankung unverzichtbar. Sie tragen dazu bei, die Auswirkungen von Krankheit zu überwinden und wieder voll ins berufliche und gesellschaftliche Umfeld zurückzukehren. Zugleich dient die Reha dazu, bei schon vorhandenen Erkrankungen eine Verstärkung der Symptome zu vermeiden bzw. hinauszuzögern.

Wir werden

- » die Notwendigkeit eines breitgefächerten Angebots an Rehabilitationsleistungen und eine auskömmliche Finanzierung der Einrichtungen im Auge behalten,
- » nahtlose Übergänge durch eine enge Vernetzung der Akteure sicherstellen und so einen zeitnahen Beginn der Rehabilitation ermöglichen.

107. Hochwertige und bezahlbare Pflege für alle

Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und nachhaltig bezahlbaren Pflege ist unser Ziel. Der Landtag hat auf Initiative der CDU die Enquetekommission „Pflege in Baden-Württemberg zukunftsorientiert und generationengerecht gestalten“ eingesetzt.

Durch die sich weiter verändernden Familienstrukturen werden die Anforderungen an die ambulante Pflege nicht nur qualitativ, sondern auch quantitativ zunehmen. Deshalb brauchen wir neben den reinen Pflegeleistungen auch das nachbarschaftliche und das ehrenamtliche Engagement, um die Vereinsamung von älteren, nicht mehr mobilen Menschen zu verhindern. Hierfür sind die vielen kirchlichen und sozialen Einrichtungen im Land von unschätzbare Bedeutung. Ergänzend brauchen wir vielfältige maßgeschneiderte örtliche Lösungen wie Quartierskonzepte, generationenübergreifende Wohnformen sowie Betreuungs- und Dienstleistungsangebote. Besonderes Augenmerk wollen wir auf Angebote für Menschen mit Demenzerkrankungen legen.

Die Menschen sollen so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben in ihrer gewohnten Umgebung führen können. Dies ist nur möglich, wenn die Angebote eng miteinander vernetzt sind und fließende Übergänge zwischen den verschiedenen Versorgungsformen zulassen.

Wir werden

- » für notwendige Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Betroffenen und ihre Angehörigen in Wohnortnähe sorgen und das Konzept der Pflegestützpunkte weiterentwickeln,
- » der familiären und ehrenamtlichen Unterstützung eine angemessene Wertschätzung und Unterstützung entgegenbringen,
- » eine entsprechende Honorierung für die Arbeit der Pflegekräfte einfordern und die Attraktivität des Pflegeberufs steigern,
- » die örtliche Vernetzung ambulanter, stationärer und ehrenamtlicher Strukturen begleiten.

108. Würdevolles Sterben ermöglichen

Uns ist es wichtig, dass die Menschen sich gut versorgt wissen und ihnen so die Angst vor dem letzten Weg genommen wird. Um dies zu erreichen, müssen Angebote der Palliativversorgung und der Schmerzlinderung für alle zugänglich sein und in Hospizen sowie Palliativstationen ausreichend Plätze zur Verfügung stehen. Ein Sterben ohne Schmerzen muss ermöglicht werden.

Ebenso müssen die ambulanten Hospizdienste zur Unterstützung der Patienten und Angehörigen, auch im Ehrenamt, sowie die ambulante Palliativversorgung entsprechend gefördert werden.

109. Innovationen der Telemedizin nutzen

Telemedizin ermöglicht, auch bei räumlicher Trennung von Arzt und Patient, Diagnostik sowie medizinische Notfalldienste anzubieten. Die Telemedizin kann so, gerade auch im ländlichen Raum, dazu beitragen, die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu verbessern und zu erleichtern. Deshalb wollen wir die Telemedizin zügig ausbauen, um alle Möglichkeiten für eine optimale Versorgung der Menschen in Baden-Württemberg nutzen zu können. Wir werden uns dabei auch dafür einsetzen, dass Leistungen der Telemedizin in der gesetzlichen Krankenversicherung besser anerkannt werden.

In der medizinischen Forschung wird den Unterschieden der Geschlechter bisher zu wenig Stellenwert eingeräumt. Viele Krankheitsverläufe sind jedoch bei Frauen anders als bei Männern. Deshalb wird eine CDU-geführte neue Landesregierung im Sozialministerium ein Fachgremium Frauengesundheit einrichten. Dieses Fachgremium soll für die geschlechterspezifische Gesundheitsberichterstattung Sorge tragen, die Behandlung geschlechterspezifischer Themen in den kommunalen Gesundheitskonferenzen anstoßen und zielgerichtete Präventionsangebote initiieren.

10

Energie

Kapitel 10

Die Energiewende schaffen

Die Energiewende schaffen

110. Klares Bekenntnis zur Energiewende

Wir sagen Ja zur Energiewende. Sie ist in Deutschland und Baden-Württemberg breiter gesellschaftlicher Konsens. Ein ausbalanciertes Miteinander konventioneller und erneuerbarer Energieträger ist für uns der Schlüssel zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung in

Baden-Württemberg. Wir werden dabei die Interessen der Endverbraucher genauso im Auge haben, wie die berechtigten Anliegen unserer Wirtschaft: Handwerk, Mittelstand und Industrie brauchen eine langfristig ausgerichtete Energiepolitik.

111. Sicher, sauber und bezahlbar

Wir wollen neben den Klimaschutzzielen auch die Strompreisentwicklung und die Versorgungssicherheit nicht außer Acht lassen. Strom muss bezahlbar bleiben – besonders im Industrieland Baden-Württemberg. Deshalb darf die Energiewende nicht zu Wettbewerbsnachteilen unserer Industrie im internationalen Umfeld

führen. Grün-Rot hingegen hat sich bei allen bundesratsrelevanten Entscheidungen zum EEG immer nur einseitig zu Gunsten eines Ausbaus der erneuerbaren Energien positioniert und damit mit dafür gesorgt, dass in Deutschland nun die zweithöchsten Strompreise in ganz Europa bezahlt werden müssen.

112. Europäische Lösungen für niedrige Strompreise

Durch die Europäisierung der Strommärkte können Effizienzverbesserungen und somit Kostensenkungen erreicht werden. Wir werden uns deshalb sowohl auf Bundesebene, als auch in Europa für eine solche Fortentwicklung einsetzen. Je größer der geographische Bezugsraum im Handel des Strommarktes, desto geringer ist der Bedarf an nationalen Sonderlösungen. Der europäische Ansatz muss weiter

gestärkt werden, auch im Hinblick auf die Europäisierung der Strommärkte. Deshalb lehnen wir die grün-roten Pläne eines fokussierten Kapazitätsmarktes ab, der eine Aufspaltung des deutschen Strommarktes in zwei Marktzone zur Folge hätte. Denn in einem solchen Szenario müsste Baden-Württemberg deutlich mehr für seinen Strom bezahlen.

113. Energiepolitik gestalten

Im Bereich der Strom- und Energieversorger hat Grün-Rot das Potential des Landes nicht genutzt. Weder konnte das Land durch den Rückkauf von EnBW als Eigentümer neue energiewirtschaftliche Impulse setzen, noch konnten neue Konzepte für die Zukunft der zahlreichen Stadtwerke im Land entwickelt werden. Bei entscheidenden Themen der Energiewende, wie der Einführung

von Smart-Grids und Smart-Metering in den Verteilnetzen zur intelligenten Laststeuerung, wurde viel Zeit verschlafen. Die Landesregierung hat es hier versäumt, mit den vorhandenen starken Partnern im Land Pilotprojekte zur Umsetzung zu starten. Dies wollen wir ändern. Wir wollen Energiepolitik nicht nur verwalten, sondern endlich wieder gestalten.

114. Smarte Lösungen

Wir wollen die Technologieführerschaft bei der Implementierung von Smart-Grid und Smart-Metering bei Verteilnetzen in Deutschland und Europa erreichen. Gerade wir in Baden-Württemberg mit der EnBW, starken Stadtwerken, weltweit beachteten Software- und IT-Firmen sowie exzellentem Ingenieurs-Know-how sind

prädestiniert für solche Projekte. Dabei muss es möglich sein, rechtliche Restriktionen zeitlich auszublenzen, um neue Wege zu gehen. Ein besonderer Schwerpunkt wird es sein, wie sich Strom, Wärme und Elektromobilität besser lokal und regional vernetzen lassen, um ein energieeffizientes Gesamtsystem zu schaffen.

115. Auf die Speicher kommt es an

Zum Gelingen der Energiewende sind neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Netze kostengünstige und effiziente Speichermöglichkeiten von Strom notwendig. Für die Weiterentwicklung der Speichertechnik hat der Bund ein breites Forschungsprogramm aufgesetzt. Herausragende Forschungsstandorte in Deutschland sind das Helmholtz-Institut für

Elektrochemische Energiespeicherung in Ulm, das Labor für Batterietechnologie „eLab“ des Zentrums für Solar- und Wasserstoffforschung in Ulm und Stuttgart, das KIT in Karlsruhe und die Uni Stuttgart. Wir wollen das Potential dieser herausragenden Forschungsstandorte für die Förderung der Speicherproduktion in Baden-Württemberg stärker nutzen.

116. Strategische Partnerschaft mit den Kommunen

Grün-Rot hat die finanzielle Unterstützung für die Energie-Agenturen der Landkreise ersatzlos auslaufen lassen und somit einen der maßgeblichen Ansprechpartner vor Ort, sowohl für die Wirtschaft, als auch für die Bürger, im

Stich gelassen. Wir wollen die Landkreise und deren Energieagenturen als unsere strategischen Partner bei der Energieberatung von Bürgern, Unternehmen, dem Mittelstand und den Kommunen wieder stärken.

117. Windkraft – viel gewollt und nichts erreicht

Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren allzu einseitig auf die Windenergie gesetzt. Die Novelle des Landesplanungsgesetzes und der neue Windkrafterlass durch Grün-Rot haben für planungsrechtliches Chaos gesorgt, das es dringend zu beseitigen gilt. Die Hauptverantwortung für die Planung der Windkraftstandorte sollte wieder auf die Regionalverbände übertragen werden, ohne den Einfluss der Kommunen zu stark zu beschneiden. Vor diesem Hintergrund ist die Planungssystematik auf eine dreistufige Flächenkategorisierung umzustellen (Vorrang- und Ausschlussgebiete sowie Gebiete ohne regionalplanerische

Vorgaben). Auch die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen vier Ministerien führte immer wieder zu Stillstand. Obwohl die viel zu hoch angesetzten Ziele von 1.200 neuen Windrädern im Land bis 2020 von Anfang an unrealistisch waren, hat die Landesregierung von goldgräberähnlichen Zuständen gesprochen. Der Bau moderner Großwindkraftanlagen greift vielerorts massiv in die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes ein. Schon deswegen ist mit nachvollziehbarem örtlichem Widerstand bei zahlreichen Projekten zu rechnen. Die Landesregierung hat kein Konzept, diese Probleme zu lösen.

118. Grün-Rot hat in Sachen Klimaschutz nicht geliefert

Grün-Rot hat die ursprünglich von der CDU angestrebten Klimaschutzziele des Landes zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes für 2020 von 30 Prozent auf 25 Prozent reduziert. Damit liegen die Ziele der Landesregierung unter den Zielen

der Bundesregierung und weit hinter den Zielen von Grünen und SPD im Bund. Die Grünen haben somit ihre Glaubwürdigkeit als Klimaschutzpartei verloren.

119. Bürokratie zurückfahren

Das E-Wärme-Gesetz wurde unter Grün-Rot aufgebläht und in ein Bürokratiemonster verwandelt, da nun auch alle gewerblichen Gebäude in die Pflicht der überhöhten Einsparvorgaben genommen werden. Dies hat zur Folge, dass für die Wirtschaft im Land alleine für Beratungskosten ein Mehraufwand von zwei Milliarden Euro entsteht. Gleichzeitig hat die Landesregierung mit der Imagekampagne „50-80-90“ über zwei Millionen Euro an Steuergeldern verschwendet. Der Nutzen der Kampagne tendiert gegen Null. Unter anderem wurden Postkarten mit dem Slogan „Gemeinsam weniger erreichen“ gedruckt und kostenlos verschenkt. Kein Wunder, dass der Bund der Steuerzahler diese Kampagne in sein Schwarzbuch aufgenommen hat.

Wir werden

- » ein Kompetenzzentrum einrichten, in dem die Anstrengungen der Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen des Landes gebündelt werden. Dabei gilt es, das Zusammenspiel der Systemkomponenten Strom, Wärme und Mobilität mit der Informations- und Kommunikationstechnik zu einem sinnvollen Ganzen zu verbinden,
- » die Energiewende im Verkehr voranbringen. Gerade in Baden-Württemberg hängen Wohlstand und Arbeitsplätze davon ab. Bei der Entwicklung der Elektromobilität wollen wir ebenso wie bei den konventionellen Antrieben an der Spitze stehen,
- » uns dafür einsetzen, dass die Abstandsflächen von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung wieder durch Landesgesetz festgelegt werden können und auf diesem Weg einen Mindestabstand von 1.000 Metern einführen,
- » den konsequenten Netzausbau fördern. Wichtig dabei ist, die Ängste der Bevölkerung ernst zu nehmen und durch frühzeitige Aufklärung und Beteiligungsmöglichkeiten die Akzeptanz zu steigern,
- » die wirkungslose und umstrittene Imagekampagne „50-80-90“ streichen,
- » die verunglückte Novelle für das E-Wärme-Gesetz aussetzen. Die Fortentwicklung des Gesetzes wird an einem runden Tisch mit den betroffenen Verbänden ideologiefrei besprochen,
- » die steuerliche Abzugsfähigkeit im Bereich der Gebäudesanierung – anders als Grün-Rot, das im Bundesrat dagegen gestimmt hat – wieder zum Thema machen und dabei mithelfen, diese Energiesparpotentiale zu heben.

11

Umwelt

Kapitel 11

***Verantwortung
für unsere Umwelt***

Verantwortung für unsere Umwelt

120. Schöpfung bewahren

Politik für eine lebenswerte und gesunde Umwelt ist uns Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung, heute wie für künftige Generationen. Dies ist eine zentrale Aufgabe der Politik, der sich die Union seit ihrer Gründung unter dem Stichwort „Bewahrung der Schöpfung“

verschrieben hat. Wir setzen uns für eine ehrgeizige und verantwortungsvolle Umweltpolitik ein – vom Klimaschutz und der Wasserwirtschaft bis hin zur Luftreinhaltung und dem Schutz vor übermäßiger Lärmbelastung.

121. Umweltschutz im Miteinander

Im Mittelpunkt stehen dabei Schutz und Vorsorge für Mensch und Natur. Das wollen wir aber nicht wie Grün-Rot durch immer neue Vorschriften und Eingriffe, etwa in das Eigentum, sondern im Miteinander von Politik und Menschen gestalten.

Wir haben Vertrauen in die Menschen und Unternehmen in Baden-Württemberg und ihre Fähigkeiten. Deswegen gilt für uns in der Umweltpolitik: Freiwilligkeit vor Zwang.

122. Dem Klimawandel begegnen

Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen. Es bedarf hier zwingend einer international abgestimmten Vorgehensweise. Die wesentlichen klimapolitischen und energiepolitischen Rahmenbedingungen werden immer stärker auf europäischer und nationaler Ebene festgelegt. Baden-Württemberg kann aber vor allem durch eigene Förderprogramme, durch Kooperationen mit Kommunen,

Bürgern, Verbänden und der Wirtschaft, durch Beratungs- und Informationsangebote, durch Bildungsprojekte und durch eine gezielte Forschungsförderung seinen Beitrag leisten. Wir stehen deswegen zum Klimaschutzgesetz des Landes. Die vielfältigen, am Landtag vorbei beschlossenen Maßnahmen zu seiner konkreten Umsetzung im Energie- und Klimaschutzkonzept bedürfen aber der Überprüfung.

123. Unser Wasser schützen

Der Schutz des Grundwassers ist uns ein wichtiges Anliegen; dies ohne Überregulierung und mehr im Miteinander mit den Betroffenen. Wir sind dagegen, dass Gebäudeeigentümer im Land ohne jede Prüfung, ob dies tatsächlich nötig ist, gezwungen werden können, auf eigene Kosten ihre Abwasserleitungen überprüfen zu lassen. Die CDU spricht sich klar und eindeutig dafür aus, Fracking unter Einsatz von umweltschädlichen Stoffen auszuschließen. Wir stehen für ein generelles Frackingverbot insbesondere für die Trinkwasserversorgung von Millionen Bürgerinnen und Bürgern zentral wichtigen trinationalen Bodenseeraum. Sauberes Trinkwasser und die Gesundheit der Menschen haben für uns absoluten Vorrang.

Wirksamer Schutz vor Hochwasser muss in den kommenden Jahren noch stärker voran gebracht werden. Daher dürfen nicht die Einnahmen aus der Kühlung von Kern- und Kohlekraftwerken den Umfang der möglichen Maßnahmen zum Hochwasser- und Gewässerschutz bestimmen.

Wir werden

- » die im Wassergesetz verankerten Einschränkungen durch Gewässerrandstreifen sowie die Ermächtigung zur anlasslosen Prüfung privater Grundstücksentwässerungsleitungen auf den Prüfstand stellen,
- » Fracking in Baden-Württemberg nicht zulassen,
- » den Hochwasserschutz im Land voranbringen.

124. Keine Überregulierung

Wichtig sind uns transparente Verwaltungsvorfahren, gerade auch im Umweltbereich. Unserer Umwelt ist aber nicht dadurch gedient, dass die Menschen und Unternehmen im Land, ohne dass dies wirklich notwendig wäre, mit immer neuen bürokratischen Lasten und Einschränkungen belegt werden. Abschaffen wollen wir deswegen die im Nutzen zweifelhaften eigenständigen Zusatzregelungen im Umweltverwaltungsgesetz.

Dieses muss auf die übliche Simultangesetzgebung zum Bundesrecht zurückgeführt werden, nicht zuletzt aus Gründen der Rechtseinheitlichkeit und -klarheit. Auch beim EU-Recht stehen wir für die strikte 1:1 Umsetzung. Immer neue gebührenfinanzierte Stellen zum Vollzug von zusätzlichen Landesvorgaben, etwa in der Überwachung, halten wir für den falschen Weg.

125. Wertstoffe recyceln

Eine hochwertige und effiziente Kreislaufwirtschaft ist wichtig für Bürger und Unternehmen im Land. Neben der notwendigen Stärke der kommunalen Seite soll weiter auch gerade die mittelständische

Entsorgungswirtschaft eine faire Chance haben, zum Ziel stabiler Gebühren und hoher Verwertungsquoten beizutragen. Eine weitgehende Rückverstaatlichung halten wir für den falschen Weg.

126. Verantwortungsvolle Endlagersuche

Wir stehen zu unserer Verantwortung für den Ausstieg aus der Kernenergie und zur bundesweiten ergebnisoffenen Suche nach einem Endlager. Dabei gilt es aber die berechtigten Interessen auch unserer betroffenen Standorte und Unternehmen aktiv im Bund und gegenüber anderen Bundesländern wahrzunehmen. Alle

bisherigen Untersuchungen lassen nur den Schluss zu, dass es in Baden-Württemberg keine geeigneten Gesteinsschichten für ein solches Endlager gibt. Vorausseilende Blankozusagen gerade auch bei Rücknahme von Castor-Behältern und in weiteren Fragen der Zwischenlagerung wird es mit uns nicht geben.

12

***Ländliche
Räume***

Kapitel 12

Starke

ländliche Räume

Starke ländliche Räume

127. Stadt und Land – Hand in Hand

Die Stärke Baden-Württembergs liegt im harmonischen Zusammenspiel von Stadt und Land. Weltmarktführer und Familienbetriebe, pulsierende Städte und herrliche Kulturlandschaften, anerkannte Sternegastronomie und zünftige Dorfgasthöfe: Baden-Württemberg ist Vielfalt für alle Sinne.

Deshalb setzen wir als CDU in unserer Politik darauf, Stadt und Land nicht gegeneinander auszuspielen, sondern die jeweiligen Stärken weiterzuentwickeln. Die grün-rote Landesregierung hat durch ihre Politik bewiesen, dass sie die Stärken und Herausforderungen der Regionen, vor allem im ländlichen Raum, nicht erkennt und deshalb keine gezielte Strategie für die anstehenden Aufgaben entwickelt hat. Als CDU stehen wir dafür, Herausforderungen zu erkennen, Chancen mutig zu ergreifen und damit die Lebensqualität im ganzen Land zu gewährleisten.

Der ländliche Raum ist das Rückgrat Baden-Württembergs. Hier ist der Raum für eine hohe Lebensqualität, für Wohlstand und Arbeit, für regionale und überregionale Märkte, für Landwirtschaft und Gewerbe, für lebendige Städte und Dörfer, für schöne Kulturlandschaften, für besonders ausgeprägtes ehrenamtliches Engagement sowie für ein besonders beeindruckendes gesellschaftliches Miteinander. Hier ist der Raum, um sich daheim zu fühlen. Deshalb setzt sich die CDU besonders dafür ein, um Raum zu schaffen für Ideen und Aktivitäten der Menschen.

Um das Leben und Arbeiten im ländlichen Raum auch für die Zukunft attraktiv zu erhalten, muss die Politik gezielt Themen wie Infrastruktur, Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeit und Landwirtschaft angehen und Antworten finden, die sich nicht an einer Ideologie, sondern entlang der tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen ausrichtet.

128. Mobilität bedeutet individuelle Freiheit

Die Attraktivität ländlicher Städte und Gemeinden steht und fällt mit der Anbindung an Straße und Schiene. Wenn das Gefühl entsteht, dass die Bevölkerung im ländlichen Raum sprichwörtlich „abgehängt“ wird, steht die Zukunft des ländlichen Raumes auf keinem guten Fundament.

Neben der Straße spielt für uns auch die Schiene eine entscheidende Rolle. Um den ländlichen Raum an die Ballungszentren anbinden zu können, setzen wir beispielsweise auf stündliche Sprinter in die Ballungsräume für Pendlerinnen und Pendler.

129. Gut vernetzt – CDU schafft die „weißen Flecken“ ab

Für uns steht auch die digitale Infrastruktur im Mittelpunkt. Jetzt geht es darum, auch die vielen „weißen Flecken“ im Land zu beseitigen und dem rasant wachsenden Bedarf nach höheren Geschwindigkeiten Rechnung zu tragen. Die Breitbandversorgung ist ein fundamentaler Baustein kommunaler Infrastruktur. Eine nachhaltige Lösung dieser Aufgabe ist finanziell und organisatorisch oft nur durch eine interkommunale Zusammenarbeit möglich. Wir unterstützen deshalb die Gründung von interkommunalen Verbänden, in denen die Gemeinden ihre Kräfte bündeln und für Synergien sorgen können. Das Hauptziel solcher Zusammenschlüsse ist der Ausbau von Hoch- und Höchstgeschwindigkeitsnetzen im ländlichen Raum.

In einem ersten Schritt wollen wir unter Ausnutzung verschiedener Technologien bis

2017 jeden Haushalt in Baden-Württemberg mit einer Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s versorgen. Mittelfristig wollen wir alle Haushalte mit Glasfaseranschlüssen anbinden. Dies hat zur Folge, dass die Kleinteiligkeit im Prozess des Breitbandausbaus überwunden, die Fixkosten verteilt und schließlich größere Netze an den Markt gebracht werden können. Darüber hinaus besteht die Chance der Refinanzierung über Pachtentgelte, was die Spielräume für die kommunalen Haushalte erhöht.

Wir werden

- » Kooperationen und Verbände zum Breitbandausbau auf kommunaler Ebene aktiv begleiten,
- » in einem Breitbandpakt 500 Millionen zur Verfügung stellen, damit ab 2017 alle Baden-Württemberger über schnelles Internet verfügen.

130. Gesundheitsversorgung darf keine Standortfrage sein

Unsere Bevölkerung wird immer älter. Dadurch entstehen vor allem Herausforderungen im ländlichen Raum. Die Grundversorgung im Medizin- und Pflegebereich wird in den nächsten zehn Jahren speziell im ländlichen Raum elementar sein.

Dabei ist fast jeder vierte Arzt älter als 60 Jahre, besonders im ländlichen Raum. Der Hausärzteverband spricht davon, dass in den kommenden Jahren fast 500 Praxen unbesetzt bleiben. Hierbei wollen wir verhindern, dass die Menschen im ländlichen Raum wegen der Gesundheitsversorgung umziehen müssen.

Wo notwendig und gewünscht werden wir die Einrichtung kommunaler Dienstleistungszentren unterstützen. Hier können neben Kindertagesstätten und einer Tagespflege regelmäßig Friseurbesuche,

Massagen und auch Sprechstunden beim Arzt angeboten werden. Hierfür werden wir die Förderkriterien im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum entsprechend anpassen.

Wir werden

- » die begonnenen Anstrengungen zur Verbesserung der Hausarzt-Versorgung im ländlichen Raum intensivieren und fortsetzen,
- » auf eine Lockerung der Zulassungsbeschränkungen speziell für Ärzte im ländlichen Raum hinarbeiten,
- » uns für ein flächendeckendes ambulantes Tagespflegeangebot einsetzen mit dem Ziel, dass jede Gemeinde ab 5.000 Einwohner eine Tagespflege anbieten kann.

131. *Der ländliche Raum braucht eine verlässliche Bildungsstruktur*

Gerade für den ländlichen Raum wird die Gestaltung der Bildungspolitik der kommenden Jahre eine große Herausforderung. Unsere Lösung liegt dabei nicht in der Gemeinschaftsschule, sondern in der Kooperation von Kommunen und Schulen. Nicht auf die Organisation kommt es an, sondern auf die Qualität der Bildung, auf die individuellen Bedürfnisse und das Wohl des Kindes.

Und dies beginnt schon bei den Kleinsten. Als CDU treten wir für die landesweite Etablierung von Bildungshäusern ein, um die Kindergärten und Schulen stärker zu vernetzen, um auch den Bestand kleiner Schulen in den Gemeinden zu sichern.

Die sinkenden Schülerzahlen, gerade in kleinen Kommunen sind eine Herausforderung, die wir durch Kooperationen im Zuge der neuen „Realschule Baden-Württemberg“ lösen können.

132. Entwicklungschancen für den ländlichen Raum

Baden-Württemberg ist Heimat für elf Millionen Menschen. Ein Drittel von ihnen lebt im ländlichen Raum. Die Entscheidung, wo man sein Leben verbringt, hängt heute nicht mehr nur von der Arbeitsstelle ab. Lebensqualität, Infrastruktur am Ort, Landschaft und Natur und das Freizeitangebot spielen eine große Rolle. Von Heimat zu sprechen, ist heute wichtiger denn je. Als CDU sehen wir es als unsere Aufgabe an, unsere Heimat zu bewahren, sie zu schützen und sie lebenswert zu erhalten.

Baden-Württemberg ist das Land der Häuslebauer. Durch die Politik der grün-roten Landesregierung ist es aber heute so, dass sich gerade junge Menschen ein Eigenheim nicht mehr leisten können. Wir als CDU sehen hierin aber einen wichtigen Bestandteil der Vorbeugung von Armut im Alter. Jung Eigentum zu erwerben, erspart unnötige Mietkosten im Alter. Wer jung Eigentum erwirbt, entscheidet sich meist langfristig für einen festen Standort und gerade das sichert weiterhin einen belebten ländlichen Raum. Deshalb wollen wir prüfen, ob der Ersterwerb von Wohneigentum von der Grunderwerbssteuer freigestellt werden kann.

Wir wollen Anreize schaffen, dass sich die Menschen im ländlichen Raum niederlassen und hier Eigentum erwerben. Das gilt für Privatpersonen ebenso, wie für Unternehmen. Deshalb wollen wir wieder eine Politik machen, die das Eigentum wertschätzt und Eigentümer nicht gängelt und mit Vorschriften erdrückt.

Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) werden wir mit neuen Akzenten versehen und mit mehr Mitteln ausstatten. Mit Hilfe des ELR muss es Gemeinden möglich sein, ein komplettes dörfliches Entwicklungsprogramm auf die Beine zu stellen, dieses zu steuern und Investitionen zu tätigen. Die Kommunen müssen den Spielraum haben, Gebäude zu kaufen, zu sanieren oder wenn nötig, auch abzureißen. Es gilt, Ortskerne lebendig zu halten. Dabei legen wir einen besonderen Fokus darauf, dass vor allem auch Wohnraum für junge Familien entsteht. Im Mittelpunkt steht dabei Innen- vor Außenentwicklung. Damit verhindern wir einen unnötigen Flächenverbrauch. Unser Ziel ist es, damit das Aussterben der Innenstädte aufzuhalten. Bestehender Wohnraum muss mit Hilfe von entsprechenden Förderprogrammen reaktiviert und nachhaltig nutzbar gemacht werden.

In diesem Zusammenhang unterstützen wir als CDU alle Ansätze in der Architektur, um regionale Baukultur und Identität zu erhalten. Sie trägt zum besonderen und einmaligen Erscheinungsbild unserer Kultur bei und schafft Identität. Sie verkörpert unsere Heimat.

Wir werden

- » die von Grün-Rot eingeführten Regelungen im Zusammenhang mit Wohnungsbau wie Dach- und Fassadenbegrünung und überdachte Fahrradstellplätze wieder abschaffen,
- » einen Demografiebonus einführen, der Kommunen mit stark rückläufiger Bevölkerungszahl bis zu zehn Jahre lang höhere Schlüsselzuweisungen aus den kommunalen Finanzausgleichssystemen garantiert. Dieses Instrument wollen wir auch bei den Konversionsgemeinden anwenden,
- » neben der Gewichtung von Steuerkraft und Einwohnerzahl einen Flächenfaktor in der Finanzausgleichsmasse A einführen, um die höhere Infrastrukturbelastung ländlicher Kommunen abzuschwächen,
- » das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum neu ausrichten und verstärken,
- » in einem speziellen Landessanierungsprogramm die besondere Architektur unserer Regionen sichern.

133. Tourismus als Wirtschaftsfaktor

Neben dem produzierenden Gewerbe und dem Handel stellt auch der Tourismus in Baden-Württemberg einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Wir sehen sehr gute Perspektiven für unser Tourismusland Baden-Württemberg. Die Vorzüge und die unzähligen Möglichkeiten für Touristen müssen aber besser dargestellt werden. Ob Erlebnis- oder Aktivurlaub, Wellness oder Kultur, Kulinarik oder Natur, Urlaub im Luxushotel oder

familiär auf einem Bauernhof, die Vorzüge und die Besonderheiten der einzelnen Regionen von Baden-Württemberg sind so vielfältig wie die Wünsche der Touristen. Die Rahmenbedingungen für die Leistungserbringer müssen verbessert werden. Ein besonderes Augenmerk soll auch auf Familien, Senioren und die Barrierefreiheit gelegt werden. Dem Tourismus im Land wollen wir eine stärkere strategische Ausrichtung geben.

134. Für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Sichere und gesunde Lebensmittel nachhaltig zu erzeugen und nachwachsende Rohstoffe anzubauen, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe der Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Wir stehen für die Stärkung der regionalen Wertschöpfung in unseren bäuerlichen Familienbetrieben als wichtiger Teil eines starken Baden-Württembergs. Landwirtschaftliche Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe tragen dazu bei, dass die Menschen qualitativ hochwertige heimische Lebensmittel kaufen können. Die Nachfrage nach regionalen Produkten muss unterstützt und gefördert werden.

Die Landwirtschaft und der Weinbau sind wichtige Wirtschaftsfaktoren im ländlichen Raum. Wir bekennen uns zu einer bäuerlichen Landwirtschaft und setzen uns für ihren Erhalt ein.

Für uns ist es ein wichtiges Anliegen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer landwirtschaftlichen Familienbetriebe zu stärken, Freiräume für Entwicklungen zu bieten und die Nachhaltigkeit in der gesamten Wertschöpfungskette zu gewährleisten. Zusätzliche Geschäftsfelder, wie beispielsweise die Direktvermarktung, die Erzeugung erneuerbarer Energien oder Ferien auf dem Bauernhof sollen dabei ebenfalls einbezogen werden.

Als Ausgleich für die hohen Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Tierschutz werden im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) Direktzahlungen an die Landwirte geleistet. Auch eine verlässliche Förderung der Pflege der Kulturlandschaft ist unverzichtbar. Benachteiligte Gebiete müssen weiterhin gefördert werden, um eine flächendeckende Landwirtschaft zu erhalten.

Wir brauchen regionale Wertschöpfung. Unser Ziel ist es, die im bundesweiten Vergleich schlechte Einkommenssituation der baden-württembergischen

Landwirte zu verbessern und ihnen damit eine Zukunftsperspektive zu bieten.

Wir trauen unseren Landwirten einen verantwortlichen Umgang mit unserer Kulturlandschaft zu und wollen deshalb überzogene Regulierungen abbauen. Wir setzen uns für eine deutliche Entbürokratisierung im Bereich der Landwirtschaft ein. Anstatt immer neuer Verbote und Belastungen wie beispielsweise durch das Grünlandumbruchverbot, Gewässerrandstreifen oder im Naturschutz, braucht unsere kleinteilige und mittelständig geprägte Landwirtschaft wieder eine echte Förderkultur. Wir brauchen Anreize statt Verbote und wir bekennen uns zum Respekt vor dem Eigentum.

Wir werden

- » die Agrar-Umwelt-Programme wieder wettbewerbsneutral ausrichten. Ökologische und konventionelle Landbewirtschaftung dürfen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden,
- » eine Agrarförderung schaffen, die naturräumliche und agrarstrukturelle Nachteile des Südwestens wirksam ausgleicht,
- » eine Harmonisierung der Vorschriften anstreben, damit unsere Landwirte gegenüber ihren Wettbewerbern in anderen deutschen Ländern nicht benachteiligt werden,
- » zur Pflege unserer Kulturlandschaft an der Förderung des Steillagen- und Mauerweinbaus sowie ökologisch wertvoller Streuobstwiesen festhalten,
- » uns für eine steuerliche Rücklagemöglichkeit von Gewinnen in landwirtschaftlichen Betrieben einsetzen, damit die Landwirte die stärker werdenden Marktschwankungen eigenverantwortlich abfedern können.

135. Tiere schützen

Tiere sind Mitgeschöpfe. Wir sind zu ihrem besonderen Schutz verpflichtet. Deshalb muss unnötiges Leiden oder gar Sterben von Tieren verhindert werden.

Tierheime leisten im Land einen wichtigen Beitrag für die Aufnahme und Versorgung von Tieren. Die Kommunen und die Tierschutzverbände sowie die vielen ehrenamtlichen Helfer müssen in ihrer Aufgabe unterstützt werden.

Als CDU wollen wir verlässliche Rahmenbedingungen für Nutztierhalter im Land schaffen. In diesem Zusammenhang fördern wir neue, tierfreundliche

Stallsysteme. Zusammen mit unseren Bäuerinnen und Bauern möchten wir die Tierhaltung weiter verbessern und damit eine Grundlage für eine hohe Akzeptanz beim Verbraucher legen.

Wir werden

- » die Förderung für den Neubau und die Sanierung von Tierheimen verdoppeln,
- » einen Wettbewerb für wissenschaftliche Forschung ohne Tierversuche ausloben,
- » eine landesweite Informationskampagne zum Absatz regionaler Produkte starten.

136. Nein zur grünen Gentechnik

Den Anbau zugelassener, gentechnisch veränderter Pflanzen werden wir untersagen, weil in den kleinräumigen Agrarstrukturen Baden-Württembergs eine Koexistenz mit dem konventionellen und ökologischen Landbau sowie mit Imkern nicht gewährleistet werden kann. So brauchen wir beispielsweise eine sachliche Diskussion darüber, ob grüne Gentechnik helfen könnte, Fragen bezüglich der Trockenheits- und Salzresistenz von Pflanzen oder der Gewinnung

von nachwachsenden Rohstoffen für umwelt- und klimafreundliche Produkte zu beantworten. Damit könnten auch die Folgen des Klimawandels abgemildert werden. Auch an baden-württembergischen Hochschulen und Wissenschaftsinstituten sollte eine von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Forschung in diesem Bereich möglich sein. Freilandversuche befürworten wir lediglich in eng definierten Grenzen, nachdem eine umfangreiche Risikobewertung stattgefunden hat.

137. Zukunftsfähige Forstverwaltung

Die Waldwirtschaft leistet einen zentralen Beitrag zum Natur- und Umweltschutz. Sie ist aber auch ein wichtiger Wirtschaftssektor im Land. Die „ForstBW“ soll zur Stärkung des Wettbewerbs in eine Anstalt des öffentlichen Rechts umgewandelt werden. Der Holzverkauf für die Kommunen soll unter dem Dach der Landkreise, von Landkreiszusammenschlüssen oder gegebenenfalls in privaten Zusammenschlüssen gebündelt werden. Hierzu soll es eine Novelle zum Landeswaldgesetz geben.

Zum Erhalt unserer Wälder und zur verstärkten Nutzung von Holzreserven werden wir Anstrengungen unternehmen, die Nachteile der Besitzzersplitterung im Privatwald durch eine Forcierung von forstwirtschaftlichen Zusammenschlüssen und der Bildung von Realgenossenschaften zu überwinden.

138. Natur- und Artenschutz aus Überzeugung

Wir wollen Naturschutz mit und nicht gegen die Menschen machen. Die Naturschutzpolitik muss sich wieder an den tatsächlichen Rahmenbedingungen orientieren und akzeptieren, dass nahezu die gesamte Fläche des Landes seit Jahrhunderten aktiv vom Menschen bewirtschaftet wird.

Daher sind viele Arten von der Bewirtschaftung abhängig. Es ist eine Tatsache, dass „Wildnis“ auch zu einem Verschwinden von Arten führen kann. Andererseits müssen wir feststellen, dass der Klimawandel verstärkt zu einer Verschiebung und Verlagerung von Pflanzen- und Tierarten führt. Deshalb brauchen wir eine verstärkte Integration des Naturschutzes in der Flächenbewirtschaftung, nicht aber vorrangig neue Schutzgebiete. Die Artenvielfalt muss auf alle Fälle erhalten werden. Wir werden alles daran setzen, ein durch den Menschen bedingtes Aussterben von Tier- und Pflanzenarten zu verhindern. Dabei sollen vorab insbesondere die Tragfähigkeit menschlicher

Einflüsse auf Tier- und Pflanzenarten grundlegend untersucht werden. Die „ökologischen Flutungen“ als Ausgleichsmaßnahmen bei den Rheinpoldern müssen soweit möglich durch ökologische Schluten ergänzt oder ersetzt werden, die natur- und artenverträglicher sind und garantieren, dass die Biodiversität auch im Hochwasserschutz erhalten bleibt, sofern alte Schulten vorhanden und die Maßnahmen noch nicht umgesetzt sind.

Die Bedeutung von Mooren für die Artenvielfalt und den Klimaschutz ist unbestritten. Deshalb werden wir als CDU den Erhalt der Moore in Baden-Württemberg gewährleisten und wo immer möglich ehemalige Moore wieder renaturieren.

Wir werden

- » eine neue Biodiversitätsstrategie fortschreiben und weiterentwickeln.

139. Flächenverbrauch sinnvoll begrenzen

Die Landschaft Baden-Württembergs zeigt, wie gut Mensch und Natur im Einklang miteinander leben. Das Ziel der Netto-Null im Flächenverbrauch ist angesichts der wachsenden Bevölkerung auszusetzen. Baden-Württemberg als Wachstums- und Zuzugsland ist im Interesse junger Familien auf die Ausweisung von neuem Bauland angewiesen. Wir wollen bei der Wohnbebauung unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung sehr sparsam Fläche ausweisen. Dabei darf der ländliche Raum von der Möglichkeit, neue Flächen auszuweisen, nicht ausgeschlossen werden. Durch eine Verbesserung der Verkehrsanbindung an die Ballungszentren wollen wir uns zudem dafür einsetzen, eine zusätzliche Versiegelung in den Zentren bei gleichzeitigen Leerständen in erreichbarer Entfernung zu vermeiden.

Die Arbeitsteiligkeit und die Mechanisierung wird weiter zunehmen und damit der Platzbedarf pro produktiver Arbeitskraft. Wenn wir in Baden-Württemberg die gewerbliche Produktion halten wollen, ist ein maßvoll zunehmender Flächenbedarf bei Industrie- und Gebäudebrachen, Industrie- und Gebäudebrachen, müssen vorrangig aktiviert werden – auch mit der Einführung neuer innerörtlicher Flurneuerungsverfahren. Die Erschließung neuer Industriegebiete soll vom Land vorrangig bei interkommunalen Vorhaben gefördert werden.

Wir wollen die Flurneuerung zur positiven Entwicklung des ländlichen Raums weiterentwickeln und gegebenenfalls unterstützen, weil sie Kommunen in die Lage versetzt, Ortsumgehungen, Wander- und Fahrradwege, Gewässerrückhaltungen für den Hochwasserschutz sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen zu verwirklichen.

Mit einer Novelle des Landesnaturschutzgesetzes wollen wir den Verbrauch landwirtschaftlich genutzter Flächen für den Naturschutzausgleich verringern, in dem wir langfristige Pflegeverträge in gefährdeten Biotopen wie Streuobstwiesen zum Naturschutzausgleich zulassen.

Wir werden einen Naturschutzbonus einführen. Damit die Umsetzung von Schutzgebieten als Anreiz und nicht als Belastung betrachtet wird, muss für ausgewiesene Schutzgebiete ein Flächenfaktor als Anreiz in der Finanzausgleichsmasse A eingeführt werden.

Mit dem Nationalpark Schwarzwald hat die grün-rote Landesregierung eine neue Schutzkategorie geschaffen. Der Nationalpark Schwarzwald muss einerseits sinnvoll weitergeführt werden, andererseits müssen Geburtsfehler, wie beispielsweise die mangelhafte Zonierung und die mangelhafte regionale Bürgerbeteiligung korrigiert werden. Wir wollen einen Nationalpark Schwarzwald, der auf die Akzeptanz aller Baden-Württemberger, auch der im Nordschwarzwald stößt. Wir wollen den Nationalpark in Abstimmung mit den Menschen der Region, den Beteiligten im Naturschutz sowie der örtlichen Wirtschaft und den Kommunen weiterentwickeln. Die CDU spricht sich dafür aus, bestehende Förderprogramme des Landes über einen Zeitraum von zehn Jahren im Gebiet des Nationalparks zu bündeln. Die von Grün-Rot eingesetzte Nationalpark-Verwaltung wollen wir einer externen Evaluierung unterziehen.

Baden-Württemberg hat durch das Biosphärengebiet Schwäbische Alb, die Naturparks sowie die vielen Wälder zahlreiche Naturerholungsräume, die Erholungsraum für Menschen und Lebensraum für Tiere und Pflanzen bieten. Diese wollen wir im verträglichen Miteinander erhalten und deren Förderung verstetigen.

140. Jäger statt „Wildtiermanager“

Eine wichtige Aufgabe im Natur- und Artenschutz leistet die Jagd. Die Novellierung des Jagdgesetzes bescheinigt, dass Grün-Rot der Bevölkerung, den pflichtbewussten Jägerinnen und Jägern sowie den Grundeigentümern in dieser Thematik nicht viel zutraut. Wir stellen uns gegen eine Verbotspolitik, die vom grünen Tisch aus gemacht wird. Als CDU vertrauen wir unseren Jägerinnen und Jägern. Deshalb werden wir eine Novelle des Landesjagdgesetzes innerhalb des ersten Jahres einer CDU-geführten Landesregierung anstreben.

Die CDU will zur Befriedung bei Streitigkeiten und zur Erleichterung gütlicher Einigungen eine Wiedereinführung des behördlichen Vorverfahrens bei der Wildschadensregulierung, eine Aufhebung der Verbote der Fütterung und bestimmter Jagdarten.

Wir werden

- » innerhalb des ersten Jahres das Jagdgesetz novellieren,
- » die Liste der jagdbaren Tiere erweitern und die Jagdruhezeiten wieder aufheben,
- » die Beteiligung der Landwirte an Wildschäden bei Mais abschaffen und den gesetzgeberischen Rahmen für die Etablierung kommunaler oder jagdlicher Wildschadenskassen setzen.

141. Der ländliche Raum als wichtiger Partner bei der Energiewende

Dem ländlichen Raum kommt beim Weg in das regenerative Zeitalter eine strategische Bedeutung zu. Er ist Lieferant von erneuerbaren Energien, bietet die Voraussetzung für die Nutzung der Wasserkraft, Fläche für die Nutzung von Windkraft, Photovoltaik auf Dächern und auf Konversionsflächen sowie die Produktion von Bioenergie. Wir wollen deshalb die Weichen so stellen, dass der ländliche Raum sein Potential nutzen kann.

Am Beispiel der Bioenergie wird die Schonung der fossilen Rohstoffe, die Speicherfähigkeit, ein nahezu geschlossener CO₂-Kreislauf und eine Wertschöpfung, welche im ländlichen Raum verbleibt, offenkundig. Gute Voraussetzungen gibt es auf dem Land für kleinere dezentrale Energiegewinnungsanlagen. Besonders Biogas bietet die Chance der Speicherfähigkeit des erneuerbaren Gases und ist somit grund- und spitzenlastfähig und kann die Leistungstaler der anderen regenerativen Energien überbrücken.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beeinflusst die Investitionen im ländlichen Raum spürbar. Mit Wettbewerben wie „Bioenergie-Regionen“ und „Bioenergie-Dörfer“, sowie mit der Förderung von Wärmenetzen und Leitungen haben wir zusätzliche Impulse gesetzt.

Wir befürworten die Bildung von Energiegenossenschaften und Energiefonds, über die die Bürger regionale Energiekonzepte im ländlichen Raum umsetzen können. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen in erneuerbare Anlagen investieren und die Gewinne am Ende auch bei ihnen verbleiben.

Dabei sind Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise und klimafreundliche Energieerzeugung zwingend einzuhalten, damit eine gesellschaftliche Akzeptanz gesichert werden kann.

13

***Land &
Kommunen***

Kapitel 13

***Land und Kommunen
als starke Partner***

Land und Kommunen als starke Partner

142. Faire Partnerschaft

Funktionierende kommunale Strukturen bringen uns Stabilität, Wohlstand und Sicherheit. Kommunale Selbstverwaltung gewährleistet Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land. Starke und leistungsfähige Städte, Gemeinden und Landkreise sind ein wesentlicher Grund für den Erfolg unseres Landes.

Wir verstehen uns seit jeher als fairer Partner der Kommunen und sprechen mit ihnen auf Augenhöhe. Deswegen haben wir dem vielfach geäußerten Wunsch der kommunalen Seite Rechnung getragen und dafür gesorgt, dass das in der Landesverfassung festgelegte Konnexitätsprinzip präzisiert und erweitert wurde. Damit ist klargestellt, dass spätere, vom Land veranlasste Änderungen des Zuschnitts oder der Kosten aus der Erledigung von Aufgaben, die zuvor vom Land auf die Kommunen übertragen wurden, vom Konnexitätsprinzip erfasst werden.

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich gegen die Zentralisierungsbestrebungen der derzeitigen Landesregierung aus. In vielen Bereichen, die nur wenig persönliche Bürgerkontakte erforderlich machen, ist es heute schon möglich, Teile der Landesverwaltung in ländliche Räume zu verlagern. Gerade im Zeitalter der elektronischen Kommunikation können Dienstleistungen auch problemlos von außerhalb der großen Städte heraus erbracht werden.

Wir sind davon überzeugt, dass öffentliche Aufgaben im Sinne der Bürgerinnen und Bürger am besten dort erledigt werden, wo sich die Herausforderungen stellen. Deshalb sollen die Kommunen die Aufgaben in eigener Zuständigkeit übernehmen, die sie im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit bewältigen können. Demgemäß hat auch die Finanzausstattung der kommunalen Arbeit zu erfolgen. Die CDU steht auch künftig für gleichwertige Lebensbedingungen und chancenreiche, innovative Entwicklungen in Stadt und Land.

Wir werden

- » zu einem guten Miteinander mit den Kommunen im Land und ihren Spitzenverbänden zurückkehren,
- » die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Baden-Württemberg als Staatsziel in der Landesverfassung verankern,
- » uns dafür einsetzen, dass etwaige Änderungen des Länderfinanzausgleichs nicht zulasten der baden-württembergischen Kommunen gehen,
- » die von Grün-Rot beschlossenen Änderungen der Gemeindeordnung, soweit sie die kommunale Selbstverwaltung einschränken, wieder zurücknehmen,
- » die Einleitung des Bauleitplanverfahrens in den „Negativkatalog“ der Gemeindeordnung aufnehmen,
- » dafür sorgen, dass die Kommunen trotz des Ziels, bei der Wohnbebauung keine zusätzlichen Flächen in Anspruch zu nehmen, die notwendige Flexibilität für eine gesunde bauliche Entwicklung behalten,
- » Zuschnitt und Größe unserer Gemeinden und Landkreise nicht antasten, denn sie sind trotz ihrer Unterschiedlichkeit effizient, leistungsfähig und bürgernah,
- » uns für eine Reform der Grundsteuer im Interesse der baden-württembergischen Kommunen einsetzen,
- » gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden das aufwendige System des kommunalen Finanzausgleichs vereinfachen,
- » die interkommunale Zusammenarbeit stärken und eine gezielte Investitionsförderung von interkommunalen Kooperationen angehen.

143. Bürgerbeteiligung ernst nehmen

Unsere Demokratie braucht mündige, engagierte und verantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger. Wir sehen umfassende Bürgerbeteiligung im Vorfeld zentraler kommunalpolitischer Entscheidungen als unverzichtbares Instrument an.

Damit wollen wir Entscheidungsprozesse transparent und nachvollziehbar machen und die Qualität der Entscheidungen sowie deren Akzeptanz erhöhen.

144. Herausforderungen sind Chancen

Zur positiven Entwicklung haben die Kommunen entscheidend beigetragen, indem sie die Herausforderungen der Zukunft stets als Chance begriffen haben. Auch deshalb waren CDU-geführte Landesregierungen für die baden-württembergischen Kommunen immer verlässliche Partner. Das soll künftig wieder so werden. Zwar ist die finanzielle Lage der Kommunen

immer noch gut, aber sie sind mit erheblichen Problemen konfrontiert. Die ständig wachsende Zahl an Flüchtlingen und Asylbewerbern, deren Anschlussunterbringung vor Ort, der Mangel an bezahlbarem Wohnraum und steigende Sozialkosten trüben die insgesamt gute Finanzlage der Städte und Gemeinden im Südwesten.

14

Sicherheit

Kapitel 14

***Sicher leben in
Baden-Württemberg***

Sicher leben in Baden-Württemberg

145. Unsere Bürger sollen sicher leben

Sicherheit ist Voraussetzung für eine freie Gesellschaft. Die Sicherheit der Bürger und der Schutz vor Straftaten gehören für uns zu den Kernaufgaben landespolitischer Verantwortung. Die CDU will, dass unsere Bürger in Sicherheit leben und nachts ruhig schlafen können. Wir wollen, dass Baden-Württemberg wieder zum sichersten Bundesland wird. Sicherheit ist Lebensqualität und Wohlstand braucht Innere Sicherheit.

Schon immer tritt die CDU für den Schutz der Bevölkerung ein. Die Innere Sicherheit ist eine der Kernkompetenzen der Union. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich alle frei bewegen und sicher fühlen können. Freiheit, Leben, Gesundheit, privates und öffentliches Eigentum müssen geschützt, Kriminalität muss bekämpft werden. Unsere Polizei gibt ihr Bestes, obwohl sie durch die grün-rote Polizeireform stark belastet ist. Sie arbeitet professionell und engagiert, und dafür sind wir ihr dankbar. Allen Versuchen, notwendige Maßnahmen bei der Kriminalitätsbekämpfung zu diffamieren, erteilen wir eine klare Absage. Wir treten jedem

entschlossen entgegen, der Polizei, Richter, Staatsanwälte und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes herabwürdigt oder – schlimmer noch – attackiert. „Wehret den Anfängen“ – dieser Satz hat auch hier Gültigkeit.

Im Ländervergleich hatte Baden-Württemberg unter den unionsgeführten Landesregierungen über Jahre hinweg mit einer der geringsten Kriminalitätsraten und einer der höchsten Aufklärungsquoten immer eine Spitzenposition eingenommen. Unter Grün-Rot ist das Land abgerutscht.

Die Innere Sicherheit ist bei Grün-Rot in schlechten Händen. Das zeigen die Zahlen, das zeigt die überdimensionierte, teure Polizeireform und das zeigt die Tatsache, dass die aktuelle Landesregierung bis heute kein schlüssiges, effektives und wirksames Gesamtkonzept gegen die Einbruchskriminalität vorgelegt hat. Sie reagiert allenfalls mit punktuellen Aktionen und lässt sich von Bayern Nachhilfe geben – professionelle Kriminalitätsbekämpfung sieht anders aus.

146. Einbruchskriminalität erfolgreich bekämpfen

Geradezu alarmierend sind die Zahlen der Einbruchskriminalität: Innerhalb der vergangenen vier Jahre hat sich die Zahl der Wohnungseinbrüche um über 70 Prozent erhöht. Die Aufklärungsquote ist erschreckend niedrig. So blieben im Jahr 2013 neun von zehn Fällen unaufgeklärt.

Menschen, bei denen eingebrochen wurde, sind zum Teil schwer traumatisiert. Denn jeder Fall ist ein schwerwiegender Einbruch in die Privat- und Intimsphäre. Da für die CDU die Bekämpfung des Wohnungseinbruchs oberste Priorität hat, haben wir ein umfangreiches Konzept zur Bekämpfung der Einbruchskriminalität erarbeitet.

Wir werden

- » für mehr Polizeistreifen in den Wohngebieten sorgen,
- » Zivilfahnder auf Autobahnen und Bundesstraßen einsetzen, um die Reiserouten von Einbrecherbanden gezielt zu überwachen,
- » das vorhandene automatische Kennzeichenlesesystem an Autobahnen nutzen und die Polizei mit moderner IT-Prognosesoftware ausstatten,
- » die Präventionsreferate bei den Polizeipräsidiien und vor allem bei den Polizeirevieren vor Ort stärken sowie landesweit Schwerpunktaktionen gegen Einbrecher durchführen,
- » vor Ort runde Tische initiieren, die kommunale Kriminalprävention und besonders die Aktion „Wachsamer Nachbar“ wiederbeleben,
- » uns beim Bund dafür einsetzen, dass zur Bekämpfung des bandenmäßigen Wohnungseinbruchs auf die Vorratsdatenspeicherung zugegriffen werden darf,
- » zinsgünstige Darlehen über die L-Bank bei baulichen Schutzmaßnahmen gegen Einbruch ermöglichen.

147. Grün-rote Polizeireform überprüfen

Die am 1. Januar 2014 in Kraft getretene Polizeireform hat ihr Ziel, mehr Personal zu schaffen, verfehlt. Sie ist schlecht gemacht, viel zu teuer und hat mehr Nach- als Vorteile. Sie hat die komplette Sicherheitsarchitektur im Land auf den Kopf gestellt. Die Stimmung in der Polizei ist schlecht, die Arbeitsbedingungen schwierig, viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden versetzt und haben lange Fahrzeiten. Das ist alles andere als familienfreundlich oder sozial ausgewogen. Versprochen war eine Verstärkung von zwei Polizeibeamten pro Revier – tatsächlich wurde sie nie erreicht.

Auch für die Bürger ist keine Verbesserung eingetreten. Die Zuständigkeitsbereiche sind viel zu groß, die Anfahrtswege zu lang, und deswegen vergeht oft zu viel Zeit, bis die Polizei kommt. Die räumliche Aufteilung der Polizeipräsidiien ist nicht nachvollziehbar. Eine effiziente Polizei benötigt jedoch eine bürgernahe Organisationsstruktur.

Wir werden

- » offensichtliche Mängel der Polizeireform schnellstmöglich beheben,
- » eine Mitarbeiterbefragung über die aktuelle Zufriedenheit am Arbeitsplatz Polizei mit den Erfahrungen der Polizeireform durchführen,
- » die Polizeireform mit Fachleuten und Gewerkschaftsvertretern kritisch beleuchten,
- » Anzahl und Zuschnitt der überdimensionierten Polizeipräsidiien überprüfen mit dem Ziel einer maßvollen Erhöhung der Präsidiien,
- » Ausbildungsstandorte für Nordbaden und Nordwürttemberg wieder einrichten, um besten Nachwuchs für die Polizei zu gewinnen.

148. Gute Polizeiarbeit braucht ausreichend Personal

Bei der Bekämpfung des Terrorismus, der Internetkriminalität, der Organisierten Kriminalität oder der Einbruchskriminalität braucht die Polizei für gute Arbeit ausreichend Personal. Die CDU-geführte Landesregierung hatte den Polizeivollzugsdienst ausgebaut und seit 2009 jährlich 800 Einstellungen ermöglicht. Durch diesen Einstellungskorridor konnten 1.200 junge Polizeianwärter mit ihrer Ausbildung beginnen. Die CDU wird sich dafür einsetzen, dass alle Möglichkeiten für die Personalverstärkung der Polizei genutzt werden und der Polizeiberuf attraktiv bleibt. Wir stellen uns hinter diejenigen, die Tag und Nacht für die Sicherheit und den Schutz der Bürger im Einsatz sind.

Wir werden

- » die Polizei um 1.500 zusätzliche Stellen verstärken,
- » sicherstellen, dass die Präsenz der Polizei in der Fläche wieder gegeben sein wird,
- » die Besoldungsstrukturen weiter verbessern,
- » für zusätzliche Aufstiegsmöglichkeiten sorgen,
- » die technische Ausstattung auf dem neuesten Stand halten,
- » die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und sogenannte Leerstellen als Ersatz für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte in Elternzeit schaffen,
- » in Abstimmung mit unseren Kommunen die verstärkte Einrichtung von kommunalen Ordnungsdiensten fördern. Hierzu ist eine landeseinheitliche Regelung von Ausbildung, Bezahlung, Ausrüstung und Zuständigkeit notwendig, um kommunale Ordnungsdienste landeseinheitlich und landesweit erkennbar aufzustellen und dadurch die objektive und subjektive Sicherheit vor Ort zu erhöhen.

149. Freiwilligen Polizeidienst wiedereinführen

Der Freiwillige Polizeidienst ist eine baden-württembergische Erfolgsgeschichte. Seit 1963 leisten Polizeifreiwillige ehrenamtlich einen wichtigen Beitrag dazu, die Polizeiarbeit in der Gesellschaft positiv zu verankern und die hauptamtlichen Kräfte wirkungsvoll zu entlasten. Deswegen ist es sicherheitspolitisch die falsche Entscheidung von Grün-Rot, den Freiwilligen Polizeidienst zum Auslaufmodell zu machen. Wir dagegen stehen zu diesem bürgerschaftlichen Engagement.

Die Polizeifreiwilligen bereichern das Ehrenamtland Baden-Württemberg und engagieren sich für die Gesellschaft. Sie können die hauptamtlichen Polizisten bei vielen Aufgaben unterstützen.

Wir werden

- » den Freiwilligen Polizeidienst beibehalten und den Einstellungsstopp sofort beenden,
- » die Zahl der Polizeifreiwilligen von rund 1.100 auf 2.000 aufstocken.

150. Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen verbieten

In vielen Städten und Gemeinden haben sich in den Innenstädten Szenetreffe etabliert, in denen vor allem in den Abend- und Nachtstunden viel Alkohol konsumiert wird. Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Lärmbelästigung, Verunreinigungen, Gefährdung des Verkehrs, Straftaten wie Körperverletzung, Sachbeschädigung oder Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sind die unangenehmen Folgen. Zahlreiche Kommunen hatten versucht, durch Polizeiverordnungen oder durch Allgemeinverfügungen den Konsum von Alkohol zu verbieten. Dies hat jedoch der

Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg im Juli 2009 für unwirksam erklärt.

Deshalb muss der Landesgesetzgeber tätig werden. Entsprechende Gesetzesinitiativen der CDU-Landtagsfraktion wurden von Grün-Rot abgelehnt. Die CDU wird die gesetzliche Grundlage schaffen, um alkoholbedingte Straftaten und Ordnungsstörungen an besonderen Brennpunkten in den Kommunen Einhalt bieten zu können. Wir stehen für saubere und sichere Innenstädte.

151. Jugendkriminalität reduzieren

Wenn junge Menschen auf die schiefe Bahn geraten, ist das ein Alarmsignal für die gesamte Gesellschaft. Durch geeignete und ausreichende Präventionsprogramme gegen Gewalt, Drogenmissbrauch oder Ladendiebstahl in Zusammenarbeit mit Kommunen und privaten Trägern wollen wir verhindern, dass Kinder und Jugendliche Straftaten begehen. Bei straffällig gewordenen Jugendlichen sind sofortige Ermittlungen und eine schnelle Ahndung Garantien dafür, Wiederholungstaten zu vermeiden. Gerade bei jungen Menschen ist es wichtig, dass die Strafe der Tat auf dem Fuß folgt. Diese Erkenntnis war der Auslöser für das erste Haus des Jugendrechts, das die CDU in Stuttgart auf den Weg gebracht hat.

Wir werden

- » das Erfolgsmodell „Haus des Jugendrechts“ möglichst flächendeckend umsetzen, um sicherzustellen, dass Strafen schnell und konsequent erfolgen. Pädagogisch sinnvolle Sanktionsmöglichkeiten wie der Warnschussarrest sollen dabei im Vordergrund stehen.

152. Gewalt gegen die Polizei ächten

Immer öfter lassen Menschen den gebotenen Respekt vor der Polizei vermissen. Dabei hat die Polizei die Aufgabe, Recht und Gesetz für die Bürger durchzusetzen. Die Polizei als Träger des staatlichen Gewaltmonopols muss deshalb besonders geschützt werden. Der Plan der grün-roten Regierung, ein Kennzeichnungssystem für Polizeibeamte einzuführen, macht deutlich, dass die Polizei dort keinen Rückhalt hat. Im Gegenteil, ihnen schlägt Misstrauen entgegen und sie werden unter Generalverdacht gestellt. Unsere Polizei kann sich sicher sein: Sie hat jede Unterstützung, allen Schutz und Rückhalt der CDU, weil wir wissen, was wir an unserer engagierten und bürgerfreundlichen Polizei haben.

Wir werden

- » die von Grün-Rot geplante Kennzeichnungspflicht verhindern,
- » uns dafür einsetzen, dass ein eigener Straftatbestand für Gewalt gegen Polizeibeamte sowie Angehörige von Feuerwehr und Rettungsdiensten geschaffen wird,
- » durch den Einsatz von Body-Cams den Schutz unserer Polizeibeamten verbessern.

153. Die Verfassung braucht Schutz

Wir haben das Glück, seit Jahrzehnten in einem stabilen, freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat zu leben. Dafür sind unser Grundgesetz und die Landesverfassung das Fundament. Es braucht unseren Schutz und muss mit seinen Werten gegen Terroristen und Extremisten jeglicher Art jeden Tag verteidigt werden. Das Landesamt für Verfassungsschutz leistet dazu engagierte und professionelle Arbeit.

Regierung, Parlament, Bürgerinnen und Bürger müssen die Absichten extremistischer Gruppierungen im Land kennen, um den Gegnern unserer Demokratie auf allen gesellschaftlichen Ebenen entgegenzutreten. Wer – wie Grün-Rot – dem Verfassungsschutz misstraut und ihn durch die Einsparung von Personal schwächen will, setzt unsere Demokratie wehrlos ihren Feinden aus. Die CDU dagegen steht zur Arbeit des Verfassungsschutzes.

154. Frühwarnsystem unserer Demokratie

Damit die Sicherheitsbehörden rechtzeitig auf verfassungsfeindliche Aktivitäten reagieren können, sind sie auf Informationen des Verfassungsschutzes angewiesen. Er beschafft und bewertet Informationen, tauscht sich mit

den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder aus und gibt seine Erkenntnisse an die Sicherheitsbehörden weiter. Der Verfassungsschutz ist unverzichtbar und das Frühwarnsystem unserer Demokratie.

155. Auf keinem Auge blind

Das Landesamt für Verfassungsschutz hat einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet, Demokratie und Sicherheit in unserem Land zu bewahren. Von der Spionageabwehr über die Bedrohung durch den islamistischen Terror, rechtsextremistische und fremdenfeindliche

Gewalt bis hin zu den Aktivitäten linksextremistischer Gruppierungen – die Mitarbeiter der Behörde dürfen auf keinem Auge blind sein. Extremistische Gewalt muss, egal aus welcher Richtung sie kommt, mit Entschiedenheit bekämpft werden.

156. Das Parlament kontrolliert

Misstände bei Verfassungsschutzbehörden sind bei den Untersuchungen zur Terrorgruppe NSU bundesweit zutage getreten. Deswegen war es richtig, dass der baden-württembergische Landtag fraktionsübergreifend eine Arbeitsgruppe einsetzte, die eine Reform der Kontrolle des Verfassungsschutzes erarbeitet hat. Das Wichtigste ist ein neues parlamentarisches Kontrollgremium des Landtags, das die Arbeit des Landesamts für Verfassungsschutz stärker

als bisher kontrolliert. Das neue Gremium tagt geheim, mindestens viermal pro Jahr, hat Einsicht in die Akten der Verfassungsschützer, ein Zutrittsrecht zu den Diensträumen des Landesamts für Verfassungsschutz und kann die Mitarbeiter befragen. Erreicht wird dadurch zum einen mehr Transparenz und Effektivität in der Kontrolle des Verfassungsschutzes, zum anderen erhält die Arbeit des Gremiums einen größeren Stellenwert im Parlament.

157. Terrorismus wirksam begegnen

Die Arbeit des Verfassungsschutzes ist gerade jetzt elementar wichtig, denn die Herausforderungen, mit denen die Behörde konfrontiert wird, werden immer vielfältiger und komplexer. Der Dschihad ist gefährlich nahe gerückt. Deutsche Islamisten morden für IS-Terroristen in Syrien und im Irak. Durch die Rückkehrer steigt auch die ganz reale Gefahr von Anschlägen in Deutschland. Diese Bedrohung darf ebenso wenig unterschätzt werden, wie die rechtsextremistische Szene und die steigende Gewaltbereitschaft von Linksextremisten. Unbestritten ist, dass Verfassungsfeinde und extremistische Organisationen höchst konspirativ agieren. Deshalb ist das Landesamt für Verfassungsschutz auch auf die Informationen von Vertrauenspersonen (V-Leute) angewiesen, die für die Behörde verdeckt Informationen über extremistische Bestrebungen verschaffen.

Wir werden

- » das Landesamt für Verfassungsschutz operativ und personell so ausstatten, dass es schlagkräftig bleibt,
- » am Einsatz von Vertrauenspersonen festhalten,
- » verfassungsfeindliche, extremistische Gruppierungen konsequent verfolgen, bis hin zum Verbotsverfahren.

15

Recht

Kapitel 15

***Gutes Recht in
Baden-Württemberg***

Gutes Recht in Baden-Württemberg

158. Recht sichert Freiheit

Rechtsfrieden und Rechtssicherheit sind die Grundpfeiler jeder freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft. Unser Garant dafür ist eine funktionierende und leistungsfähige Justiz. Sie schafft nicht nur Vertrauen beim Bürger, sondern ist auch ein wichtiger Standortfaktor für die heimische Wirtschaft. Paralleljustizstrukturen werden wir nicht dulden.

Die baden-württembergische Justiz arbeitet Tag für Tag hervorragend dafür, dass Verfahren zügig abgeschlossen werden. Auch die Qualität der Urteile aus Baden-Württemberg ist bundesweit anerkannt. Darauf müsste jede Landesregierung stolz sein und dafür Sorge tragen, dass der gute Ruf unserer Justiz erhalten bleibt. Voraussetzung dafür ist eine solide Personalpolitik mit engagierten und qualifizierten Mitarbeitern.

In ihrem Koalitionsvertrag hat sich die grün-rote Landesregierung 2011 zwar verpflichtet, die langjährig hervorragende Qualität unserer Justiz nicht zu verschlechtern, die Realität 2015 sieht jedoch anders aus: Die Justiz ist überlastet, es fehlen Stellen und Personal. „Die Unabhängigkeit der Richter und der Justiz beginnt erst ab der Ernennung – bis dahin entscheide ich, ich alleine“ – dieser Satz des grünen Ministerpräsidenten zeigt, wie wenig die Justiz wertgeschätzt wird. Kurz: Die jetzige Landesregierung nimmt die Bedeutung der Justiz nicht ernst.

159. Für eine flächendeckende Gerichtsstruktur

Die CDU steht für Bürgernähe im ganzen Land. Kleinere Amts- und Landgerichte gerade auch im ländlichen Raum sind ein wertvoller Beitrag zur Bürgernähe und sollen deshalb erhalten bleiben. Wir wollen bewährte Gerichtsstrukturen stärken

und streben eine bestmögliche Kostendeckung für alle Gerichtszweige an. Unser Augenmerk wollen wir auch auf die Sicherheit richten, denn Leib und Leben aller Prozessbeteiligter und Besucher ist ein hohes Gut.

160. Belastungsgrenzen abschwächen

Steigende Asylverfahren, mehr Organisierte Kriminalität, hohe Einbruchskriminalität, immer mehr Internetkriminalität – die Liste ließe sich fortsetzen und macht eines deutlich: Von einer rückläufigen Arbeitsbelastung der Justiz kann nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Die Grenzen der Belastung sind vielfach erreicht und teilweise

überschritten. Dramatische Einsparpläne im Justizhaushalt haben unsere Abgeordneten im Landtag bei den Beratungen zum Doppelhaushalt 2015/2016 gerade noch verhindern können. Denn solche Kürzungen gehen zu Lasten der Rechte der Bürger, der Inneren Sicherheit und der Wirtschaft des Landes.

161. Staatliche Neutralität im Gerichtssaal

Der Rechtsstaat lebt vom Vertrauen der Verfahrensbeteiligten in eine objektive und unabhängige Justiz. Er manifestiert sich in jedem Verfahren in der Person des Richters. Wir wollen bei allen Verfahrensbeteiligten bereits den

Anschein ausschließen, dass etwas anderes als die objektive Durchsetzung des Rechts auf die Entscheidungsfindung Einfluss gehabt haben könnte und lehnen daher etwa Kopftücher auf der Richterbank ab.

162. Die Justiz wertschätzen

Richter und Staatsanwälte garantieren nicht nur die Rechtssicherheit in unserem Land, sie sind auch Leistungsträger mit hohem Engagement. Sie können sich unserer Wertschätzung sicher sein. Zu Recht hat sich die Richterschaft des Landes über die grün-rote Landesregierung geärgert, weil sie – offenbar entgegen deren Zusicherungen – an den Gesprächen über die Übernahme der Tarifergebnisse im öffentlichen Dienst nicht beteiligt wurde. Auch hier wird die grün-rote Politik des Gehörtwerdens zur Farce. Für uns ist entscheidend, dass den Worten Taten folgen. Wir wissen um die Bedeutung der Justiz, werden allen Mitarbeitern Wertschätzung entgegenbringen und dafür sorgen, dass die Justiz als Arbeitgeber für alle Beschäftigten attraktiv bleibt.

Wir werden

- » den Dialog mit der Justiz und ihren Verbänden regelmäßig und intensiv führen und bei Problemen gemeinsam nach Lösungen suchen,
- » uns für den Erhalt und für die Stärkung der vier Regierungsbezirke und der vier Regierungspräsidien als Bündelungsbehörden zwischen Land und Kommunen einsetzen.

163. Den Justizvollzug stärken

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Justizvollzugsanstalten des Landes haben tagtäglich eine schwierige und manchmal auch gefährliche Aufgabe. Besonders wichtig für ihre Arbeit ist ein stimmiges berufliches Umfeld, in dem sie ihre Aufgaben sicher und umfassend erledigen können. Die CDU wird Schwächen an den bestehenden Strukturen im Justizvollzug beseitigen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass psychisch auffällige Straftäter in der Haft ausreichend behandelt und betreut werden. Wir unterstützen den Neu- und Ausbau moderner Vollzugsanstalten und werden die Interessen der

in der Nähe wohnenden Bevölkerung berücksichtigen. Vermeidbare Todesfälle in Gefängnissen darf es nicht mehr geben.

Die verstärkte Rückkehr von extremistischen Kämpfern aus Syrien oder dem Irak hat auch Auswirkungen in unseren Haftanstalten. Notwendig sind daher vorbeugende Maßnahmen zur Erkennung, Unterbringung und Betreuung dieser Häftlinge. Auch die erforderlichen Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung extremistischen Gedankenguts unter den Mithäftlingen hat die grün-rote Landesregierung versäumt.

164. Beste Qualität in der Bewährungshilfe

2007 hatte die CDU/FDP-Landesregierung die Bewährungshilfe privatisiert und der gemeinnützigen Neustart gGmbH übertragen. Der Evaluierungsbericht beurteilte 2014 die Arbeit des privaten Trägers durchweg positiv und kam zu dem Ergebnis, dass die Qualität der Bewährungshilfe durch die Übergabe an Neustart sogar erhöht werden konnte. Trotzdem hat Grün-Rot beschlossen, die bundesweit einmalige private Trägerschaft Ende 2016 zu beenden und die Bewährungshilfe wieder in

staatliche Hand zu geben. Begründung: eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ließe nichts anderes zu. Diese Behauptung stimmt so nicht, denn das Gericht gibt durchaus Spielraum für eine Bewährungshilfe in der jetzigen Form. Weil die von Grün-Rot beschlossene Verstaatlichung der Bewährungshilfe zu Mehrkosten in Millionenhöhe führt und dem ehrenamtlichen Engagement einen Bärendienst erweist, wird die CDU diese falsche Entscheidung auf den Prüfstand stellen.

165. Opferschutz sicherstellen

Sehr häufig leiden die Opfer von Straftaten jahrelang, sind traumatisiert und brauchen Hilfe. Deswegen wird die CDU darauf achten, dass die Landesstiftung Opferschutz ausreichend finanziert ist, um auch künftig

ihre wertvolle Arbeit leisten zu können. Die im Opferschutzgesetz des Bundes vorgesehene Möglichkeit des psychosozialen Prozessbegleiters reicht nicht aus und sollte ergänzt werden.

166. Guter Service: Grundbuch, Vereinsregister, Notariat

Grundbuchämter und Notare üben als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, die Wirtschaft und die Verwaltung einen Dienst von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung und mit großer Verantwortung aus. Bei der Umsetzung der Grundbuchamts- und Notariatsreform gibt es aber eine Reihe von Problemen. Aufgrund fehlender Übergangs- und Härtefallregelungen sind die Notare höchst unzufrieden. Auch die Zahl der Bearbeitungsrückstände bei den zentralisierten Grundbuchämtern steigt. Besonders betroffen sind außerdem die 1.900 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Unterstützungsbereich der Notariate. Die CDU wird hier steuernd eingreifen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Servicequalität der jetzt zentralisierten Vereinsregister voll erhalten bleibt. Die Zentralisierung darf keinesfalls zu Lasten der persönlichen und fachkundigen Auskunft gegenüber den vielen Ehrenamtlichen gehen, die sich in ihrer Freizeit um die Belange der Vereine kümmern.

Wir werden

- » die Absenkung der Eingangsbesoldung um derzeit acht Prozent schrittweise wieder rückgängig machen,
- » die Verwaltungsgerichte aufgrund steigender Flüchtlingszahlen mit mehr Personal ausstatten,
- » eine bürgernahe, flächendeckende Gerichtsstruktur erhalten,
- » den Dialog mit der Justiz und ihren Verbänden intensiv führen und gemeinsam nach Problemlösungen suchen,
- » die Belange des Justizvollzugs angemessen berücksichtigen,
- » die Entscheidung von Grün-Rot, die Bewährungshilfe wieder in staatliche Hand zu geben, auf den Prüfstand stellen.

16

***Flüchtlings-
politik***

Kapitel 16

Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik

Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik

167. Grün-Rot überfordert

Die grün-rote Landesregierung ist in der Flüchtlingspolitik überfordert. Das vom grünen Freiburger Oberbürgermeister Salomon geprägte Wort des „Organisationsversagens“ steht für die unübersehbaren Probleme im ganzen Land. Ein Wirrwarr aus Zuständigkeiten, Lenkungs-kreisen und teilweise entmachteten

Ministerien sorgt dafür, dass in Baden-Württemberg Konzepte fehlen, Ideen überhört und Anregungen aus der Praxis und den Kommunen ignoriert werden. An die Stelle kraftvollen Regierungshandelns ist der Ruf nach Hilfe aus Berlin oder Brüssel getreten.

168. CDU-geführte Bundesregierung hat gehandelt

Im Gegensatz zu Grün-Rot hat die CDU-geführte Bundesregierung gehandelt und mit dem „Flüchtlingspaket“ zahlreiche Gesetzesänderungen auf den Weg gebracht, beispielsweise die Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsstaaten, die Umstellung von Bargeldzahlungen auf Sachleistungen für Flüchtlinge oder klare

Regelungen zur Unterbringung von Menschen ohne Bleibeperspektive in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Während vor allem die Grünen im Bund diese Politik ablehnen, hat die CDU damit ein deutliches Signal gesetzt: Wir wollen Zuwanderung steuern und begrenzen.

169. Verfahren beschleunigen

Der Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik liegt in der Dauer der Anerkennungsverfahren. Die Zeit von der Antragstellung bis zur rechtskräftigen Entscheidung muss kürzer werden – im Interesse der Flüchtlinge, die Klarheit brauchen, und im Interesse Deutschlands, das seine nicht unbegrenzten Ressourcen auf diejenigen

konzentrieren muss, die eine Bleibeperspektive haben. Mit unserem Vorschlag, neue „Landeskompetenzzentren für Asyl und Flüchtlinge“ (LAF) zu schaffen, in denen die beteiligten Behörden und Verwaltungsgerichte Hand in Hand zusammenarbeiten, haben wir dafür ein wegweisendes Konzept vorgelegt.

170. Alles unter einem Dach: die Landeskompentenzentren

In den Landeskompentenzentren könnten alle Maßnahmen und Leistungen bis zum Abschluss des Anerkennungsverfahrens gebündelt werden. Asylsuchende und Flüchtlinge müssen solange in den LAF verbleiben, bis ihre Verfahren rechtskräftig abgeschlossen sind. Nur noch Personen mit langfristiger oder dauerhafter Bleibeperspektive sollen nach positivem Abschluss des Anerkennungsverfahrens auf die Kommunen verteilt werden. Nicht anerkannte Asylsuchende und Flüchtlinge müssen direkt aus den Landeskompentenzentren heraus wieder ausreisen bzw. abgeschoben werden. Eine Spezialisierung der Unterbringung in den LAF

nach Herkunftsländern kann die Verfahrensdauer insbesondere für Personen aus sicheren Herkunftsstaaten und ohne dauerhafte Bleiberechtsperspektive verkürzen und mehr Rückführungen nicht bleibeberechtigter Personen möglich machen. Mit der Zuweisung zu einer Erstaufnahmeeinrichtung (und nicht erst mit Asylantragstellung) sollte automatisch eine Residenzpflicht in Kraft treten, die zumindest für die gesamte Dauer des Aufenthalts in der Aufnahmeeinrichtung gelten muss. Zudem soll ein Verstoß gegen die Residenzpflicht strafbewehrt sein – und bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln berücksichtigt werden können.

171. Fehlanreize vermeiden

Der starke Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland erklärt sich auch aus Fehlanreizen, die eine Zuwanderung in unser Land attraktiv erscheinen lassen. Diese politisch falschen Signale wollen wir ändern. Der Grundsatz Sach- vor Geldleistungen muss deshalb in den Erstaufnahmestellen konsequent umgesetzt werden. Das gilt insbesondere für diejenigen, die keine dauerhafte Bleiberechtsperspektive haben. Die Taschengeldleistungen müssen in den Erstaufnahmestellen konsequent auf

ein Gutscheinsystem umgestellt werden, um Flüchtlingen, die vor allem aus wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, nicht weitere Anreize in Form von Bargeld zu bieten. Eine verpflichtende Gesundheitskarte für alle Flüchtlinge und Asylbewerber vor Abschluss ihres Verfahrens lehnen wir aus denselben Gründen ab. Sie würde, vor allem bei einer Ausweitung der Leistungen, wie bisweilen von den Grünen gefordert, die Gefahr bergen, erneut die falschen Signale zu senden.

172. Abschiebungen konsequent durchsetzen

Wir werden anerkannten Flüchtlingen und Asylsuchenden nur dann wirksam helfen können, wenn wir Personen, deren Antrag abgelehnt wurde, auch konsequent abschieben. Um dies in der Praxis zu ermöglichen, darf es bei anstehenden Abschiebungen keine vorherige Ankündigung oder jahreszeitliche

Abschiebeaussetzungen mehr geben. Zudem braucht es für ausreisepflichtige Personen, die sich der Abschiebung entziehen wollen, mehr Abschiebehaftplätze. Zudem müssen in der Landespolizei zusätzliche Stellen für die Durchführung von Abschiebungen geschaffen werden.

173. Schleuserkriminalität bekämpfen

Schleuserbanden und die Organisierte Kriminalität nutzen das Leid der Flüchtlinge aus, wecken vollkommen falsche Hoffnungen und gefährden Leib und Leben der Menschen auf gefährlichen Fluchtrouten. Um dem entgegenzutreten, werden wir durch verstärkte Bestreifung mit Zivilfahndern auf den Autobahnen in Grenznähe Schleuserkriminalität und illegale

Einreise bekämpfen. Ein wirksames Mittel kann dabei auch der Einsatz der automatischen Kennzeichenlesesysteme sein. Baden-Württemberg hat dafür die rechtlichen und technischen Voraussetzungen bereits geschaffen. Der Einsatz scheitert bisher an der grün-roten Landesregierung.

174. Bekenntnis zu unseren Werten einfordern

Die neu aufgenommenen Flüchtlinge müssen die deutschen Rechts- und Werteordnung anerkennen und respektieren. Dabei kann es keine Zugeständnisse geben. Das Erlernen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Integration. Die Sprachförderung muss daher Priorität haben. Die unterschiedlichen Maßnahmen des Landes und des Bundes gilt es besser zu koordinieren.

Alle existierenden Förderprogramme für die Arbeit mit und für Flüchtlinge und Zuwanderer sollten zusammengefasst und den Kommunen für kommunale Koordinierungsstellen für das Ehrenamt, Projektförderungen, Programme zum Spracherwerb, Projekte im Bereich Ehrenamt, Sportvereine und anderes pauschal zur Verfügung gestellt werden.

175. Kommunen entlasten

Die Landkreise und Städte tragen derzeit einen Großteil der Lasten. Sie müssen frühzeitiger und umfassender bei der Einrichtung neuer Erstaufnahmeeinrichtungen eingebunden werden und von unnötigen und teuren Auflagen befreit werden. Kommunen, auf deren Gemarkung bereits Erstaufnahmeeinrichtungen errichtet wurden, haben unsere besondere Anerkennung verdient. Das Land ist hier in der Pflicht, diese Städte und Gemeinden entsprechend zu unterstützen.

Dabei sind die Veränderungen, die dies für die Einheimischen bedeutet, besonders zu berücksichtigen. Das Land muss Sorge dafür tragen, dass die Bevölkerung mit den alltäglichen Herausforderungen, die mit einer großen Zahl von untergebrachten Asylsuchenden einhergehen, nicht alleine gelassen wird.

Das bedeutet, dass sich das Land stärker bei der Betreuung und Begleitung der Flüchtlinge engagieren muss. Diese darf nicht wie bisher an der Tür der Einrichtung enden. Die Aufhebung der von Grün-Rot neu eingeführten Vorschriften in der Landesbauordnung ist dabei ein erster wichtiger Schritt. Die vom Bund bereit gestellten zusätzlichen Mittel für die Flüchtlingsunterbringung müssen 1:1 an die Kommunen weiter geleitet werden. Als Sofortprogramm für die Anschlussunterbringung von Flüchtlingen in den Kommunen könnte zudem im Rahmen der Städtebauförderung und des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum ein zusätzlicher Förderschwerpunkt zur Schaffung von Wohnraum etabliert werden.

176. Ehrenamtliche besser unterstützen

Ohne die zahlreichen haupt- wie ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer könnte Baden-Württemberg die Flüchtlingskrise nicht meistern. Sie kümmern sich mit aller Kraft um die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen. Dieses ehrenamtliche Engagement in den Stadt- und Landkreisen muss institutionalisiert unterstützt, vernetzt und gefördert werden. Hierzu sind Koordinierungsstellen auf Stadt- und Landkreisebene einzurichten, die Vernetzung, Information und Qualifizierung organisieren. Ehrenamtlichen sollten Vorbereitungs- und Fortbildungsangebote unterbreitet werden, um sie auf ihre Arbeit besser vorzubereiten.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landes muss in Bezug auf die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen deutlich ausgeweitet werden und sich stärker auf die Information der Bevölkerung ausrichten.

Wir werden

- » das von Grünen und SPD völlig falsch konstruierte Integrationsministerium auflösen und seine Zuständigkeiten in der Flüchtlingsfrage in die Hand des Innenministeriums zurückverlagern,
- » die Polizeipräsenz in den Erstaufnahmeeinrichtungen verstärken. Die hierfür notwendigen Stellen müssen zusätzlich durch das Land zur Verfügung gestellt werden und dürfen nicht zulasten der örtlich zuständigen Polizeireviere gehen.
- » mit modernen Ermittlungsmethoden Schleuserkriminalität und illegale Einwanderung nachdrücklich bekämpfen und mit Aufklärungskampagnen den falschen Versprechen der Schleuser entgegenwirken sowie vor der oftmals gefährlichen Flucht warnen,
- » abgelehnte Flüchtlinge und Asylbewerber konsequent abschieben und vorhandene Hindernisse abbauen,
- » die Kommunen bei der Bewältigung der Aufgaben in der Erst- und Folgeunterbringung unterstützen und entlasten. Dazu gehört nicht nur die Übernahme der Kosten, sondern auch die Befreiung von unnötiger Bürokratie, etwa im Baurecht, und das Angebot modularer Unterbringungskonzepte,
- » die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer institutionalisiert unterstützen, vernetzen und fördern.

17

Integration

Kapitel 17

Integration schafft Zusammenhalt

Integration schafft Zusammenhalt

177. Unser Ansatz: fordern und fördern

Erfolgreiche Integration erfordert einen festen Standpunkt. Für uns ist die Gesellschaft eine Verantwortungsgemeinschaft. Jeder in unserem Land trägt Verantwortung für sich selbst, für seine Familie, seinen Partner und für unsere Gemeinschaft. Das leiten wir aus unserem christlich-abendländischen Menschenbild sowie aus unserer durch die Aufklärung geprägten, freiheitlichen Kultur ab. Für uns ist jeder Mensch ein Individuum mit besonderen Begabungen und gerade deshalb der Gemeinschaft verpflichtet. Integration ist für uns dann erfolgreich, wenn es gelingt, unsere Gesellschaft durch die dauerhaft hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund zu bereichern und zugleich die Vorteile unserer Gesellschaftsordnung für kommende Generationen – mit und ohne Migrationshintergrund – in einer funktionierenden Verantwortungsgemeinschaft zu sichern. Wir wollen eine hohe Lebensqualität für alle Menschen,

die in Baden-Württemberg leben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich jeder unabhängig von seinem sozialen Hintergrund, Geschlecht, seiner Religion, Hautfarbe oder Herkunft unter Beachtung seiner Verantwortung für das Gemeinwesen selbst verwirklichen kann. Wir wollen eine Gesellschaft, die Chancen durch Bildung ermöglicht und in der sich jeder auf der Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entfalten kann und diese achtet. Wir wollen eine emotionale Integration der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund schaffen. Integration ist mehr als äußerliches „Dazugehören“. Zur gelungenen Integration gehört die innere Haltung, sich mit unserer Werte- und Verantwortungsgemeinschaft zu identifizieren. Dabei ist Integration nicht nur eine Bringschuld der Gemeinschaft, sondern auch eine Holschuld des Einzelnen.

178. Integration gelingt vor Ort

Die Landkreise, Städte und Gemeinden spielen eine zentrale Rolle im Integrationsprozess. Gerade erfolgreiche Integrationsprojekte benötigen Zeit. Wir wollen den Kommunen Planungssicherheit geben. Auch wissen die Gemeinden, Städte und Landkreise oft am besten, wo Integrationsbedarf besteht. Wo es möglich ist, wollen wir eine pauschale Integrationsförderung einführen. Darüber hinaus soll die gezielte Projektförderung möglich bleiben. Wir wollen der Bildung von Ghettostrukturen in unseren Städten entgegenwirken. Das Land muss die Städte und Gemeinden bei der Erhaltung einer

ausgewogenen Bevölkerungsstruktur, insbesondere durch eine intelligente städtebauliche Entwicklung, unterstützen. Insbesondere in Großstädten bestehen bereits gute Erfahrungen mit der integrierten Wahrnehmung von Aufgaben der Eltern- und Jugendarbeit sowie der Gesundheitsförderung im Rahmen niederschwelliger Angebotsstrukturen. Dieses Wissen wollen wir modular auch für kleinere Kommunen verfügbar machen. Die kommunale Elternarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil der Bemühungen, den Bildungserfolg junger Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

179. Sprache ist der Schlüssel

Eltern sollen ihre Kinder beim Erlernen der deutschen Sprache unterstützen können. Deshalb wollen wir die Bildungsangebote für die Sprachförderung der Eltern verbessern. Dabei wollen wir aus den guten Erfahrungen lernen, die einige Städte bereits gemacht haben. Auch sollten Eltern ihren Kindern frühzeitig den Kontakt mit deutschsprachigen Kindern ermöglichen (zum Beispiel durch Besuch einer Kindertagesstätte). Wir wollen das Sprachkursangebot unter praktischen Gesichtspunkten fördern. Wir müssen darauf

achten, dass wir nicht nur den Wortschatz vermitteln, sondern ein größeres Gewicht auf Hörverstehen und eigenes Formulieren legen. Kommunale Koordinierungsstellen für Sprach- und Integrationskurse könnten eine wichtige Rolle übernehmen. Wir wollen den Spracherwerb von Eltern durch eine geeignete Ausgestaltung staatlicher Leistungen verbessern. Die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen muss verpflichtenden Charakter haben.

180. Unsere Werteordnung als Leitkultur

Das Grundgesetz und die dahinterstehende freiheitlich-demokratische Werteordnung sind die Grundlage für das Zusammenleben in Baden-Württemberg. Diese gilt für alle hier lebenden Mitbürger – mit und ohne Migrationshintergrund. Wir erwarten von jedem, der zu uns kommt, dass er unsere Normen und Gepflogenheiten beachtet.

Wir wollen den interreligiösen Dialog stärken. Wir brauchen eine starke Schnittstelle zwischen allen Glaubensgemeinschaften und dem Staat. Dabei darf der interreligiöse Dialog nicht durch nationalistische oder islamistische Tendenzen belastet werden. Bereits heute gibt es gute Ansätze zur Ausbildung von Imamen und Religionslehrern in Baden-Württemberg, die noch unter der CDU-geführten Landesregierung begründet wurden. Am Zentrum für Islamische Theologie der Universität Tübingen hat die Imam-Ausbildung in Baden-Württemberg

begonnen. Die Ausbildung islamischer Religionslehrer wird folgen. Das wollen wir weiter fördern und fortentwickeln.

Die Befassung mit anderen Religionen darf nicht dem Religionsunterricht vorbehalten bleiben. Wir wollen, dass diese stärker im Gemeinschaftskundeunterricht verankert wird.

Integration lebt von den richtigen Signalen. Wer unsere Werte, den Rechtsstaat und die Demokratie will, braucht Kommunikation, öffentliche Diskussion und Teilhabe. Das ist Grundlage der Integration und letztlich die Grundlage für unser Zusammenleben in Baden-Württemberg. Wer sich in der Öffentlichkeit voll verschleiert, wer sich damit absichtlich von der Gesellschaft abwendet und nicht zu unserem Land gehören will, ist nicht bereit, sich zu integrieren. Daher treten wir für ein Verbot der Vollverschleierung ein.

181. Gesellschaftliches Engagement stärken

Die Vereine brauchen bei der interkulturellen Öffnung mehr Unterstützung und Beratung. Dazu wollen wir das Landesnetzwerk „Bürgerhaftliches Engagement Baden-Württemberg“ zur zentralen Anlaufstelle für Fragen der interkulturellen Öffnung ausbauen. Ein neues

Landesprogramm zur interkulturellen Öffnung von Hilfsorganisationen soll eine Landeskampagne zur interkulturellen Öffnung ebenso umfassen wie einen Leitfaden für die Hilfsorganisationen und gezielte Anreize für besonders vorbildliche Organisationen.

182. Flüchtlinge im Kindes- und Jugendalter aktiv integrieren

Die Bildung der Vorbereitungsklassen sowie die Angebote für das Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf (VABO-Klassen) müssen sich an der Anzahl der Flüchtlingskinder orientieren. Lehrkräfte brauchen für einen guten Unterricht eine besondere Qualifikation – insbesondere für Deutsch als Fremdsprache – und die gezielte

Unterstützung im Umgang mit den teils schwer traumatisierten Kindern und Jugendlichen. Die Flüchtlinge im Kindes- und Jugendalter müssen an die Hand genommen werden; Unterrichtsmethoden der Gemeinschaftsschule wie selbstorganisiertes Lernen sind hier untauglich.

183. Arbeit schafft Perspektiven

Eine gelungene Integration in den Arbeitsmarkt ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Unser Ansatz für eine zukunftsorientierte Integrationspolitik setzt daher auf die erfolgreiche Vermittlung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Berufswelt. Angesichts des Fachkräftemangels in einigen Branchen, brauchen wir eine gezielte, auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes zugeschnittene Ausrichtung unserer Integrationspolitik. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen auf Landesebene muss schnell, unkompliziert, praxisnah und verlässlich gestaltet werden. Hierzu wollen wir die Kammern und Berufsverbände einbinden und das Anerkennungsverfahren nach einiger Zeit evaluieren und verbessern. Wir brauchen klare, transparente Zuständigkeitsstrukturen bei der Umsetzung des Anerkennungsgesetzes des Bundes. Auf Landesebene ist eine zentrale Anlaufstelle zu schaffen, die den Anerkennungswunsch an die jeweils zuständige Stelle weiterleitet. Von dort wird dann das weitere Verfahren durchgeführt. Wir wollen, dass Migrantinnen vermehrt als Fach- und Führungskräfte tätig werden. Hierzu wollen wir in enger Abstimmung mit der Wirtschaft besondere Förderungsmaßnahmen entwickeln. Nur etwa die Hälfte der von Menschen mit Migrationshintergrund geführten Betriebe ist ausbildungsberechtigt. Wir müssen mehr dafür tun, damit mehr dieser Betriebe auch in der Ausbildung aktiv werden. Wenn die Behebung von Ausbildungshemmnissen und die Sprachförderung parallel zur Ausbildung erfolgt, erleichtert dies die Personalgewinnung, spart Zeit und ermöglicht eine effektive Förderung. Die Förderung kann dabei sowohl betrieblich als auch überbetrieblich erfolgen. Wir wollen hier das Engagement von Kammern und Betrieben unterstützen.

Wir werden

- » die Rolle der Kommunen bei der Koordination von Sprach- und kommunaler Integrationsförderung verbessern,
- » Integrationskurse stärken,
- » die Städte und Gemeinden bei der Übernahme von Best-Practice-Modellen der kommunalen Sozialarbeit unterstützen,
- » Projekte der kommunalen Elternarbeit gezielt und vorrangig fördern,
- » die Bedeutung der Volkshochschulen als Träger von Sprach- und Integrationsangeboten stärken,
- » mit gezielten Programmen zur Beschäftigungsförderung und zur Qualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund die Integration in den Arbeitsmarkt weiter verbessern,
- » bestehende Förderprogramme des Landes für Menschen mit Migrationshintergrund bei Unternehmensgründungen ausbauen, vernetzen und auf das bestehende, umfangreiche Beratungsangebot von IHK und Handwerkskammer für Existenzgründer abstimmen.

18

Kunst & Kultur

Kapitel 18

***Kunst und Kultur
stiften Identität***

Kunst und Kultur stiften Identität

184. Notwendig ist eine dynamische Kulturpolitik

Seit Grün-Rot regiert hat sich biedermeierliche Ruhe über die Kunst- und Kulturpolitik gelegt. Es fehlen Leidenschaft, Herzblut und kreatives Engagement. Die Landesregierung hat zwar ein Füllhorn von 60 Millionen Euro an zusätzlichen Mitteln in den Jahren 2015/2016 ausgeschüttet, allerdings profitieren davon einzelne Sparten: Beispielsweise sind die Fördermittel für

Soziokultur gegenüber dem Jahr 2011 um 85 Prozent gestiegen. Schlechter bedacht wurden jedoch die Verbände der Amateurmusik und die Amateurtheater. Notwendig für den Erhalt der Vielfalt der Kunst ist aber eine dynamische Kulturpolitik, die sowohl das Bestehende bewahrt, als auch Perspektiven für Neues eröffnet.

185. Unser Credo ist die Freiheit der Kunst

Die verfassungsrechtlich garantierte Freiheit der Kunst ist Dreh- und Angelpunkt unserer Kulturpolitik. Die Förderung kulturellen Lebens ist zu Recht als Staatsziel in der Landesverfassung verankert. Wir nehmen keinen Einfluss auf die Inhalte von Kunst und Kultur und lehnen deren Instrumentalisierung ab. Kunstwerke haben

eine eigenständige Bedeutung und Kultur ist ein Wert an sich. Die Kunstpolitik des Landes muss in enger Partnerschaft mit den Kunst- und Kulturschaffenden, mit kommunalen und privaten Trägern, mit den Kirchen, mit Mäzenen und Sponsoren gestärkt und fortentwickelt werden.

186. Die Gesellschaft braucht Kunst und Kultur

Wir sind davon überzeugt, dass Kunst in unserer pluralistischen Gesellschaft gemeinsame Werte herausstellen und den Zusammenhalt gesellschaftlicher Gruppen stärken kann. Kunst und Kultur können zudem zukunftsorientierte Visionen und Gegenentwürfe entwickeln. Sie sind ein Gegenpol zur Ökonomisierung und Uniformierung menschlichen Zusammenlebens und gesellschaftlicher Bereiche. Kunst spiegelt die Gesellschaft und ihre Prozesse wider und hat das Potential, diese kritisch

zu beleuchten. Von herausragender Bedeutung ist, dass Begegnungen zwischen Menschen und Völkern im kulturellen Raum Dialog und gegenseitiges Verständnis fördern und zur gegenseitigen Bereicherung beitragen. Der kulturelle Austausch und das kulturelle Miteinander schaffen Verständnis und Toleranz zwischen Religionen, Nationen und Kulturen. Kunst und Kultur sind grenzenlos und von großer Bedeutung für Mensch und Gesellschaft.

187. Vielfalt ist unsere Stärke

Unser Land besticht durch eine reiche kulturelle Tradition. Es gilt, dieses kulturelle Erbe zu pflegen, weiterzugeben, zu erforschen und offen zu halten für Einflüsse anderer Kulturen. Im interkulturellen Dialog sehen wir eine Bereicherung für alle. Vor allem in der Vielfalt von Kunst und Kultur liegt unsere Stärke. Diese Vielfalt ist Teil unserer

europäischen, abendländischen Kulturgeschichte und soll sich positiv weiter entwickeln. Auch ist uns sehr daran gelegen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen aktiv und passiv an kulturellen und künstlerischen Angeboten teilhaben können. Deswegen wollen wir ein breites Spektrum an Ausdrucksformen ermöglichen.

188. Engagement mit Leidenschaft

Im September 2010 hat die damalige CDU-geführte Landesregierung mit der Konzeption „Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg“ skizziert, wie das Bestehende bewahrt werden kann und zugleich Perspektiven für Neues eröffnet. Unser Ziel heute ist, Kunst und Kultur wieder den Stellenwert zu geben, den sie

verdienen. Dazu gehört, Angebot und Zugang zur Kunst allen Menschen in allen Landesteilen zu gewährleisten. Entscheidend dafür ist leidenschaftliches Engagement zu Gunsten von Kunst und Kultur im Land. Wir wollen, dass Leuchtturmprojekte in städtischen Zentren und im ländlichen Raum entstehen können.

189. Kunst und Kultur als Standortfaktor

Investitionen in Kunst und Kultur sind für uns ebenso bedeutsam wie andere finanzielle Ausgaben des Landes. Kulturelle Angebote sind zudem ein nicht zu unterschätzender Wirtschafts- und Standortfaktor. Tatsache ist, dass die Auseinandersetzung mit Kunst die Kreativität fördert. Kreativität wiederum ist eine Voraussetzung für Innovationen in wirtschaftlichen, technischen oder naturwissenschaftlichen Bereichen. Kulturelle

Angebote an Firmenstandorten können ein wichtiger Pluspunkt sein, wenn es darum geht, Mitarbeiter zu gewinnen. Dankbar sind wir dafür, dass viele Unternehmen im Land durch Sponsoring kulturelle Ereignisse erst ermöglichen und mit eigenen Kunstsammlungen Besucher aus dem In- und Ausland anziehen. Dieses beispielhafte Engagement, das nicht hoch genug einzuschätzen ist, begrüßen wir ausdrücklich.

190. Kulturpolitik für Spitze und Breite

Neben kulturellen Leuchttürmen und Sehenswürdigkeiten gibt es im ganzen Land ein reiches Angebot an kulturellen Einrichtungen: Jugendmusikschulen, Jugendkunstschulen, private, kommunale und staatliche Museen, Theater, Galerien, soziokulturelle Zentren, Amateurmusik- und Amateurtheatergruppen, kulturorientierte Arbeitsgemeinschaften sowie Vereine und Verbände, die Kulturarbeit leisten. Wir wollen die kulturelle Bildung in Schulen, in der Erwachsenenbildung, in Kommunen und Verbänden ausbauen. Die Vermittlung von Kultur muss personell, strukturell und finanziell gestärkt werden.

In allen Sparten sollen die Schulen im Verbund mit Einrichtungen wie den Landesakademien, den Verbandsakademien, den Musik- und Kunstschulen oder den Vereinen zur Breitenförderung des

künstlerischen Nachwuchses beitragen. Prinzip der CDU war und ist, nicht nur die Spitzenkultur, sondern auch die lokale Kulturszene und die vielen Aktivitäten in den Regionen des Landes zu berücksichtigen. Diese verdienen dieselbe Aufmerksamkeit wie die Zentren des Landes. Nachhaltige Kulturpolitik muss gleichzeitig die Breiten- und die Spitzenförderung im Blick haben, denn „ohne Breite keine Spitze“. Ohne Spitzenleistungen, die Anreize geben, erreichen wir keine gute Breitenarbeit.

Eine breite und frühe künstlerische Förderung auch in den ländlichen Regionen ist wichtige Basis für eine spätere Elitenförderung an den Akademien wie Künstlerischen Hochschulen. Zudem wird eine stringente kulturelle Bildung die Amateurkunst in ihrem Bestand sichern.

191. Kunst und Kultur sind uns viel wert

Kunst und Kultur sind ein wichtiger Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb wollen wir Kommunen dabei unterstützen, ihren Bürgern kulturelle Angebote zu ermöglichen. Das Land finanziert eigene Einrichtungen zur Pflege von Kunst und Kultur und unterstützt kommunale und private Initiativen. Der Staat kann Hilfe zur Selbsthilfe leisten, unterstützen und koordinieren, wenn die Pflege von Kunst und Kultur die Kräfte einzelner Institutionen und Initiativen übersteigt.

Wir setzen dabei auf vielfältige Finanzierungsmodelle, wollen Mäzenatentum und Stiftungen verstärkt fördern. Auch innovative Projekte brauchen Förderprogramme, die wir transparent ausgestalten wollen. Sind sie erfolgreich, wollen wir sie nachhaltig finanzieren. Aufgabe des Landes ist es auch, für die Pflege der Bausubstanz und die technische Ausstattung von Landeskultureinrichtungen zu sorgen und die Kommunen entsprechend zu unterstützen.

192. Lebenselixier für die Zukunft

Die CDU wird der Kunst- und Kulturpolitik, die für uns schon immer ein Eckpfeiler der Landespolitik war, wieder den Stellenwert geben, den sie verdient. Lothar Späth, unser langjähriger Ministerpräsident, hat mit Leidenschaft Kunst und Kultur gefördert, weil er erkannt hat, dass der Mensch in der heutigen Welt auch Nahrung für Geist, Seele und Sinne braucht. Kunst und Kultur sind kein überflüssiger Luxus, sondern Lebenselixier für die Zukunft der Menschen in unserem Land. Kunst und Kultur sind zudem verbindendes Element zwischen allen Teilen der Gesellschaft.

Wir werden

- » Kunst und Kultur wieder zu einem Eckpfeiler der Landespolitik machen,
- » die Breite und die Spitze fördern,
- » mit Hilfe staatlicher finanzieller Förderung geeignete Bedingungen schaffen, damit sich Kunst und Kultur entfalten können,
- » kulturelle Angebote in den Ballungszentren und im ländlichen Raum sichern,
- » die kulturelle Bildung in Schulen, in Kommunen, in der Erwachsenenarbeit, in Vereinen und Verbänden stärken,
- » unser reiches kulturelles Erbe bewahren und den interkulturellen Dialog intensivieren,
- » Mäzenatentum und Stiftungen verstärkt fördern.

19

Finanzen

Kapitel 19

***Solide Finanzen
schaffen Spielräume***

Solide Finanzen schaffen Spielräume

193. Verantwortungsvoller Umgang mit dem Geld der Bürger

In den zurückliegenden Monaten und Jahren hat sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise allgemein und am Beispiel Griechenlands im Besonderen gezeigt, welche schwerwiegenden Folgen aus unsolide geführten Staatshaushalten erwachsen können. Die Staatsverschuldung wächst ins Unbeherrschbare, Kredite können nicht oder nur durch extreme Sparmaßnahmen bedient werden, der Vertrauensverlust ist immens und es kommt zu erheblichen gesellschaftlichen Spannungen. In

Deutschland mag die ausufernde Staatsverschuldung zwar weniger dramatisch gewesen sein, sie ist dennoch spürbar. Steigende Schulden- und Zinslasten haben über viele Jahre hinweg politische Gestaltungsspielräume schrumpfen lassen. Die für wichtige Zukunftsaufgaben und wegweisende Investitionen frei verfügbaren Mittel sind stetig kleiner geworden. Die Ausgaben von gestern schränken damit die Chancen für morgen ein.

194. CDU-Politik hat die Neuverschuldung beendet

Die Politik in Deutschland und Baden-Württemberg hat deshalb schon vor Jahren einen Kurswechsel eingeleitet: Mit der schrittweisen Konsolidierung des Bundeshaushaltes, der Einführung und grundgesetzlichen Festschreibung der Schuldenbremse und erstmals wieder ausgeglichenen Haushalten in Bund und Land. Das waren und sind Erfolge der CDU in Stuttgart und Berlin. Wir stehen für eine solide Finanzpolitik, die nicht zulasten künftiger Generationen geht. Landespolitisch waren es deshalb wir, die schon 2008 eine klare Schuldenbremse in die Landeshaushaltsordnung aufgenommen haben und im gleichen Jahr einen Haushalt ohne neue Verschuldung erreicht und dies im Jahr 2009 ebenso

fortgesetzt haben. Ein ausgeglichener Haushalt war auch das Ziel 2010, was sich aber angesichts der dramatischen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht halten ließ, als die Steuereinnahmen unvermittelt um über zehn Prozent eingebrochen waren. Aufgrund der gemeinsamen Kraftanstrengungen von Politik und Wirtschaft zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes war 2011 bereits das Vorkrisenniveau bei den Steuereinnahmen erreicht und im Folgejahr schon deutlich übertroffen. Bis heute sind dank einer robusten wirtschaftlichen Entwicklung die Steuereinnahmen jährlich weiter gewachsen, so dass auch die grün-rote Landesregierung den Weg der soliden Staatsfinanzen hätte fortsetzen können.

195. Grün-Rot gefährdet erfolgreiche Vorarbeit

Mit Antritt der grün-roten Landesregierung veränderten sich die haushaltspolitischen Prioritäten. Anstatt den Sparkurs fortzusetzen, wurde das Schuldenverbot der Landeshaushaltsordnung abgeschafft. Grün-Rot wollte bis 2020 sogar 6,4 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Nur die Überschüsse aus dem Haushalt 2011 haben den Haushalt 2012 von Grün-Rot noch ausgeglichen. In den darauffolgenden Jahren bediente sich die Landesregierung in hohem Maß am Kreditmarkt und nahm 2013 1,8 Milliarden Euro an zusätzlichen Schulden auf. Darüber hinaus wurden 2014 weitere 1,2 Milliarden Euro an Neukrediten aufgenommen. Ministerpräsident

Kretschmann und seine Regierung haben damit die Gesamtverschuldung des Landes trotz sprudelnder Steuereinnahmen auf fast 45 Milliarden Euro erhöht. Ohne Not wurde die Verschuldung Baden-Württembergs damit um rund 3 Milliarden Euro erhöht. Eine Last, die in wirtschaftlich weniger guten Zeiten und im Falle steigender Zinsen zu einer Bürde für das Land werden wird. Und eine Politik, die Baden-Württemberg gegenüber vergleichbaren Ländern wie Bayern weit hat zurückfallen lassen. Unser unionsregiertes Nachbarland hat im gleichen Zeitraum auf neue Schulden verzichtet und seinen Schuldenstand durch Rückzahlungen um rund 4,6 Milliarden Euro verringert.

196. Grün-Rot bei der Haushaltssanierung gescheitert

Zwar hat die grün-rote Landesregierung entgegen ihrer ursprünglichen Pläne pünktlich zur Landtagswahl einen „ausgeglichenen“ Haushalt für die Jahre 2015 und 2016 präsentiert. Die mit Krediten und Überschüssen aus den Vorjahren gestopften Haushaltslöcher im Doppelhaushalt 2015 und 2016 bleiben aber für die Folgejahre offen. Die von der aktuellen Landesregierung verantwortete Aufblähung des Landeshaushalts von 2011 bis 2016 um über 30 Prozent hat die Situation weiter verschärft. Für die Jahre 2017 bis 2020 geht Grün-Rot

bereits heute von einem Fehlbetrag in Höhe von jährlich rund 1,5 Milliarden Euro aus. Darüber hinaus hat schon die Steuerschätzung vom Mai 2015 gezeigt, dass die Fehlbeträge noch größer werden dürften. Die grün-rote Regierungszeit waren damit finanzpolitisch verlorene Jahre, in denen strukturelle Anpassungen für ausgeglichene Haushalte einfach zu bewältigen gewesen wären. Diese müssen nun in der anstehenden Legislaturperiode erfolgen, damit die Vorgaben des Grundgesetzes ab 2020 tatsächlich eingehalten werden können.

197. Konsolidierung ist oberstes Gebot

Eine Finanzpolitik ohne neue Schulden steht für uns an erster Stelle. Die laufenden Einnahmen des Staates sollen die laufenden Ausgaben decken. Wir wollen den politischen Gestaltungsspielraum künftiger Generationen erhalten. Deshalb stehen wir für eine vorbehaltlose, uneingeschränkte Aufgabenkritik unter Einbeziehung demografischer Veränderungen. Veränderungsprozesse müssen dabei auch zur Haushaltskonsolidierung genutzt werden und Entscheidungen zum Abbau des strukturellen Haushaltsdefizits vorbereiten. Ferner erfordert die Konsolidierung des Landeshaushalts auch ein vorausschauendes Konzept im Umgang mit den Pensionsverpflichtungen. Mit der im Jahr 1999 durch Bundesrecht eingerichteten Versorgungsrücklage und dem 2008 von der unionsgeführten Landesregierung zusätzlich eingerichteten Pensionsfonds gelingt es, die weiter stark ansteigenden Versorgungsausgaben abzufedern und so die Belastung des Landeshaushalts in den kommenden Jahren zu verringern.

Wir werden

- » unser Land wieder zum Vorbild für eine echte, dauerhafte und nachhaltige Finanzpolitik ohne Neuverschuldung machen,
- » direkt nach dem Regierungswechsel den kompletten Landeshaushalt auf den Prüfstand stellen, um künstlich überhöhte bzw. leichtfertig zu niedrig angesetzte Haushaltspositionen festzustellen und die tatsächliche Finanzlage zu ermitteln,
- » Verbindlichkeiten aus Sondervermögen und Pensionsverpflichtungen im Landeshaushalt entsprechend ausweisen,
- » das von Grün-Rot abgeschaffte Verschuldungsverbot in der Landeshaushaltsverordnung wieder einführen und einen Einstieg in einen Schuldenrückzahlungsplan vorlegen,
- » für eine Konsolidierung Veränderungsprozesse offensiv als Einsparmittel nutzen sowie Bürokratielasten und Bürokratiekosten reduzieren,
- » Beteiligungen für einen optimalen Einsatz der Landesressourcen nutzen,
- » Förderprogramme auf ihre Nachhaltigkeit und Sinnhaftigkeit prüfen und gegebenenfalls anpassen oder streichen,
- » die Sanierung und Ertüchtigung des Staatsvermögens wie Landesgebäude, Straßen und sonstige Infrastruktur sicherstellen und dabei auf nachhaltiges Wirken des Landes als Eigentümer und Bauherr achten.

198. Steuergerechtigkeit schaffen

Im Zuge der Steuerreformen der letzten Jahre sind auf Betreiben der CDU-geführten Bundesregierung die Steuerschlupflöcher und die damit verbundene legale Steuervermeidung zurückgedrängt worden. Das ist ein Beitrag zu einem gerechteren und effizienteren Steuersystem gewesen. Zu Steuergerechtigkeit gehört aber auch Gerechtigkeit beim Steuervollzug. Der ehrliche Steuerzahler muss die Gewissheit haben, dass sich Ehrlichkeit auch lohnt. Der unehrliche Steuerzahler bzw. derjenige der Steuern hinterzieht, muss auch die Gewissheit haben, dass die Kontrolldichte so hoch ist,

dass sich Steuerbetrug nicht lohnt. Nur wenn geltende Gesetze auch vollzogen werden, kann Steuergerechtigkeit hergestellt werden. Dazu ist auch eine ausreichende Personalausstattung der Steuerverwaltung unabdingbar. Es genügt aber nicht, nur den Außendienst, das heißt die Steuerkontrolle auszubauen. Dies darf vor allem nicht zu Lasten des Innendienstes erfolgen. Nur wenn die Erkenntnisse von Betriebsprüfern und Steuerfahndern auch zeitnah durch den Innendienst in einen Steuerbescheid umgesetzt werden, ist Steuergerechtigkeit gewährleistet.

199. Eigene Steuerkompetenzen für die Länder

Die Steuerarten, die den Ländern besonders hohe Einnahmen verschaffen, etwa die Einkommensteuer, können diese nicht selbständig gestalten. Sie liegen in der gemeinsamen Gesetzgebungskompetenz von Bund und Ländern. Deshalb können weder der Bund noch einzelne Länder individuelle Anpassungen vornehmen. So mag es richtig sein, dass die Bemessungsgrundlagen der Besteuerung bei Einkommen- und Körperschaftsteuer für Bund und Länder im Wesentlichen gleich sein sollten, um die Festsetzung der Steuer nicht noch schwieriger zu machen. Es ist aber keineswegs einzusehen, dass auch die Höhe

der Steuersätze von Kiel bis Konstanz dieselben sein müssen. Noch stärker tritt die Problematik bei der Erbschaftsteuer zutage: der Bund ist maßgeblich an der Gesetzgebung beteiligt, obwohl die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer ausschließlich den Ländern zufließen. Doch diese können weder individuell den Steuersatz anpassen, geschweige denn grundsätzliche Änderungen an diesen Steuern vornehmen. Wir plädieren daher für begrenzte Steuererhebungskompetenzen der Länder, beispielsweise im Wege eines Hebesatzrechtes auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer.

200. Belastung durch den Länderfinanzausgleich reduzieren

Die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen sind die einzig noch verbliebenen Zahlerländer im Länderfinanzausgleich. Sie tragen mit einer Zahllast von aktuell 9 Milliarden Euro pro Jahr zu den Einnahmen der übrigen Länder bei. Baden-Württemberg hat seit Beginn des Länderfinanzausgleichs inflationsbereinigt rund 79 Milliarden Euro, Bayern rund 47 Milliarden Euro und Hessen rund 63 Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich bezahlt. Ohne die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich

wären die Länder Bayern, Baden-Württemberg und Hessen heute komplett schuldenfrei. Der derzeitige Länderfinanzausgleich krankt an vielen Ungerechtigkeiten. Sollte es nicht zu einer Einigung zwischen Bund und Ländern kommen, bei der das Land Baden-Württemberg sehr deutlich entlastet wird, werden wir prüfen, ob eine Klage gegen den Länderfinanzausgleich zielführend ist. Bei einer künftigen Regelung des Länderfinanzausgleichs halten wir auch eine Evaluierungsklausel für notwendig.

20

International

Kapitel 20

***Für ein starkes
Baden-Württemberg
in Europa und der Welt***

Für ein starkes Baden-Württemberg in Europa und der Welt

201. Für eine stärkere Stimme in der Europäischen Union

Aus Baden-Württemberg kamen immer wichtige Impulse für die europäische Entwicklung: Lothar Späth hat das Thema Europa der Regionen etabliert, Erwin Teufel hat sich bleibende Verdienste im EU-Verfassungskonvent erworben, Günther Oettinger hat die EU-Donauraumstrategie begründet und ist der angesehene deutsche EU-Kommissar. An diese Tradition werden wir mit einer aktiven Europapolitik weiter anknüpfen. Die grün-rote Landesregierung

hat es versäumt, sich bei den EU-Institutionen ausreichend Gehör zu verschaffen. Bei vielen europapolitischen Themen hat das Land aktive Interessen, die wir wieder stärker in den EU-Gesetzgebungsprozess einbringen werden. Die Landesvertretung in Brüssel muss wieder zum Ort werden, an dem die Begegnung zwischen den Institutionen und das frühzeitige Aufgreifen und Beeinflussen von Themen effektiv stattfindet.

202. Pilotprojekte nach Baden-Württemberg holen

Gleichzeitig wird eine CDU-geführte Landesregierung europäische Initiativen insbesondere im Bereich Technik, Forschung und Infrastruktur viel früher und aktiver für sich nutzen, damit das Land bei Modellvorhaben und Initiativen zur ersten Adresse innerhalb der EU wird. Das Land muss sich auf EU-Ebene für kleine Finanzinstitute stärker einsetzen. Die meisten öffentlichen und genossenschaftlichen Banken innerhalb der

Europäischen Union liegen im deutschsprachigen Raum. Die kleinen Banken sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die starke Wirtschaft in Baden-Württemberg. Doch in Brüssel fehlt oft das Verständnis für die Besonderheiten des deutschen Bankenwesens. Deshalb müssen in Brüssel die Besonderheiten und Stärken des genossenschaftlichen und öffentlichen Bankensektors wirksamer vermittelt werden.

203. Den Bürokratieabbau in der EU vorantreiben

Der Abbau von unnötigen Bürokratielasten nützt den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen und den Kommunen. Eine CDU-geführte Landesregierung wird daher dieses Anliegen in der EU weiter vorantreiben. Sowohl im Land als auch im Bundesrat wird sich eine CDU-geführte Landesregierung dafür einsetzen, dass die Umsetzung von EU-Recht nicht zu einer Übererfüllung der Vorgaben führt.

Das Exportland Baden-Württemberg braucht freien Handel. Jeder dritte Arbeitsplatz im Land hängt vom Export ab. Die Wirtschaftsbeziehungen mit anderen Ländern haben Baden-Württemberg erst stark gemacht. Dabei sind nicht nur die

großen Unternehmen von Bedeutung, sondern auch die mittelständische Wirtschaft und das Handwerk sind zunehmend international aktiv. Unsere Unternehmen brauchen offene Märkte und faire Wettbewerbsbedingungen mit klaren Regeln. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind auf einen verlässlichen Rahmen angewiesen. Die Innovationskraft in den Unternehmen muss durch klare Vereinbarungen für Patente, Marken und Designs geschützt werden. Gleichzeitig gilt es, unsere hohen Standards im Verbraucherschutz, im Umweltschutz und in anderen Bereichen zu erhalten.

204. Klare Regeln für faires Miteinander

Die derzeitigen Verhandlungen der EU mit wichtigen Wirtschaftspartnern über Handelsabkommen, haben die Schaffung eines klareren Rahmens für Unternehmen und Verbraucher zum Ziel. Gerade die mittelständische Wirtschaft würde vom Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse und der Schaffung gemeinsamer Standards profitieren. Dies ist im besonderen Interesse Baden-Württembergs. Die USA sind der wichtigste Wirtschaftspartner Baden-Württembergs. Ein erfolgreich verhandeltes Freihandelsabkommen TTIP wird insbesondere für unser Land wirtschaftliche Vorteile und neue Arbeitsplätze bringen. Dabei dürfen weder die Verbraucherschutzstandards, der Schutz der Arbeitnehmerrechte, noch die Ausgestaltung und Finanzierung des Gesundheitssystems, der Kultur, der Bildung und der Kommunalen Daseinsvorsorge in Frage gestellt werden.

Mit unseren Nachbarn in der Schweiz und Frankreich, den Partnern im Donauraum und in anderen Teilen Europas verbindet uns vieles. Die Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bleibt daher eine wichtige Aufgabe baden-württembergischer Europapolitik.

Wir werden

- » die europäischen Förderprogramme effizient nutzen und mehr Mittel für Baden-Württemberg mobilisieren,
- » in der Europapolitik und bei den Außenbeziehungen des Landes dem Thema Exportland Baden-Württemberg einen höheren Stellenwert einräumen,
- » wieder verstärkt für die kommunale Selbstverwaltung werben und dafür sorgen, dass die EU-Gesetzgebung nicht in die kommunale Selbstverwaltung und die Entscheidung über die kommunale Daseinsvorsorge eingreift,
- » auf Landesebene einen dauernden Dialog mit den Kommunen, Unternehmen, Arbeitnehmern und Interessensgruppen zur Vereinfachung des EU-Rechts einrichten,
- » bei der Umsetzung des EU-Rechts im Land, werden wir streng darauf achten, dass EU-Vorgaben 1:1 umgesetzt werden und alle Spielräume für eine möglichst wenig belastende Umsetzung genutzt werden,
- » die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wieder stärken.

205. Partnerschaft mit der Schweiz

Eine faire Zusammenarbeit Baden-Württembergs mit der Schweiz bringt beiden Seiten viele Vorteile. Sie muss jedoch die Interessen der Menschen in der südbadischen Grenzregion stärker berücksichtigen. Wir wollen eine Partnerschaft auf Augenhöhe erreichen, die von beiden Seiten gelebt wird. Dies bedeutet, dass in Streitfragen wie die der Anflugschneisen zum Flughafen Zürich oder des Atomendlagers in der Nordschweiz eine Lösung gefunden werden muss, die die Bedürfnisse und Interessen der

Bürgerinnen und Bürger in Südbaden berücksichtigt. Bei der Umsetzung des Schweizer Referendums zur Begrenzung der Einwanderung muss eine Lösung im Sinne der über 50.000 Grenzgänger aus Baden-Württemberg gefunden werden. Wir unterstützen die EU in ihrer Haltung, dass das Prinzip der Freizügigkeit nicht in Frage gestellt werden darf. Eine künftige Landesregierung muss hier eine klare Haltung gegenüber der Schweiz, aber auch bei den EU-Institutionen einnehmen.

206. In den Kommunen Europa leben

Eine CDU-geführte Landesregierung wird bestehende grenzüberschreitende Kooperationen zwischen Kommunen stärken und einen Ausbau prüfen. Als Vorbild werden dabei vorhandene interkommunale Zusammenarbeitsformen zwischen Körperschaften innerhalb Baden-Württembergs herangezogen. Besonderes Augenmerk soll dabei dem Ausbau des Eurodistrikts Straßburg/Ortenau gewidmet werden.

Wir werden

- » die Ernennung eines Beauftragten für die Beziehungen zur Schweiz prüfen, der für die Koordinierung aller Aktivitäten innerhalb der Landesregierung und ihre Vermittlung nach Bern, Berlin und Brüssel zuständig ist,
- » uns für den Abschluss eines institutionellen Rahmenabkommens zwischen der EU und der Schweiz engagieren, das für Rechtssicherheit sorgt. Insbesondere muss es zu einer echten Gleichbehandlung von in der Schweiz tätigen Unternehmen, vor allem aus dem Handwerk, dem Dienstleistungsgewerbe und der Landwirtschaft, mit ihren Schweizer Wettbewerbern führen. Dabei muss auch eine entsprechende Regelung für die Schweizer Bauern gefunden werden, die im deutschen Grenzgebiet Felder bewirtschaften,
- » die bestehenden grenzüberschreitenden Kooperationsräume am Oberrhein, am Bodensee, im Donaauraum und im Alpenraum weiter auszubauen, insbesondere bei den Themen Innovation, Digitalisierung, Energie, Verkehrsinfrastruktur, berufliche Ausbildung, Tourismus und Umwelt.

207. Entwicklungszusammenarbeit stärken

In unserem Land engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich in Projekten, Vereinen und Kirchengemeinden für die Entwicklungszusammenarbeit. Auf diesem guten Fundament wollen wir aufbauen und die Entwicklungszusammenarbeit des Landes weiterentwickeln. Mit der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit (SEZ) besitzt das Land ein wichtiges Kompetenzzentrum, um diese Arbeit zu koordinieren und Projekte in den Partnerländern anzustoßen. Wir möchten diese Arbeit auch weiterhin unterstützen und die SEZ als wichtigen Akteur in der Entwicklungszusammenarbeit stärken. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund des starken Anstiegs des Zustroms

von Flüchtlingen. Für uns rückt die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern immer stärker in den Vordergrund. Auch Baden-Württemberg kann hier einen Beitrag leisten. Eine CDU-geführte Landesregierung wird einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Projekten in den Partnerländern legen. So bestehen die partnerschaftlichen Kontakte mit der Republik Burundi seit mehr als 30 Jahren und zeichnen sich durch ein breites Netzwerk von Kooperationen in den verschiedensten Bereichen aus. Wir wollen diese Partnerschaft fortsetzen und wenn möglich ausbauen.

Guido

Unser nächster Ministerpräsident.

Wolf.

Die Galerie unserer baden-württembergischen Ministerpräsidenten kann sich sehen lassen.

Erfahrene Persönlichkeiten wie Gebhard Müller und Kurt Kiesinger, dynamische Macher wie Lothar Späth und Günther Oettinger oder ein Landesvater wie Erwin Teufel haben das Land in ihrer Zeit geprägt. Sie haben unsere Heimat gestaltet und gleichzeitig der CDU im Land ein Gesicht gegeben.

Eine gute Politik braucht die richtigen Inhalte genauso wie die passenden Köpfe. Sie braucht Menschen, die gestalten wollen. Persönlichkeiten, die für ihr Land brennen und Chancen erkennen. Regierungschefs, die zupacken, wo andere nur verwalten. Und eine gute Politik für Baden-Württemberg braucht Erfahrung: Einen Eindruck vom Leben in Stadt und Land, Wissen um die Kunst bürgernaher Verwaltung in unseren Gemeinden und Kreisen, Einsicht in die nötige Balance von Recht und Gerechtigkeit.

Guido Wolf war Richter, Bürgermeister und Landrat. Sachverstand und Verlässlichkeit zeichnen ihn aus. Als Landtagspräsident hat er Baden-Württemberg und seine Menschen gut repräsentiert.

Er verbindet Bodenständigkeit mit Tatkraft. Er ist nahe bei den Menschen, besitzt einen mitreißenden Humor und hat das Herz auf dem richtigen Fleck. Er wird Baden-Württemberg nach vorne bringen. Er ist unser nächster Ministerpräsident.

STICHWORTVERZEICHNIS

Stichwort	Nummer	Stichwort	Nummer
Arbeit, Arbeitsplätze.....	9, 10, 12, 13, 14, 69, 75-78, 80, 81, 183	ÖPNV	85, 89, 93
Arbeitslosigkeit.....	21	Pflege, Betreuung	1, 11-13, 103, 107, 108, 130
Asyl.....	144, 160, 167-176	Polizei, Polizeireform	145-149, 152, 172, 176
Ausbildung, Weiterbildung.....	18, 29, 30, 33, 45, 51, 53, 67, 69, 206	Realschule	22-24, 29, 30, 31, 131
Behinderte Menschen.....	14, 19, 34, 95, 133	Schienerverkehr	82, 84, 85, 93-98, 102, 128
Bildung.....	1, 18, 20, 21-45, 131, 179, 182	Schulden	193-197, 203
Breitbandversorgung	70, 71, 129	Schule	21-45
Demografie.....	11-13	Senioren, ältere Arbeitnehmer	11-13, 45, 78, 105
Digitalisierung.....	43, 44, 60, 69, 70, 76, 79, 80, 91	Sonderschule.....	14
Ehrenamt.....	12, 16-19, 37, 67, 107, 149, 164, 166, 176	Soziale Marktwirtschaft	65
Einbrüche.....	145, 146, 148, 160	Sport.....	16, 18, 19, 42
Einwanderung	177-183	Sprachförderung.....	8, 27, 39, 174, 179, 183
Elektromobilität.....	92, 114	Start-ups, Gründung	68, 72, 74, 183
Energie, Energieversorgung, Energiespeicher.....	110-119, 141	Steuern und Abgaben.....	7, 68, 119, 132, 134, 142, 194, 195, 198, 199
Europa, Europäische Union	201-206	Straßenbau	84-89
Fachkräfte.....	33, 53, 69, 183	Studium.....	47, 54, 55, 58-60, 69, 103
Familie, Familiengeld	1-15, 37, 62, 69, 76, 80, 107, 132, 148	Stuttgart 21	84, 96, 97
Feuerwehr.....	18, 152	Teilhabe.....	14, 45, 70, 77
Finanzpolitik.....	193-200	Terrorismus.....	148, 157
Flüchtlinge.....	167-176	Tierschutz	134, 135, 138-140
Forschung, Innovation	46-62	Tourismus.....	101, 133, 206
Frauen	9, 10, 43, 62, 68	TTIP.....	204
G8 und G9.....	31	Umwelt- und Naturschutz	120-126, 134, 136, 138, 139
Ganztagsschule.....	32, 37, 45	Verbraucherschutz	203, 204
Gemeinschaftsschule.....	22, 24-26, 32, 35, 131	Vereine, Verbände.....	16-19, 37, 45, 166, 181, 190, 192
Gesundheit	76, 80, 103-109, 130	Verfassungsschutz, Extremismus.....	145, 153-157
Glasfaser	71, 129	Verkehr und Infrastruktur	13, 82-102, 119, 139, s.a. Breitbandversorgung und Glasfaser
Grundschule, Grundschulempfehlung.....	8, 22, 23, 28, 31, 34, 37	Vertriebene	15
Gymnasium, berufliches Gymnasium	30-32, 43	Verwaltung	14, 79-81, 142, 166
Hauptschule	22, 24, 29	Wahlfreiheit.....	1, 37
Hochschule, Universität	43, 46-62, 72-74, 190	Werkrealschule	22, 24, 29
Inklusion	14, 32, 34	Windkraft.....	117, 119, 141
Innere Sicherheit	145-157	Wirtschaft.....	9, 33, 43, 51, 63-74, 183, 203, 204
Integration, Zuwanderung	18, 19, 42, 174, 176-183	Wissenschaft	46-62, 73
Jagd.....	140	WLAN	68, 95
Jugend	7, 18, 19, 33, 37, 39, 45, 150, 151, 178, 182, 190	Wohnraum.....	6, 132, 144, 175
Kinder	1-8, 21-45	Zuwanderung	s. Einwanderung und Integration
Kinderbetreuung.....	3, 4, 7, 8, 27		
Kirchen	16, 20, 37, 45, 185		
Klimaschutz, Klimawandel, erneuerbare Energien.....	94, 102, 110-120, 122, 141		
Kommunen.....	35, 44, 79, 89, 93, 102, 105, 116, 117, 127-132, 141-144, 148, 150, 162, 170, 175, 176, 178, 183, 206		
Kriminalität.....	145, 146, 148, 151, 160, 173		
Kultur.....	16, 40, 42, 132, 133, 180, 181, 184-192, 204		
Land- und Forstwirtschaft	134-141		
Länderfinanzausgleich.....	200		
Ländlicher Raum	127-141, 147, 159, 175		
Lärmschutz	85, 97, 102		
Medien	44		
Migration	s. Einwanderung		
Mittelstand.....	63, 66, 69, 70, 93, 110, 203, 204		
Musik.....	16, 18, 27, 45, 47, 62, 174, 190		

HERAUSGEBER

CDU-Landesverband Baden-Württemberg
Hasenbergstraße 49b
70176 Stuttgart
Tel.: 0711/66904-0
Fax: 0711/66904-15
info@cdu-bw.de
www.cdu-bw.de

**VERANTWORTLICH IM SINNE
DES PRESSERECHTS**

Florian Weller
Landesgeschäftsführer der
CDU Baden-Württemberg

GESTALTUNG UND LAYOUT

Panama Werbeagentur GmbH
Eugensplatz 1
70184 Stuttgart
www.panama.de

